



16. Wahlperiode

# HESSISCHER LANDTAG

I

## Stenographischer Bericht

- öffentlich -

10. Sitzung der Enquetekommission  
„Demographischer Wandel – Herausforderung an die Landespolitik“

10. November 2004, 14.10 bis 18.30 Uhr

Öffentliche Anhörung zum Thema

„Ökonomische und fiskalische Auswirkungen des demographischen Wandels“

### Anwesend

Vorsitzender Dr. Rolf Müller (Gelnhausen)

### CDU

Abg. Peter Beuth  
Abg. Dirk Landau  
Abg. Anne Oppermann  
Abg. Mark Weinmeister

### SPD

Abg. Dr. Judith Pauly-Bender  
Abg. Michael Siebel  
Abg. Dr. Thomas Spies  
Abg. Sabine Waschke

### BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Abg. Kordula Schulz-Asche

### FDP

Abg. Ruth Wagner (Darmstadt)

**Sachverständige:**

Dr. Anette Reil-Held, MEA  
Prof. Dr. Frank Fichert  
Dr. Wilma Mohr

**Beratende Mitglieder:**

Anja Gauler, Forschungs- und Entwicklungsgesellschaft  
Eckart Hohmann, Statistisches Landesamts  
Frank Micheel, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung  
Joachim Lauterbach, HA Hessen Agentur GmbH

**Landesregierung:**Sozialministerium

RDir Ralf Pillok

Staatskanzlei

AF Anette Müller  
RDir Dr. Patrick Opdenhövel

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung

Heike Basse

**Gäste:**

Dr. Kirsten Mensch, Schader Stiftung  
Magda Schirm, Friedrich Ebert Stiftung

**Fraktionsmitarbeiter/innen:**

Eric Schnell	(Fraktion der CDU)
Dr. Carmen Everts	(Fraktion der SPD)
Bettina Schreiber	(Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Rainer Welteke	(Fraktion der FDP)

**Landtagskanzlei:**

Dr. Ute Lindemann

Protokollierung: Birgit Raddatz, Landtag Schleswig-Holstein

**Anzuhörende**

Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Andreas Esche,  
Bertelsmann-Stiftung

Dieter Bräuninger,  
Deutsche Bank AG, DB Research, Analyst für Wirtschaftspolitik,  
Altersvorsorge, Demographie

Prof. Dr. Gisela Färber,  
Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer  
Lehrstuhl für Wirtschaftliche Staatswissenschaft, insbes. Allgemeine Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft

Dr. Kai Eicker-Wolf,  
Deutscher Gewerkschaftsbund Hessen

Dr. Hans-Peter Klös,  
Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Leiter der Abteilung Bildung  
und Arbeitsmarkt

Dr. Anette Reil-Held,  
MEA, Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und demographischer Wandel, Universität Mannheim

Prof. Dr. Christoph M. Schmidt,  
Präsident des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung Essen

Prof. Dr. Roland Eisen,  
Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt, Professur für Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik

Prof. Dr. Christoph Butterwegge,  
Universität zu Köln, Seminar für Sozialwissenschaften, Leiter der  
Abteilung Politikwissenschaft

**Vorsitzender:** Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie ganz herzlich zur 10. Sitzung der Enquetekommission „Demographischer Wandel – Herausforderungen an die Landespolitik“. Ich freue mich, alle Damen und Herren begrüßen zu dürfen, die uns heute als Sachverständige für unsere öffentliche Anhörung zur Verfügung stehen. Wir haben für die heutige Sitzung den Schwerpunkt der ökonomischen und fiskalischen Auswirkungen des demographischen Wandels gewählt. Wir haben uns den Zeitrahmen ab 14 Uhr gegeben, weil es sich aufgrund einer anderen Beanspruchung einer Fraktion so ergeben hat. Es wäre sicherlich besser gewesen, mit diesem sehr ehrgeizigen Programm schon heute Morgen um 10 Uhr zu beginnen. Wir alle wollen beweisen, dass wir die Balance zwischen Kürze und Präzision auf der einen Seite und umfassender Darstellung auf der anderen Seite beherrschen.

Wir haben zehn Anzuhörende. Die Reihenfolge ist selbstverständlich keine Rangfolge. Wir haben versucht, so weit uns das nach der Lektüre der Beiträge möglich war, dies ein wenig thematisch zu ordnen. Ich bitte darum, sich an den vereinbarten Zeitrahmen von etwa 20 Minuten pro Redner zu halten, um am Ende die Nachfrage- und Informationrunde für die Abgeordneten einführen zu können. Wenn wir das Programm so straff durchhalten können, wird es trotzdem ein sehr langer Nachmittag. Deshalb habe ich den Appell an alle Beteiligten, diesen Zeitrahmen möglichst einzuhalten.

Ich bitte Herrn Prof. Dr. Krupp, die Anhörungsrunde zu eröffnen, den ich ganz herzlich begrüße und der aufgrund seiner früheren Tätigkeiten eine enge Beziehung zu diesem Politikfeld hat.

Bevor ich Ihnen das Wort erteile, habe ich noch einen Hinweis, warum wir heute diese Sitzordnung gewählt haben. Da die meisten Referenten mit einer Power-Point-Präsentation oder mit anderen optischen Unterstreichungen ihres Vortrags arbeiten, ist es sicherlich besser, wenn Sie auf den gewohnten Abgeordnetensitzen und nicht auf der Regierungsbank Platz nehmen, um nicht in akrobatischer Form Ihre Hälse verrenken zu müssen. – Herr Prof. Dr. Krupp, Sie haben das Wort.

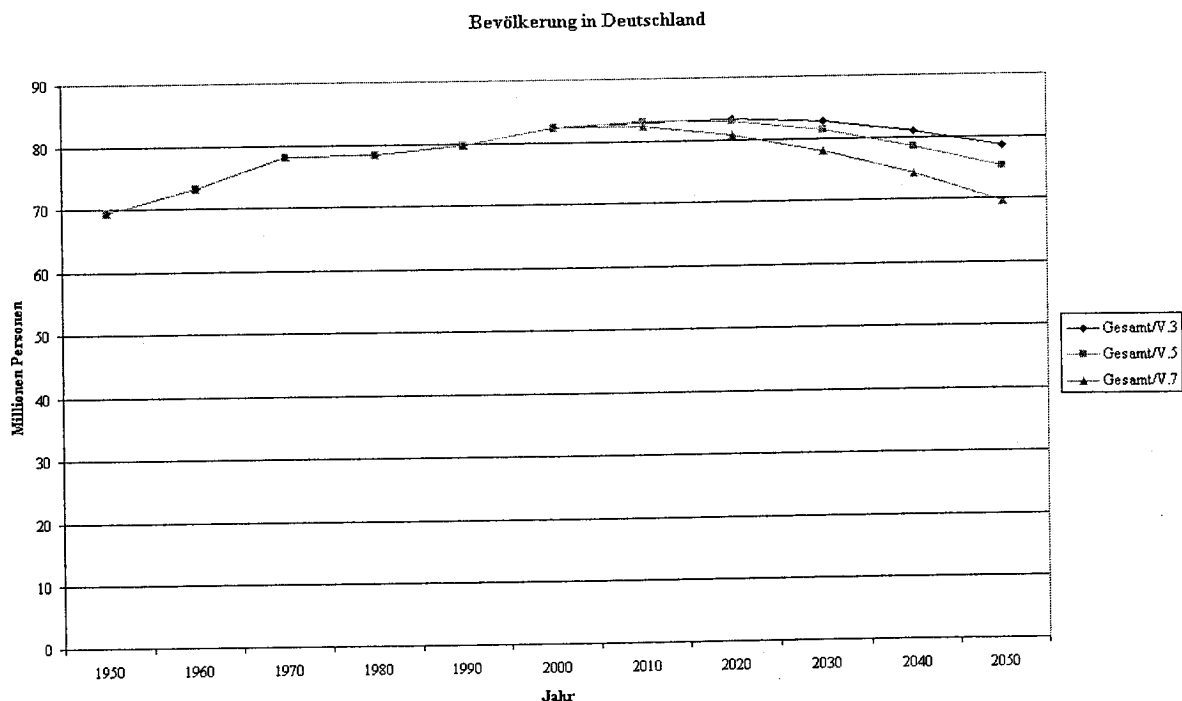
**Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp:**

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren Abgeordneten, meine Damen und Herren! Die demographische Situation ist zu einem wesentlichen Argument der sozialpolitischen Diskussion geworden. Dies ist einerseits richtig, denn wir werden in Zukunft ein gewichtiges demographisches Problem haben, andererseits wird die Demographie häufig missbraucht, um kurzfristig wirkende Einschnitte in das Sozialsystem zu rechtfertigen oder Finanzmarktinteressen zu vertreten. Dabei kommt es immer wieder zu Übertreibungen.

Das Thema dieser Anhörung „Ökonomische und fiskalische Auswirkungen des demographischen Wandels“ halte ich für problematisch. Es unterstellt, dass der demographische Wandel eine unveränderliche Größe wäre und dass die ökonomischen und fiskalischen Wirkungen primär von der Demographie abhängen. Beide Unterstellungen sind falsch. Bei meinen Überlegungen werde ich deshalb einerseits diskutieren, wie der demographische Wandel politisch beeinflusst werden kann, und andererseits skizzieren, wie die Politik in anderen Bereichen, insbesondere der Bildungs- und Wirtschaftspolitik, die Folgen des demographischen Wandels erträglich machen kann.

Ich gehe davon aus, dass die Enquetekommission mit den wichtigsten Daten des demographischen Wandels vertraut ist. Ich beschränke mich daher im Folgenden auf wenige Darstellungen, die nicht so häufig zu finden sind.

Schaubild 1 zeigt die Bevölkerungsentwicklung von 1950 bis 2000 in Deutschland und das Prognosespektrum der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung der amtlichen Statistik. Hier wurde mit drei verschiedenen Annahmen über die Entwicklung der Lebenserwartung und drei unterschiedlichen Wanderungsannahmen gerechnet. Insgesamt ergeben sich so neun Varianten. Das Schaubild zeigt die Extremvarianten und eine mittlere Variante.



Das Ganze sieht nicht so dramatisch aus, wie es häufig dargestellt wird. Selbst bei der ungünstigsten Prognose wären wir 2050 etwa wieder beim Bevölkerungsstand von 1950. Und die Bundesrepublik wäre bezogen auf ihre Fläche dann immer noch relativ dicht bevölkert.

Schwieriger sind die Probleme in der Alterssicherung. Üblicherweise werden diese am Altenquotienten gemessen, der die Altenbevölkerung zu der erwerbsfähigen Bevölkerung in Verhältnis setzt.

Schaubild 2 zeigt die neun Varianten für das Jahr 2050. Deutlich wird auch, dass die angenommene Altersgrenze von entscheidender Bedeutung ist. Mit der Annahme einer Altersgrenze von 60 Jahren kann man die Leute sehr viel besser erschrecken. Aber wenn das Lebensalter steigt und Arbeitskraft wirklich knapp wird, ist die heute rechtlich gültige Altersgrenze von 65 Jahren realistischer.

Schaubild 2

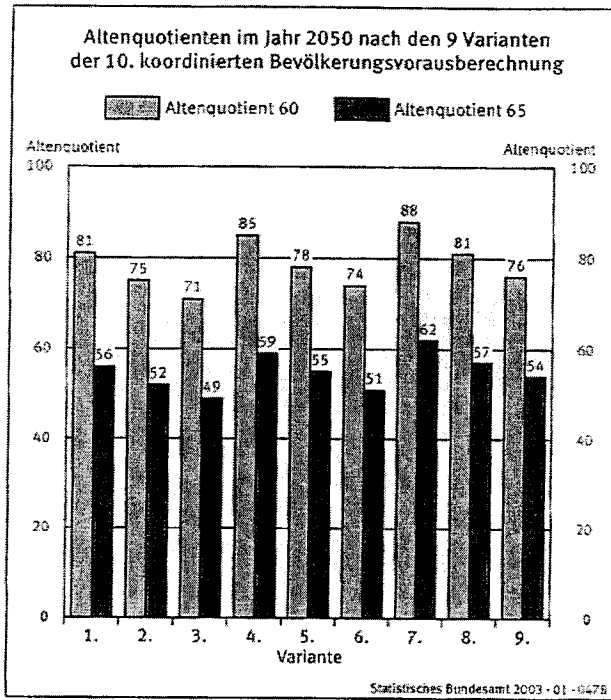
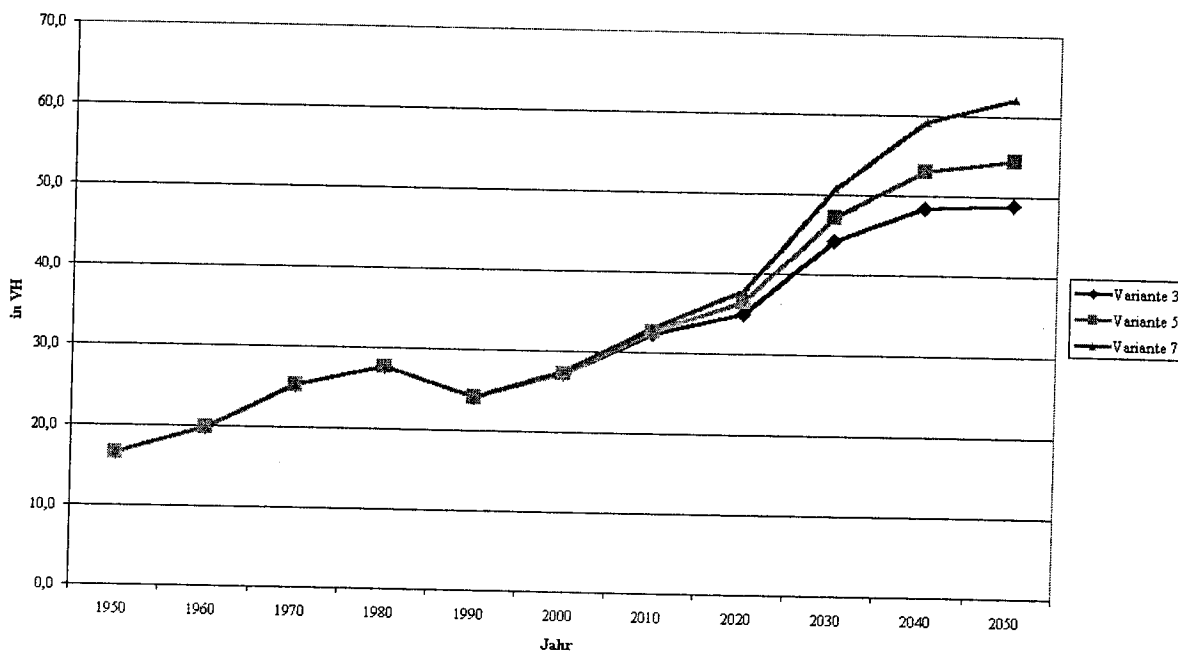


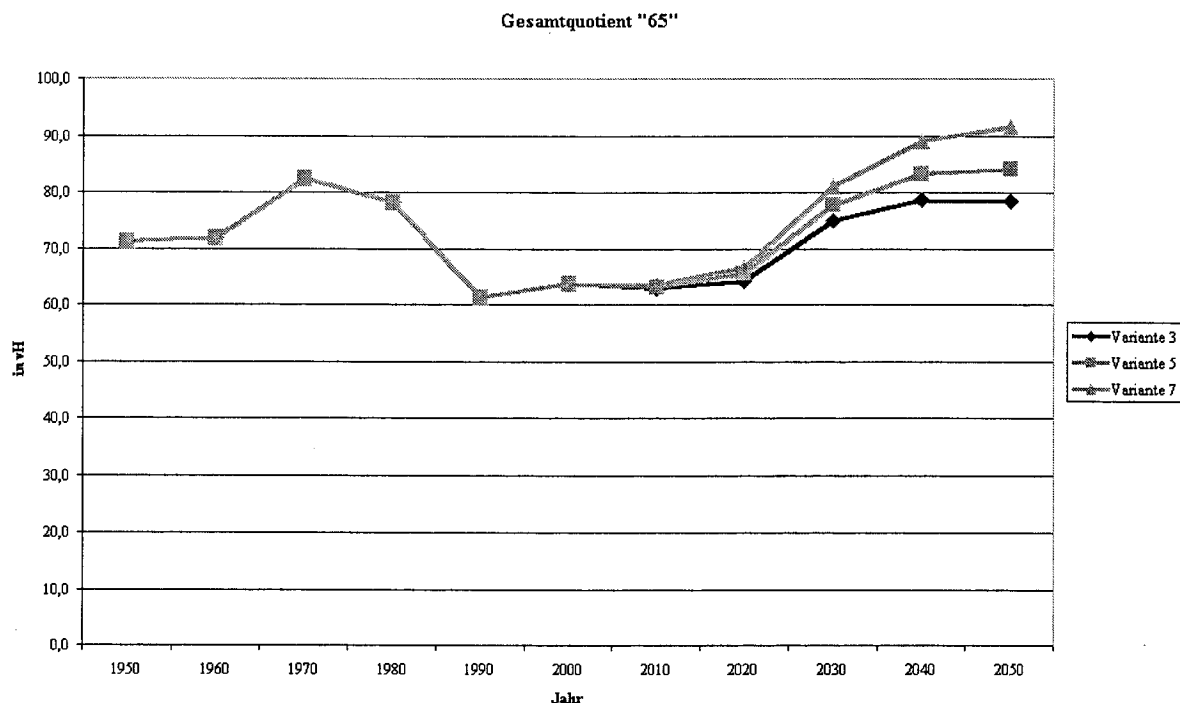
Schaubild 3 zeigt die Entwicklung auf der Basis einer Altersgrenze von 65 Jahren. Etwa nach 2020 wird es zu gravierenden Veränderungen kommen. 2050 müssen rein rechnerisch von einer Person im erwerbsfähigen Alter mehr als doppelt so viele Rentner finanziert werden wie heute. Auch in der Vergangenheit hat es Veränderungen des Altenquotienten gegeben, aber doch nicht in diesem Ausmaß.

Altenquotient "65"



Man kann diese dramatische Entwicklung relativieren, indem man von einem Drei-Generationen-Modell ausgeht, welches berücksichtigt, dass die erwerbstätige Generation nicht nur für die alten, sondern auch für die noch nicht erwerbsfähigen Jungen aufzukommen hätte.

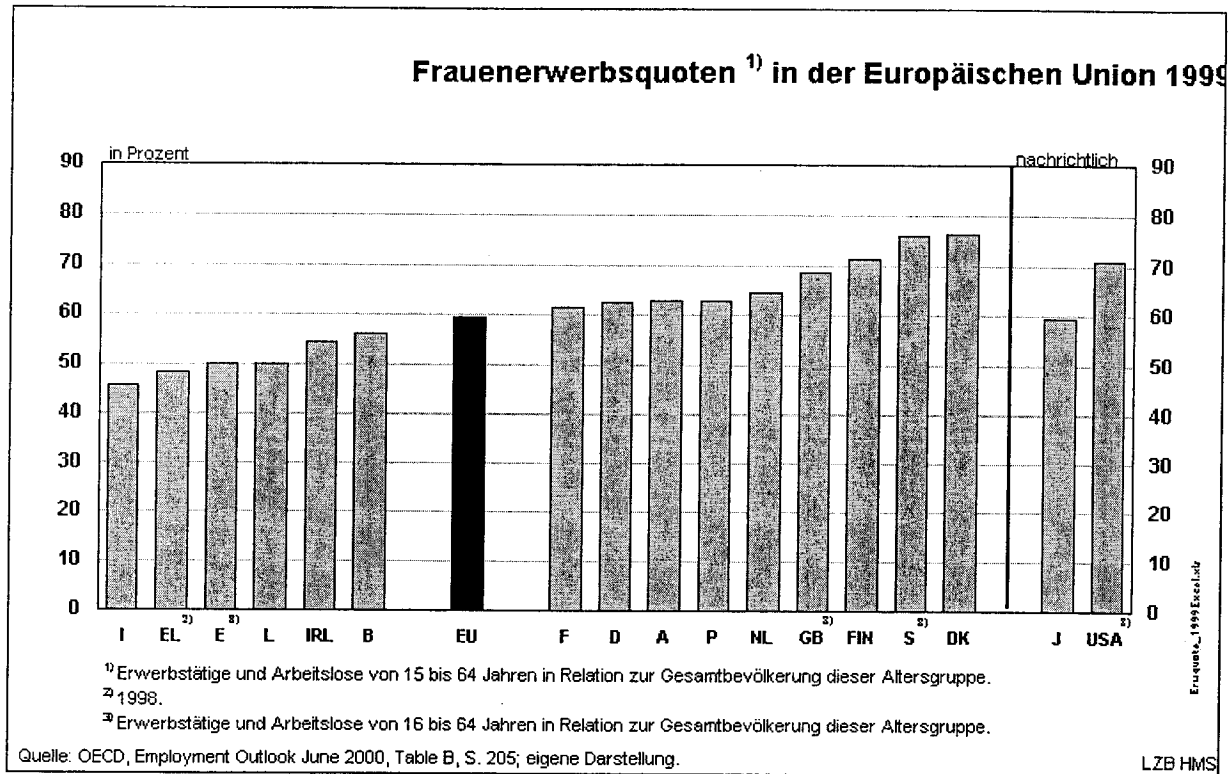
Schaubild 4 zeigt die Entwicklung eines Gesamtquotienten bei einer Altersgrenze von 65 Jahren und einer Erwerbseintrittsgrenze von 20 bzw. 21 Jahren.



Diese Reihe hat im Jahre 2000 einen Bruch, der das Ergebnis aber nicht wesentlich beeinträchtigt. Bis zum Jahre 2000 liegt die Grenze der Jungen bei 21 Jahren, danach bei 20 Jahren.

Diese Entwicklung ist nicht so dramatisch. Auch in den Siebzigerjahren hatte der Gesamtquotient hohe Werte. Man darf aber nicht übersehen, dass jedenfalls bisher die Versorgung der Jungen weitgehend privat, die der Alten weitgehend kollektiv organisiert und finanziert sind.

Allerdings ist dies nicht das einzige Problem. Für die Alterssicherungssysteme etwa kommt es in erster Linie nicht auf die demographische Relation, sondern auf das Verhältnis von Beitragszahlern zu Leistungsempfängern an, was erfreulicherweise in dem neuen Nachhaltigkeitsfaktor berücksichtigt wird. Entscheidend ist dabei neben der Demographie die Erwerbstätigkeit. Strukturell gibt es hier eigentlich noch erhebliche Reserven. Im Vergleich entwickelter Gesellschaften weist Deutschland eine eher niedrige Erwerbsquote auf. Dies gilt insbesondere für die Frauenerwerbstätigkeit, wie Schaubild 5 zeigt. Ob eine Erhöhung erreichbar ist, hängt aber von der Arbeitsmarktlage ab.



Wie wenig wir freilich über die Zukunft wissen, zeigen die Einschätzungen der beiden Kommissionen, die in jüngster Zeit Reformvorschläge vorgelegt haben. Offensichtlich ist die Düsternis der aktuellen Wirtschaftslage in die Prognosen für die nächsten Jahrzehnte eingegangen. Besonders dramatisch ist dies bei der Herzog-Kommission, die es als selbstverständlich ansieht, dass auch im Jahre 2030 noch eine Arbeitslosigkeit von 9,6 % besteht. In der Tabelle 1 sind einige der Kennwerte beider Prognosen am Beispiel der Zahlen für das Jahr 2030 wiedergegeben. Die Unterschiede sind beachtlich und man muss sich wohl doch fragen, ob die jeweiligen Kommissionen überhaupt einen positiven Beschäftigungseffekt ihrer Reformvorschläge für wahrscheinlich halten.

Tabelle 1

• **Einige Kennwerte der Prognosen für das Jahr 2030**

	Herzog-Kommission	Rürup-Kommission
Erwerbstätige(Inland) (Tsd)	32.400	37.750
Darunter SV-pflichtig Beschäftigte (Tsd)	26.500	31.803
Registrierte Arbeitslose (Tsd)	3.300	1.733
Arbeitslosenquote (%)	9,6	4,4
Produktivität (02-30, % p.a.)	1,25	1,8

Quelle: Herzog-Kommission S.66, Rürup-Kommission S. 61

Fragt man, was der demographische Befund für politische Entscheidungen bedeutet, ergibt sich:



Besonders betroffen ist das Alterssicherungssystem. Dies ist keine Aufgabe für die hessische Landespolitik. Es gibt aber Einflussfaktoren auf dieses System, die wesentlich von der Landespolitik bestimmt werden.

Hierzu zählt die Geburtenentwicklung. Bedauerlicherweise wurde bei der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung die Geburtenhäufigkeit als konstant angesehen und zwar auf der Basis des Durchschnitts der Jahre 1999 bis 2001 der früheren Bundesrepublik. Hierüber kann man streiten. Bei der Geburtenentwicklung kann man sich eine Umkehr der Entwicklung vorstellen, allerdings wirkt sich das erst mit einer Verzögerung von etwa 20 Jahren auf die Erwerbstätigkeit aus.

Um wieder zu mehr Geburten zu kommen, ohne das Erwerbspotenzial zu schmälern, ist eine Familienpolitik notwendig, die für Mann und Frau Beruf und Familie vereinbar macht. Zumindest sollte die vielfältige Diskriminierung Kinder erziehender Eltern, insbesondere aber der Kinder erziehenden Frauen abgebaut werden. Hierbei geht es einerseits um Regelungen der sozialen Sicherungssysteme in der Verantwortung des Bundes, andererseits um das Kinderbetreuungsangebot in allen seinen Varianten, das wesentlich von der Kommunal- und Landespolitik bestimmt wird. Das Angebot ist häufig quantitativ unzureichend und qualitativ zu wenig an den Bedürfnissen erwerbstätiger Mütter orientiert, z. B. bei den Öffnungszeiten. Es dient sicher nicht der Bereitschaft, Kinder zu haben, dass Kindergärten und Kindertagesstätten überwiegend ins Gewicht fallende hohe Gebühren erheben.

Wie hoch das in der Zukunft verfügbare Einkommen von Erwerbstätigen und alten Menschen sein wird, hängt nicht primär von der Zahl der erwerbsfähigen Personen, sondern von ihrer Erwerbstätigkeit und Produktivität ab. Insofern kommt der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der Förderung der Erwerbstätigkeit von Frauen und hohen Produktivitätssteigerungen eine besondere Bedeutung zu.

Von zentraler Bedeutung ist hier in jedem Fall die Bildungspolitik, die in der Verantwortung des Landes liegt. Viele Studien zeigen, dass hier der Nachholbedarf in Deutschland auf allen Ebenen erheblich ist. Eine flächendeckende Ganztagschule ist überfällig. Menschen ohne Schulabschluss können zur Schließung einer Erwerbstätigenlücke nicht beitragen.

Aber auch die schon angesprochenen Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind an dieser Stelle wichtig. Wenn aus demographischen Gründen Arbeitskräfte knapp werden, sind wir auf die Erwerbstätigkeit von Frauen angewiesen. Es muss aber auch darum gehen, älteren Menschen Chancen im Berufsleben zu erhalten, was der weit verbreitete Jugendwahn in der Wirtschaft häufig verhindert. Es macht wenig Sinn, über höhere Altersgrenzen zu diskutieren, ohne Arbeitsplätze für ältere Menschen zu sichern.

Am Rande sei erwähnt, dass in Bezug auf die in den Bevölkerungsprojektionen unterstellten Wanderungsbewegungen eine an den Erfordernissen des deutschen Arbeitsmarks orientierte, zielgerichtete Integrationspolitik notwendig ist.

Besonders wichtig sind hohe Produktivitätsraten, die mehr Anstrengungen bei Forschung und Entwicklung erfordern, ein Feld, in dem auch die Länder Verantwortung tragen. Hier ist aber auch ein Umdenken in der wirtschaftspolitischen Diskussion not-

wendig. Die Zukunft werden wir weder mit längerer Arbeitszeit oder niedrigeren Löhnen, sondern nur mit höherer Produktivität gewinnen.

Auch wenn Investitionen in das Humankapital der heranwachsenden Generation im demographischen Wandel hohe Priorität haben, darf man Änderungen der Bedarfsstruktur im Alterungsprozess der Gesellschaft nicht übersehen. So ist eine Zunahme des Bedarfs im öffentlichen Nahverkehr wahrscheinlich. Anforderungen an soziale Dienste und Freizeitaktivitäten werden zunehmen. Wie groß der Einfluss der Demographie auf das Gesundheitssystem ist, bedarf der Klärung. Hier muss man damit rechnen, dass die Zunahme des Lebensalters zu höherem Bedarf führt. Es gibt aber auch eine gegenläufige Entwicklung. Besonders hohe Kosten fallen unmittelbar vor dem Lebensende an. Diese Kosten nehmen mit zunehmendem Sterbealter ab. Insofern kann die Verlängerung der Lebenserwartung im Saldo zu einer Entlastung führen.

Angesprochen ist damit die weitere Entwicklung der Dienstleistungsseite des Sozialstaats. Hohe Arbeitslosigkeit und Defizite in den sozialen Diensten stehen nebeneinander. Der Status quo ist unbefriedigend.

Der demographisch bedingte Ausbau des Sozialstaats ist zugleich ein Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Allerdings ist die Frage, wie es gelingen kann, die Beschäftigungsintensität der sozialen Dienste zu vergrößern, nicht einfach zu beantworten. Die Versuche der letzten Jahrzehnte, dies auf bürokratischem Wege zu erreichen, sind gescheitert. Am ehesten haben zaghafte Versuche, den Wettbewerb in diesen Bereichen einzuführen, Erfolg gehabt. Es ist unverzichtbar, vorhandene Effizienzreserven zu erschließen. Mit den vorhandenen Ressourcen kann so mehr Beschäftigung geschaffen werden. Dass im Gesundheitswesen solche Reserven in erheblichem Umfang vorhanden sind, ist vielfach nachgewiesen. Bedauerlicherweise sind gerade diese bei der letzten Gesundheitsreform nicht angegangen worden.

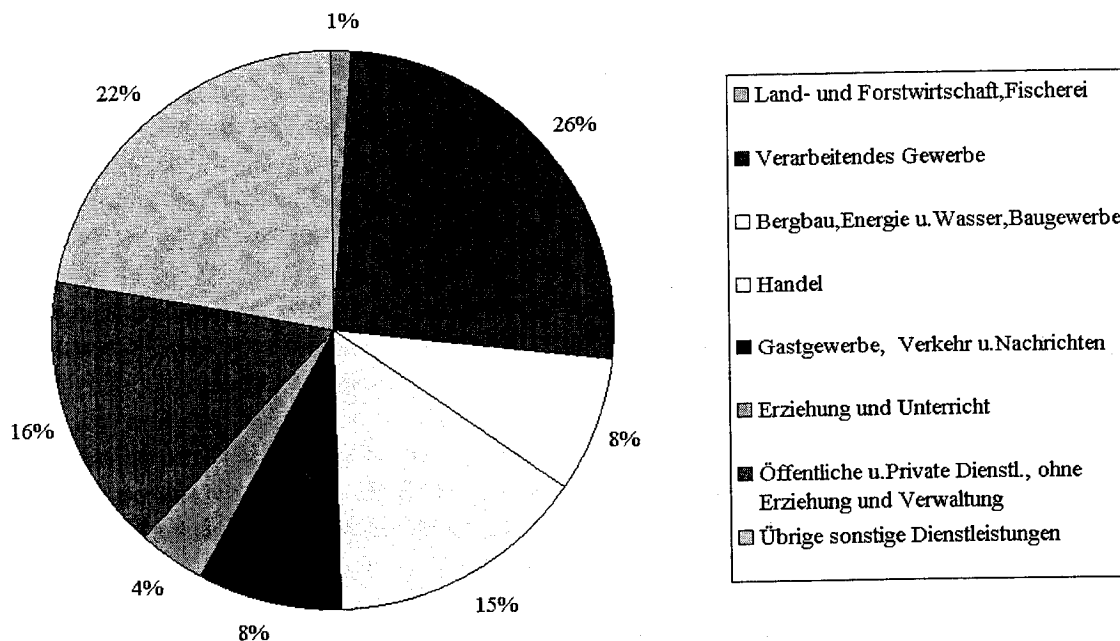
In den letzten Jahrzehnten hat der Wettbewerb bei Teilen der sozialen Dienste Einzug gehalten. Dies war im Saldo erfolgreich. Mit einem bestimmten Ausgabenbetrag erbringen im Durchschnitt kommerzielle Anbieter rein quantitativ höhere Leistungen als die großen Wohlfahrtsorganisationen, diese wiederum höhere Leistungen als kommunale oder staatliche Anbieter. Man kann das auch anders darstellen: In der Regel erbringen kommerzielle Anbieter eine bestimmte Leistung zu niedrigeren Kosten. Die Frage, welche Leistung mit einem bestimmten Ausgabebetrag erreicht werden kann, macht aber deutlich, dass man über den Umfang an zur Verfügung stehenden Leistungen spricht, wenn man über unterschiedliche Kosten redet. Hohe Kosten der Leistungserbringung sind sozial relevant, weil sie den Umfang möglicher Leistungen verringern.

Nun wird in dieser Diskussion zu Recht auf Qualitätsunterschiede verwiesen. Allerdings sollte man sich vor generellen Verdächtigungen hüten. Wenn staatliche Anbieter höhere Kosten als die großen Wohlfahrtsinstitutionen haben, bedeutet das nicht automatisch, dass sie auch eine höhere Qualität liefern. Und auch bei kommerziellen Anbietern wird häufig eine gute Qualität geleistet. Allerdings gibt es gerade auch hier schwarze Schafe.

Vor diesem Hintergrund wäre es problematisch, den Wettbewerb bei den sozialen Diensten pauschal zu verdammen. Er hat mit zu einer beachtlichen Entwicklung beigetragen. Leider sind die verfügbaren Zahlen schlecht abgegrenzt. Man kann grob schätzen, dass sich die Zahl der in den sozialen Diensten Erwerbstätigen seit 1980 etwa verdoppelt hat. Zurzeit dürften etwa 16 % aller Beschäftigten in den sozialen Diensten ar-

beiten. Mit Erziehung und Unterricht sind es 20 %. Das ist eine beachtliche Zahl, wenn man berücksichtigt, dass es das gesamte verarbeitende Gewerbe auf 26 % bringt. Schaubild 5 gibt einen Überblick.

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen am 30.6.2003



Zurzeit ist diese Entwicklung eher zum Stillstand gekommen. Das heißt allerdings nicht, dass es in diesem Bereich keinen Bedarf gäbe. Im Laufe des Alterungsprozesses der Gesellschaft wird er deutlich zunehmen. In Zukunft werden wir mehr denn je darauf achten müssen, dass die knappen verfügbaren Mittel so eingesetzt werden, dass eine möglichst große Leistung entsteht. Dass man das nicht bürokratisch lösen kann, zeigen die Erfahrungen im Gesundheitssektor deutlich. In Zukunft werden wir eher mehr als weniger Wettbewerb brauchen. Allerdings muss man das Qualitätsproblem angehen. Soziale Dienste haben es mit einem Umfeld zu tun, in dem unregulierter Wettbewerb in die Irre führt. Der Markt allein ist noch keine Garantie für Effizienz und Zielangemessenheit. So ist das amerikanische Gesundheitssystem im Wesentlichen marktgesteuert und zählt doch zu den teuersten der Welt, obwohl bis zu einem Drittel der Bevölkerung keinen vernünftigen Gesundheitsschutz haben. Gerade in einem so sensiblen Bereich wie den sozialen Diensten bedarf der Markt der staatlichen Gestaltung. Diese darf man auch nicht den Anbietern überlassen. Kosten und Qualität der Leistung sind gleichermaßen wichtig. Wir brauchen gerade im Sozialbereich Qualitätsstandards, die verbindlich sind und überprüft werden. Dabei kommt es nicht auf den Einsatz, die Inputs an, sondern auf das erzielte Ergebnis, neudeutsch den Output. Nur Standards, die am Ergebnis anknüpfen, können uns vor einer Regulierungsbürokratie bewahren, wie wir sie heute alltäglich in der Pflegeversicherung beobachten können.

Ein schwieriges Problem wird die Pflegeversicherung bleiben. Jetzt rächt sich, dass man diesen Versicherungsweig nicht von vornherein mit der Alterssicherung verbunden hat. Eine grundlegende Reform steht hier noch aus.

Ökonomen haben einen einfachen Begriff, mit dem man zusammenfassend die Herausforderungen des demographischen Wandels beantworten kann: Um den demographischen Wandel zu bewältigen, brauchen wir zuallererst Investitionen in das Humankapital, in Bildung, Forschung und Entwicklung, in soziale Dienste.

**Andreas Esche, Bertelsmann Stiftung:**

Herr Vorsitzender, verehrte Damen und Herren Abgeordnete, verehrte Damen und Herren im Publikum und Kollegen! Ich fange etwas anders an. Herr Prof. Krupp ist eingestiegen in dem Sinne: Wir wüssten nicht so richtig, was da passiert. Es sei gar nichts statisch. Das könne sich alles noch ganz anders darstellen.

Meine erste Folie sagt: Wir haben es hier mit einem Uhrwerk zu tun, das tickt und läuft und sich zum Teil ganz außerhalb unserer Kontrolle bewegt. Was Sie hier sehen, ist für mich der entscheidende und unverrückbare Punkt – er ist schon „auf die Welt gebracht“ –, nämlich die Verschiebung der Baby-Boomer-Generation. Wenn Sie sich die Verschiebung bzw. Abweichung von der Normalverteilung ansehen, wie sie sich über die Jahre hin verändert, stellen Sie fest, dass wir daran überhaupt nichts mehr bewegen können. Sie können an den Geburten etwas drehen. Sie können durch Zuwanderung das Niveau etwas verändern, aber im Grunde genommen können Sie an der Verschiebung der Berge sehr wenig tun.

Die Folge ist die Belastung der Sozialversicherungen, die sich systematisch erst reduzieren wird, wenn dieser Berg herausgewachsen sein wird. Das wird irgendwann ab 2050 der Fall sein. Insofern stellt der demographische Wandel ein Zukunftsproblem dar. Aus meiner Sicht gibt er aber auch Anlass zu Optimismus. Wann überhaupt hat sich Politik mit einer Sache beschäftigt, die in der Zukunft anfängt? Das demographische Problem haben wir nicht erst heute. Das sehen Sie. Die demographisch relevanten Jahrgänge stehen durchaus im Saft, verdienen gutes Geld und zahlen gute Beiträge. Das alles ist noch kein demographisches Problem. Trotzdem beschäftigen wir uns damit. Das kann man beklagen. Ich sehe es eher positiv. Zum ersten Mal geht man Dinge vorzeitig und proaktiv an.

Auswirkungen auf die soziale Sicherung hat der demographische Wandel. In der Tat kann man jede einzelne dieser Zahlen bezweifeln. Das hier kommt – wenn ich es richtig in Erinnerung habe – von dem Mannheimer Institut MEA, gestützt auf OECD-Basis.

Wenn Sie sich die rechte Spalte ansehen, wird deutlich, dass Wirtschaften hier nicht mehr stattfinden wird. Das bedeutet, dass es Veränderungen auf den verschiedenen Seiten geben muss, auch wenn man sich im Zusammenhang mit dem Gesundheitswesen überlegt: Na ja, es gibt die Kompressionsthese, nach der alles erst am Ende passiert. – Das stimmt. Aber unser System ist noch so, dass wir Verschiebungen auf der Einnahmeseite über die Konstruktion haben, die sich bemerkbar machen werden.

Wir müssen uns damit auseinandersetzen, dass es natürlich Auswirkungen auf das wirtschaftliche Leistungspotenzial haben wird. Auch hier kann man die Prognosen anzweifeln. Immerhin sind sie – wie ich meine – stark genug, dass es sich lohnt, sich mit ihnen auseinanderzusetzen und sich gegebenenfalls zu wappnen.

Hier sind die Erwerbspotenziale im internationalen Vergleich vorgestellt. Ganz oben sehen Sie die USA, die kein Problem mit der Geburtenrate haben. Eingewandert wird dort nach wie vor. Die Ebene darunter stellt die OECD ohne Deutschland dar. Darunter sehen Sie die EU ohne Deutschland. Dann kommt Deutschland allein. Im Prinzip stimmt das Argument, dass viele andere das Problem auch haben. Das ist richtig. Wir haben es nur in besonderem Maße.

Wenn man sich das vor Augen führt, stellt sich als entscheidende Frage, inwieweit das Thema bereits angekommen ist. Wie oft wird gesagt, das Bewusstsein sei vorhanden, es fehle nur noch an der Umsetzung. Wir haben untersucht, ob das so ist. In der Befragung, die wir vor gut einem Jahr durchgeführt haben, konnte die Hälfte der Bevölkerung nichts mit dem Thema demographischer Wandel anfangen: Es sei eine Krankheit. Es sei irgendetwas ganz Fremdes. – Man hatte keine Vorstellung, worum es eigentlich geht. Aber Begriffe sind nicht so entscheidend. Vielmehr muss man sich überlegen, wie man politisch damit umgeht, wenn man etwas politisch adressieren will und sich dieser Begriff vielleicht wirklich nicht eignet.

Aus unserer Sicht war in einem hohem Maße erstaunlich, dass nach einer Volksumfrage vor etwa einem Jahr diese generellen Trends sowohl hinsichtlich der Schrumpfung der Bevölkerung als auch des steigenden Durchschnittsalters dem überwiegenden Teil der Befragten relativ gut im Bewusstsein zu sein schienen und ihnen klar war, dass dies auf uns zukommen wird.

Auf einer Ebene darunter haben wir daraufhin gefragt, was das für unsere Gesellschaft in den unterschiedlichen Facetten heißt. Dem Schaubild können Sie entnehmen, dass dies schon fast ein reifes Thema ist, das in die Köpfe der Menschen eingedrungen ist. Ich greife nur einmal die Pflege oder die Staatseinnahmen heraus. Bei den Staatseinnahmen muss man schon einmal um die Ecke denken, um zu verstehen, dass das etwas miteinander zu tun hat. Sehr spannend finde ich, dass die Zahl der Arbeitslosen sinkt. Die unmittelbare Idee wäre doch zu sagen: Wenn es weniger Arbeitslose gibt, wird es Vollbeschäftigung geben. – Überraschend aufgeklärt finde ich, dass die Zusammenhänge so einfach nicht gesehen werden.

Das bedeutet nicht, dass der Sprung zu den notwendigen Konsequenzen gemacht wird. Wie Sie diesem Schaubild entnehmen können, wurde einzig denjenigen Punkten zugestimmt, bei denen Vater Staat aktiv gerufen wird, nämlich bei der Förderung von Familie und Ehrenamt. Alle anderen Punkte wurden in einer drastischen Weise von den Befragten abgelehnt bzw. nicht akzeptiert.

Ich komme auf einen anderen Punkt zu sprechen. Wir reden hier über das Phänomen des demographischen Wandels. Natürlich wissen wir, dass es keine flächige, neblige, einheitliche Geschichte ist, die sich gleichermaßen über alles legt, sondern dass es ein ausgesprochen differenzierter Prozess ist, der zum Teil, wenn man es aus einer Saldenmechanik heraus betrachtet, gar nicht so schwierig aussehen mag. Wenn man sich aber die Einzelheiten ansieht, wird es – wie in den neuen Bundesländern – ganz kompliziert.

Sie sehen es an dem Bild, das sehr bunt ist. Wenn Sie nach Hessen schauen, könnte man sich zurücklegen. Nach der DPR-Prognose sieht es vergleichsweise gut aus. Nichtsdestotrotz wird es auch da entsprechende Verwerfungen geben. Hier geht es nur um die Bevölkerungszahl und nicht etwa um das Thema der Alterung.

Ähnlich sieht das bei der Frage danach aus, welche Branchen davon profitieren. Berechtigterweise kann man fragen, ob es das Thema des demographischen Wandels betrifft. Meine Antwort: Nein, nur bedingt. Es mag sein, dass nur Gesundheitsleistungen, nicht aber andere Bereiche direkt etwas damit zu tun haben. Es ist aber eine Struktur, mit der wir uns in den Prognosen auseinander setzen müssen. Hier geht es um die Jahre ab 2020, wenn das Problem des demographischen Wandels als dann tatsächlich existierende Herausforderung auf dem Tisch ist.

Auch hier wird eine Differenzierung stattfinden. Man müsste sich sehr genau ansehen, ob die Prognos-Prognosen im Einzelnen so stimmen. Als Generaltrend kann man sagen: Die Medien, die Nachrichtentechnik, das Kreditwesen und die Bereiche des nicht verarbeitenden Gewerbes werden tendenziell ganz gute Aussichten haben und die Anforderungen an die Qualifikationen entsprechend hoch sein.

Eine weitere Prognos-Prognose geht davon aus, dass der Wachstumspfad langfristig nach unten geht. Ich vermute, dass es darüber ganz unterschiedliche Auffassungen geben wird. Ich bin gespannt auf die späteren Beiträge der Anzuhörenden.

Ein letzter Punkt zur Prognos-Prognose, nämlich zu der Frage, ob sich Hessen glücklich schätzen könne. Diese Prognose sieht Hessen mit einem Wachstum von 2,1 oder 2,2 % als Nummer eins. Ich weiß nicht, ob ich mich an Ihrer Stelle wirklich hundertprozentig darauf verlassen würde.

Egal, wie diese Kurve am Ende aussehen wird, mit einem Thema müssen wir uns mit Sicherheit auseinander setzen. Das ist das Thema der öffentlichen Verschuldung. Wir haben uns die Verschuldung der einzelnen Bundesländer nach dem Maastricht-Verschuldenskriterium und nach dem Anteil am BIP angesehen. In der Tat gibt es ein Bundesland – es wird Sie nicht überraschen, dass es Berlin ist –, das nur als Bundesland das Maastricht-Kriterium reißen würde. Wie Sie sehen, ist Hessen oben an dritter Stelle noch vergleichsweise gut gebettet. Aber Achtung: Es gibt auch Anzeichen dafür, nachlässig zu werden. Wenn Sie sich die aktuelle Entwicklung vor zwei Jahren ansehen, stellen Sie fest, dass Sie schon freier damit umgegangen sind.

Ich komme nun auf die Grenzen des Versorgungsstaates zu sprechen. Warum ist dieses Thema wichtig? Warum ist Konsolidierung wichtig? Was hat das mit Demographie zu tun? Sehen Sie sich einmal die prognostizierte Entwicklung der Versorgungsausgaben der Länder an. Wir erarbeiten gerade zusammen mit dem ZEW (Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung) Langfristprognosen für die Haushaltssituation der Länder. Wir reden über ca. 20 Milliarden €, aber ab dem Jahr 2040 werden es ungefähr 80 bis 90 Milliarden € sein.

Wenn Sie das mit einer Prognose der Steuereinnahmen spiegeln – ich gebe zu, es ist unfair, da es völlig unterschiedliche Skalen sind –, stellen Sie fest, wie beides miteinander kollidiert. Es muss einem nicht Angst und Bange machen, aber es muss einen wachrufen, an der Stelle etwas zu tun. Diese beiden Entwicklungen tun sich nicht gut.

Nebenbei bemerkt: Wenn Sie die Bevölkerung fragen, wie sie das Problem sieht, sind immerhin 25 % der Befragten der Meinung, wir hätten um die 50 Milliarden € Schulden. Das ist konsistent. Auf die Frage danach, wie viel Zinsen pro Jahr gezahlt werden, sind das in etwa 50 Millionen €. Auch an dieser Stelle ist das Bewusstsein in das, was notwendig ist, noch nicht vorhanden.

Ich möchte ein kurzes Stichwort zur Altersvorsorge nennen – ich führe das nicht weiter aus –: Es ist keine „hessische Baustelle“. Wenn Sie berücksichtigen, dass das Erwerbspersonenpotenzial abnehmen wird und wir Produktivität brauchen, um die soziale Sicherung in den Griff zu bekommen, stellen Sie fest, dass die private kapitalgedeckte Altersvorsorge ein ganz wichtiger Baustein in der Mitte ist. Sie brauchen das Kapital, um produktiver zu werden. Sie brauchen das Kapital, um sich abzusichern. Hier geschieht aus unserer Sicht eindeutig zu wenig. Das, was passiert, hat keine Breitenwirkung bekommen und kann sie auch nicht in dem Maße bekommen, wie sie sie eigentlich notwendig wäre.

Ein weiteres Stichwort ist die Erwerbstätigkeit Älterer. Hier auf dieser Graphik sehen Sie eine Banane. In allen Ländern hat es die gleiche Bewegung gegeben. Ältere wurden vorzeitig in den Ruhestand geschickt. Entscheidend ist jedoch, dass alle anderen irgendwann ab Mitte, Ende der Siebzigerjahre die Kurve gekriegt haben. Einer hat sich diesem Trend jedoch ein bisschen entzogen. Ich will das gar nicht geißeln. Für mich ist es Mut, diese Graphik zu zeigen, weil sie belegt, dass es geht und es über die entsprechenden Anreize gelingen kann. Das, was wir brauchen, ist hoffentlich deutlich geworden.

Ich gehe nun auf die Qualifikationsstruktur der Bildung als einen zentralen Punkt ein. Das ist eine Graphik des IAB (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung), in welcher der Bildungsstand heute 15 bis 24 Jahre alter Menschen mit dem Bildungsstand von vor zehn oder 20 Jahren verglichen wird. Die Zahl der 18- bis 24-Jährigen ohne Berufsabschluss geht ziemlich drastisch nach oben. Das hat verschiedene Gründe, wahrscheinlich auch, weil viele von ihnen noch an der Universität sind. Nichtsdestotrotz passt diese Verschiebung langfristig nicht zu den Problemen, die vorhin angesprochen wurden. Das ist etwas, was sich kreuzt. Das können wir uns im Prinzip nicht leisten.

Ich komme nun zu meiner letzten Folie. Man kann diesen Horror, der sich in den Medien gut verkauft, in extenso ausbauen. Was uns als Stiftung am Herzen liegt, ist Folgendes: Wir verstehen es als eine Art gesamtgesellschaftliche Sanierungsaufgabe – Gott lob eine, die wir anfangen, bevor das Kind in den Brunnen gefallen ist, das ist auch ein demographischer Ausdruck.

Aus unserer Sicht brauchen wir dafür ein klares Leitbild. Wir arbeiten mit einzelnen Ländern und Kommunen wie auch mit der Ebene darüber an diesem Thema. Wir müssen aber auch nachhaken, ob überhaupt etwas passiert. Wir brauchen Transparenz und eine Art Fortschrittscontrolling. Sie müssen die Leute mitnehmen und zeigen: An dieser Stelle sind wir auf dem Weg tatsächlich ein Stück weitergekommen. – Wenn die Lage aussichtslos erscheint, nehmen Sie niemanden mit. Dann gibt es überhaupt keinen Grund, sich für irgendetwas zu engagieren. Darüber, dass das eine ganze Zeit braucht, sind wir uns alle einig.

**Dieter Bräuninger, Deutsche Bank AG, DB Research:**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Thema Demographie ist derzeit in aller Munde. In einem Bericht über mehrere Veranstaltungen, die Ende Oktober zeitgleich in Berlin stattfanden, konstatierte die „FAZ“ sogar ein Demographiefieber in der Bundeshauptstadt. Nun also eine Demographiedebatte im Hessischen Landtag.

Ist dies gerechtfertigt? Macht es Sinn, dass sich der Landtag mit dem demographischen Wandel und seinen Folgen auseinandersetzt, oder ist dies nur ein Modethema ohne ernsthafte Relevanz, wie manche Beobachter meinen? – Ich meine: nein. Der demographische Wandel ist ein Megatrend, eine der großen Herausforderungen, die wir in Deutschland bewältigen müssen. Es ist richtig und keineswegs zu früh, dass sich Öffentlichkeit und Politik auch hier in Hessen mit diesem wichtigen Trend und seinen Folgen auseinandersetzen. Der demographische Wandel ist epochal. Ich unterstütze die Thesen von Herrn Esche vollkommen.

In der öffentlichen Debatte wird das Thema Demographie vorwiegend im Zusammenhang mit der Tragfähigkeit der Sozialsysteme diskutiert. Das ist zweifellos ein wichtiger Aspekt. Es liegt auf der Hand, dass die sozialen Sicherungssysteme aus der Balance geraten, wenn einerseits die Zahl der Beitragszahler abnimmt, andererseits aber immer mehr ältere Menschen Leistungen beanspruchen.

Die durch Umlage auf die Erwerbseinkommen finanzierten Sozialversicherungen sind davon besonders betroffen. In den Umlagesystemen kann nicht durch Kapitalbildung für die kommenden schwierigen Jahrzehnte vorgesorgt werden. Die Sozialversicherungen bedürfen daher der Stütze durch eine ergänzende kapitalgedeckte private Vorsorge. Das gilt ganz offensichtlich für die Alterssicherung. Es gilt aber auch für die Gesundheitsvorsorge einschließlich der Pflege. Ein Mischsystem aus umlagefinanzierter staatlicher Versorgung und privater Vorsorge tut daher Not, zumal eine Mischfinanzierung der sozialen Sicherung auch unter Risikoaspekten vorzuziehen ist.

Beim Thema Demographie geht es aber um mehr als um die Sicherheit der Renten. In weiten Bereichen unseres Lebens stehen Umbrüche bevor – gerade auch in der Wirtschaft. Ich will mich im Folgenden vor allem mit den ökonomischen Implikationen befassen. Dazu möchte ich vier Thesen vortragen.

Erste These: Der demographische Wandel trifft ins Mark unserer Wohlstandsgesellschaft. Er vermindert das Angebot an Arbeitskräften und schwächt das Wachstumspotenzial der deutschen Wirtschaft.

Der demographische Wandel schlägt zuerst auf den Arbeitsmarkt durch. Wegen des fehlenden Nachwuchses nimmt die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte – das so genannte Erwerbspersonenpotenzial – ab, wie die Herren Esche und Krupp bereits gezeigt haben. Unter der Annahme einer längerfristig unveränderten Nettowanderung von jährlich 200.000 Personen setzt der Rückgang etwa ab 2012 ein. Er verläuft zunächst moderat. Ab 2020 gewinnt der Schrumpfungsprozess aber an Brisanz. Von diesem Jahr an werden die geburtenstarken Altersjahrgänge vermehrt aus dem Erwerbsleben ausscheiden. In einem relativ wahrscheinlichen Szenarium schrumpft die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte zwischen 2020 und 2040 um fast 1 % pro Jahr, wenn nicht gegengesteuert wird.



Allein dieser quantitative Effekt schmälert die Wachstumsmöglichkeiten der deutschen Wirtschaft beträchtlich. Ein Indikator dafür ist das so genannte Wachstumspotenzial. Es misst die gesamtwirtschaftliche Leistung, die mit den verfügbaren Arbeitskräften und dem verfügbaren Sachkapital bei normaler Auslastung der Kapazitäten produziert werden kann, und zwar bei einer gegebenen Rate des technischen Fortschritts.

Berechnungen von Deutsche Bank Research zeigen, dass das Wachstumspotenzial voraussichtlich deutlich sinkt. Kann die deutsche Wirtschaft mit den derzeit vorhandenen Kapazitäten mittelfristig etwa 1,7 % pro Jahr wachsen, so wird dieser Wert unter Status-quo-Bedingungen im kommenden Jahrzehnt um einen halben Prozentpunkt zurückgehen. In den Dekaden nach 2020 fällt das Wachstumspotenzial dann auf unter 1 % pro Jahr, wenn sich beim Erwerbsverhalten, bei der Zuwanderung und der Produktivität keine neuen Trends ergeben.

Nun können Arbeitskräfte zu einem gewissen Grad durch Kapital, d. h. mehr Maschinen und Computer, ersetzt werden. Verstärkter Kapitaleinsatz kann also die Verknappung von Arbeit zum Teil wettmachen. Vermutlich wird jedoch die Produktivität des zusätzlichen Kapitaleinsatzes kleiner werden, weil die rentabelsten Investitionen in der Regel zuerst erfolgen. Dieses Phänomen könnte nur durch mehr und erfolgreichere Innovationen ausgeglichen werden. Vieles hängt also von der künftigen Innovationsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ab.

Das führt zu meiner zweiten These: Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung gefährden den Innovationsstandort Deutschland.

Würde man im Hinblick auf die Produktivität und Innovationsfähigkeit nur den langfristigen Trend fortschreiben, so müsste man pessimistisch sein. In der deutschen Industrie ist die Rate der Produktivität je Beschäftigtenstunde seit den Siebzigerjahren von jährlich fast 4 % auf nur noch 2,3 % seit Mitte der Neunzigerjahre gefallen. Damit liegen wir nun deutlich hinter den USA, mit gut 5 %, und auch hinter europäischen Partnerländern wie Frankreich, mit ca. 4,3 %, zurück.

Wenn dieser Trend anhält, werden wir in Deutschland nur noch die sprichwörtlichen kleinen Brötchen backen können. Das gilt umso mehr, als die deutsche Wirtschaft weiterhin unter hohem Wettbewerbsdruck stehen wird. Dafür sorgt nicht allein die Konkurrenz aus den anderen Industrieländern. Vielmehr wird Deutschland immer stärker auch durch die neuen EU-Mitglieder aus Osteuropa und die aufstrebenden asiatischen Schwellenländer herausgefordert. Deren technisch-ökonomische Fähigkeiten nehmen im Internetzeitalter rasch zu. Deutschland muss daher beim Hightech an der Spitze marschieren, damit wir in der Liga der Weltwirtschaft nicht nach unten durchgereicht werden.

Kann aber eine alternde Gesellschaft den Motor des technischen Fortschritts auf hoher Drehzahl halten? – Diese Frage ist unter Experten sehr strittig. Allerdings deutet einiges darauf hin, dass die technologische Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands künftig sinken könnte.

Jüngere Menschen sind eine starke Innovationskraft. Die wissenschaftlich-technische Forschung wird besonders von jungen Wissenschaftlern und Ingenieuren vorangebracht. Vor allem spielen junge Arbeitskräfte wegen ihrer zeitnahen Ausbildung und ihrer hohen Mobilität eine bedeutende Rolle bei der Ausbreitung neuen Wissens in der

Wirtschaft. Die Akzeptanz technologischer Neuerungen ist in dieser Altersgruppe relativ groß. Es sind in der Regel die jüngeren Mitarbeiter in den Betrieben und Verwaltungen, die neue Computerprogramme als erste anwenden.

Die Suche nach jungen Fachkräften bereitet vielen Unternehmen aber schon heute Schwierigkeiten. Einer aktuellen Umfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft zufolge leiden bereits 20 % der Betriebe in Deutschland an Engpässen auf dem Fachkräftemarkt. Betroffen sind etwa die IT-Branche, der Maschinenbau und die elektrotechnische Industrie. Derzeit reflektieren die Engpässe vor allem die unzureichende Neigung junger Menschen, die gesuchten Studiengänge zu absolvieren. Mit Beginn des kommenden Jahrzehnts droht jedoch – demographisch bedingt – eine zunehmende Verschärfung des Fachkräftemangels. Gut ausgebildete Arbeitskräfte sind für das rohstoffarme Deutschland jedoch die wichtigste Ressource.

In unserer alternden Gesellschaft könnten auch Unternehmer knapp werden, und zwar insbesondere Pionierunternehmer, die innovative Produkte anbieten. Empirische Untersuchungen zeigen hier ein relativ eindeutiges Bild. Die 25- bis 45-Jährigen gehören in vielen Ländern zu den aktivsten Unternehmensgründern. Vor allem in Zukunftsbranchen wie der Informations- und Kommunikationstechnologie werden neue Unternehmen überwiegend von jüngeren Menschen gegründet. Studien zeigen auch eine hohe Korrelation zwischen den Gründungsaktivitäten in einem Land und dem Wirtschaftswachstum.

Hinzu kommt weiter: Die empirische Wirtschaftsforschung hat eine ganz enge Korrelationen zwischen dem Wirtschaftswachstum eines Landes und dem technischen Fortschritt festgestellt. Das wurde wiederholt über längere Zeiträume beobachtet. Wenn aber das Wachstumspotenzial sinkt, laufen wir Gefahr, dass dadurch der technische Fortschritt und die Produktivität Schaden nehmen, weil sich technologische Neuerungen in einer rasch wachsenden Wirtschaft leichter ausbreiten können. Umgekehrt besteht die Gefahr, dass die Produktivität nur noch wenig vorankommt, wenn die Wirtschaft stagniert. Allerdings darf man nicht zu pessimistisch sein. Es gibt auch Argumente, die für anhaltende Produktivität und Fortschritt auch in einer alternden Gesellschaft sprechen.

So sind ältere Arbeitnehmer heute in der Regel gesünder und in vielen Berufen leistungsfähiger als vor 30 Jahren. Dieser Trend dürfte anhalten. Zudem nehmen berufsspezifische Kenntnisse und Fähigkeiten mit den Berufsjahren zu. Erfahrung zählt weiterhin, wenn auch – wegen des beschleunigten Strukturwandels – nicht mehr in gleichem Maße wie früher. Vor allem aber – das ist meines Erachtens der wichtigste Punkt, der dafür spricht, dass der technische Fortschritt weiterhin hoch sein kann – gibt es einen relativ hohen Anpassungsdruck für die Unternehmen, der aus der zu erwartenden Arbeitskräfteknappheit resultiert. Diese Knappheit an Arbeitskräften wird Anreize für die Implementierung neuer Technologien in den Unternehmen setzen.

Das führt mich zu meiner dritten These: Sinkende Produktivität und wirtschaftliche Stagnation sind kein unentrinnbares Schicksal. Wirtschaft und Politik können gegensteuern.

Die Bevölkerungstrends lassen sich zwar kaum mehr aufhalten, zumindest nicht in den nächsten 20 oder 30 Jahren, aber die ökonomischen Effekte sind gestaltbar. Dafür gibt es mehrere Stellschrauben. Einerseits gilt es, das vorhandene Potenzial an Arbeitskräf-

ten bestmöglich zu heben. Andererseits kommt es darauf an, die Produktivität der Arbeitskräfte zu stärken.

Das Angebot an Arbeit könnte durch einen geeigneten Politikmix nachhaltig gesteigert werden. Nach Berechnungen aus unserem Hause könnte das Wachstumspotenzial in Deutschland sogar bis 2050 konstant gehalten werden, wenn ein geeignetes Maßnahmenbündel umgesetzt würde. Dazu gehören

1. eine höhere Erwerbsbeteiligung von Älteren durch eine Anhebung des faktischen Renteneintrittsalters auf 65 Jahre – darauf hat bereits Herr Esche hingewiesen –, es gilt, diese Reserven zu heben;
2. eine Anhebung der Wochen- bzw. Jahresarbeitszeit von derzeit durchschnittlich 28 auf 34 Stunden pro Woche. Das impliziert u. a. eine höhere Erwerbsquote von Frauen bzw. einen vermehrten Umstieg teilzeitbeschäftigter Frauen auf Vollzeitstellen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist daher ein großes Thema, das Herr Prof. Dr. Krupp sehr nachdrücklich angesprochen hat. Ich möchte das an dieser Stelle nur noch einmal hervorheben. Es impliziert aber auch eine Anhebung der tariflichen Wochenarbeitszeiten;
3. die Zuwanderung von Arbeitskräften. In unserem Szenarium, das wir durchgerechnet haben, ist eine Zuwanderung von 200.000 Personen pro Jahr unterstellt. Die Zuwanderer haben, und das ist ein entscheidender Punkt, annahmegemäß die gleiche Qualifikationsstruktur wie die bereits hier lebende Bevölkerung. Das deutet auf die große Aufgabe hin, die sich der Integrations- und Zuwanderungspolitik stellt. Wir brauchen Zuwanderung zum Arbeitsmarkt, bevorzugt von Fachkräften, nicht aber Zuwanderung in die Sozialsysteme.
4. In der Praxis wäre viel gewonnen, wenn die hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland abgebaut werden könnte. Dafür sind vor allem Reformen auf dem Arbeitsmarkt wichtig. Nicht darauf hoffen sollte man, dass sich die Probleme am Arbeitsmarkt wegen der Demographie gleichsam von selbst lösen. Wenn sich die hohe Arbeitslosigkeit in den nächsten Jahren weiter verfestigt, wird sie auch danach kaum mehr auflösbar, selbst wenn den Betrieben dann der Nachwuchs fehlt.

Dass wir das vorhandene Arbeitskräftepotenzial besser nutzen, ist unverzichtbar. Notwendig ist aber eine Doppelstrategie, die auch der Gefahr sinkender Produktivität und Innovationsfähigkeit entgegenwirkt. Die Schlüsselinstrumente dafür heißen Bildung, Ausbildung und Weiterbildung. Angesichts verschiedener Warnzeichen über Qualitätsprobleme im deutschen Bildungssystem wird die bildungspolitische Debatte in jüngster Zeit mit neuem Elan geführt. Das geschieht zu Recht auch mit Blick auf den demographischen Wandel und den drohenden Fachkräftemangel. Die Kenntnisse und Fähigkeiten der Mitarbeiter sind das entscheidende Asset moderner, wissensbasierter Unternehmen.

Freilich erfordert die Sicherung der Innovationsfähigkeit an vielen Stellen entschlossenes Handeln von Politik und Wirtschaft. Ergänzend zu nennen sind etwa eine verstärkte Förderung von Forschung und Entwicklung in staatlichen Institutionen wie auch in der Privatwirtschaft und die weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen für Investitionen. Entscheidend dafür sind ein wettbewerbsfähiges Steuersystem und der Abbau noch vorhandener administrativer Hemmnisse. Offenkundig sollte die staatliche Zu-

kunftsvorsorge auch eine nachhaltige Fiskalpolitik einschließen, wie Herr Esche eben angesprochen hat. Im Interesse der jüngeren Generation ist Disziplin bei der Rückführung der Staatsverschuldung angezeigt. Wie die Wirtschaft, so muss sich auch der Staat zukunftsgerecht positionieren, d. h. bei Staatsausgaben umsteuern – weg vom überzogenen Gegenwartskonsum, hin zu mehr Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur. Hier sind vor allem auch die Länder gefordert.

Dazu meine abschließende vierte These: Auch Hessen hat „graue Sorgen“, aber das Land verfügt über wirtschaftliches Potenzial, das es zu nutzen gilt.

Die demographische Perspektive des Landes Hessen entspricht in etwa der Perspektive der westdeutschen Bundesländer insgesamt. Nach der mittleren Variante der Bevölkerungsprojektionen des Statistischen Bundesamtes verändert sich die Einwohnerzahl Hessens bis Ende des kommenden Jahrzehnts nicht signifikant. In der dritten und vierten Dekade des Jahrhunderts wird die Bevölkerungszahl dann aber jeweils um 120.000 bzw. 240.000 Personen schrumpfen. Zur Jahrhundertmitte werden nach dieser Vorausberechnung rund 700.000 Menschen weniger in Hessen leben als heute. Das sind etwa 11 % weniger. Hessen hat jedoch die Chance, durch eine erfolgreiche Standortpolitik seine Attraktivität für Arbeitskräfte – auch aus anderen Bundesländern – weiter zu steigern.

So verfügt das Rhein-Main-Gebiet über das Potenzial, seine herausgehobene Stellung als Wachstumszentrum für wissensbasierte Dienstleistungen weiter zu verbessern. Für andere Regionen geht es vor allem darum, sich im bundesweiten Standortwettbewerb zu bewähren. Vor allem durch die Förderung von Humankapital – Stichwort Pflege der Schul- und Hochschullandschaft – und mittels dienstleistungsorientierter öffentlicher Verwaltung kann die Landespolitik zu einer guten Positionierung des Landes Hessen wesentlich beitragen.

Dessen ungeachtet dürfte es aber auch in Hessen anhaltend strukturschwache Regionen geben, die – vor allem auch wegen des Fortzugs junger Menschen – von einer verstärkten Bevölkerungsschrumpfung betroffen sein werden. In diesen Regionen stellen sich besondere Anpassungserfordernisse. Zu nennen sind der kostspielige Rückbau von Infrastruktur wie Wasserver- und -entsorgung, die Umwidmung öffentlicher Gebäude wie Schulen, die Belebung bzw. Sanierung von Dorfkernen und die Überprüfung der Gemeindegrößen.

Auch Hessen hat also „graue Sorgen“, aber es verfügt über viele Pluspunkte im nationalen und internationalen Standortwettbewerb: eine zentrale Lage im erweiterten Europa, ausgezeichnete Verkehrsverbindungen, eine relativ günstige Branchenstruktur und eine lebendige Hochschullandschaft. Wenn diese Vorteile richtig genutzt werden, sollte Hessen der Weg in eine erfolgreiche Zukunft gelingen können.

**Prof. Dr. Gisela Färber, Hochschule für Verwaltungswissenschaften, Speyer:**

Herr Vorsitzender, meine Herren und Damen! Bei der Einladung zu dieser Anhörung habe ich die Frage gestellt, worum es gehen soll, denn die Demographie und ihre Auswirkungen gehen uns in jeder Lebenssecke nach. Ich selbst beschäftige mich seit fast 20 Jahren mit dem Thema. Das erste Projekt habe ich 1985 begonnen. Damals erschien die erste Modellrechnung für die Pensionslast im öffentlichen Dienst. Insofern bleibt mir für heute gar nichts anderes übrig, als etwas einzugrenzen und mich auf ein paar Themen zu beschränken, von denen ich glaube, dass sie von den anderen Spezialisierungen nicht ganz so stark vertreten sind.

Ich werde zunächst einige Bemerkungen zur Demographie selbst machen und hier meine etwas weiblichere Sicht der Dinge einbringen. Anschließend werde ich – wie bereits Herr Esche – auf die Folgen für den öffentlichen Dienst eingehen. Weiter werde ich mich mit den Folgen des demographischen Wandels für die öffentlichen Haushalte und vor allem für den Finanzföderalismus, der sich im Kommunalen Finanzausgleich fortsetzt, sowie mit dem Reformbedarf hierfür befassen.

Worauf ich nicht eingehen will, was aber genauso relevante Bereiche sind, sind Demographie und Bildung sowie lebenslanges Lernen. Zu fordern, wir brauchen mehr Geld, ist die eine Sache. Aber die Frage, wie man das umsetzt, und vor allem die Kombination öffentlicher und privater Ressourcen sind meines Erachtens noch nicht annähernd hinreichend ausgelotet. Das Gleiche betrifft den Arbeitsmarkt, der die längste Tradition der Forschung umfasst: Die Effekte der Alterung von Arbeitskräften, Rente und Alterssicherung – der fast älteste Bereich der Forschung – sowie Krankenversicherung und Pflegeversicherung will ich heute nicht thematisieren, obwohl es Bereiche von nachhaltiger Bedeutung sind.

Ich will Sie auf die Problematik der Demographie in den verschiedenen Politikbereichen hinweisen. Diese besteht nicht in den fehlenden Geburten, sondern in den Wanderungen in Bezug auf regionale Entwicklungen und in dem einzigen und elementaren Faktor der wachsenden Lebenserwartung. Wenn Sie die Geburtenzahlen unterhalb der nationalen Ebene projizieren, wird es regional sehr unterschiedlich. – Herr Esche hatte vorhin eine Tabelle nach Regionstypen gezeigt.

Die Binnenwanderungen sind einer der dramatischsten Bereiche, den wir noch gar nicht untersucht haben, weil sie durchaus als Funktionen anderer Politikparameter zu betrachten sind. Wenn Sie überlegen, dass die Menschen in den neuen Bundesländern – im Übrigen ähnlich wie zuzeiten der Strukturkrise im Saarland – einfach deshalb wandern, weil sie anderswo Arbeit finden, und dass im Raum München Wohnungsnot herrscht – ich weiß im Moment nicht genau, wie es in Frankfurt aussieht, aber hier ist die Wirtschaftsentwicklung etwas besser als zumindest in den Strukturwandelgebieten –, wird es zu erheblichen Verwerfungen auch innerhalb der Bundesrepublik unterhalb der Gesamtentwicklung kommen. Diese Wanderungen sind typischerweise altersspezifisch. Dass das Saarland während seiner Strukturkrise die niedrigste Nettofortpflanzungsrate aller Länder hatte, lag nicht nur daran, dass saarländische Frauen so wenig Kinder bekommen haben – obwohl es wohl einen Zusammenhang zwischen stabilen Erwerbserwartungen für junge Frauen und ihrem Wagnis, Kinder zu bekommen, gibt –, sondern es hat auch etwas damit zu tun, dass genau die jungen Aktiven, welche die Kinder bekommen, weggezogen sind, weil sie anderswo Jobs bekommen haben.

Wir können nur Modellrechnungen machen, d. h. Prolongationen von dem, was heute praktisch erkennbar ist, um zu sehen, welche Folgen eintreten werden, wenn das so bleibt und nicht umgesteuert wird. Deswegen habe ich die Parameter für Wanderungen und natürliche Bevölkerungsentwicklung von 1997 bis 1999 fortgeschrieben und gebe sie Ihnen auf Folien zur Kenntnis.

Für 1999 sind die Bevölkerungszahlen aller Länder auf 100 % gesetzt. Meine Mitarbeiterin und Doktorandin, Sandra Renn, hat das berechnet. Sie sehen, dass unter ansonsten gleichen Annahmen wie die 10. koordinierte Bevölkerungsvorausschätzung die Länder, die bis 2050 am wenigsten betroffen sein werden, die Länder Baden-Württemberg und Hessen sind – das interessanter Weise vorn mit dabei ist, das liegt an den guten Wirtschaftsdaten und Wanderungssalden –, einen Bevölkerungsrückgang von nur minus 20 % erleiden werden, während die Strukturwandelstaaten, nämlich die neuen Bundesländer, sogar 40 % ihrer Bevölkerung verlieren werden, wenn sich dort nichts ändert. Das klafft dramatisch auseinander.

Beim Altersquotienten sehen Sie diese Entwicklung auch. Der Altersquotient ist auch ein Ausdruck von Vitalität. Hier sehen Sie, dass die Altersquotienten der über 65-Jährigen und der 15- bis 65-Jährigen mit Werten zwischen 20 und 27 % sehr eng beieinander liegen. Sie sehen auch, dass das auseinander klafft und dass bei den am stärksten alternden Stadtstaaten eine niedrige Geburtenraten und eine wachsende Lebenserwartung zusammenkommen werden. Diese kommen bei einem Altersquotienten von über 85 Ältere auf 100 Erwerbstätige zustande, während die anderen Länder – die etwas vitaleren und wirtschaftsstärkeren – hier gerade einmal eine zweieinhalbfache Steigerung aufweisen werden. Das ist zwar auch schwer zu bewerkstelligen, aber es divergiert so stark, dass die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse allein schon wegen dieser Daten daraufhin hinterfragt werden muss, was davon überhaupt noch übrig bleiben kann und welche Folgen das haben wird.

Ich will Ihnen zeigen, dass es für diese Modellrechnungen gar nicht so sehr darauf ankommt, dass Geburten fehlen. Ich möchte auch nicht falsch verstanden werden. Eine Gesellschaft, die keine Kinder mehr bekommt, verliert an Vitalität. Für mich ist es ein Drama, dass vor allem die Hälfte aller Akademikerinnen keine Kinder bekommen. Dahinter stehen auch persönliche Dramen. Wenn wir uns hier über verschiedene Sicherungssysteme unterhalten, ist die wachsende Lebenserwartung das eigentliche Problem. Sie sehen hier – basierend auf einer Modellrechnung der OECD – die drei Wirtschaftsräume Europa, Japan und die USA. Hier ist ausgerechnet – ausgehend von der vorhandenen demographischen Struktur des Jahres 2000 an Geburtenraten, Lebenserwartungen und Wanderungen –, wie viel Einwanderung diese drei Wirtschaftsräume bräuchten, um den Altersquotienten auf dem Niveau des Jahres 2000 zu halten. Sie sehen, es ist ganz unterschiedlich. Selbst die USA, von denen wir wissen, dass sie gute Geburtenraten haben und dass dort alles in Ordnung ist, braucht mehr Einwanderung, um die Alterung der Einwohner zu kompensieren, als Europa und Japan. Im Jahr 2050 müssten jährlich sogar 30 Millionen Menschen in die USA einwandern, um dieses Problem aufzufangen. Sie sehen, dass man zu noch absurderen Zahlen kommt. Es ist dabei egal, ob Sie Immigration oder mehr Geburten als Lösungsparameter nehmen. Es gibt in den Modellrechnungen marginale Verwerfungen.

Um den notwendigen Altersquotienten der Gesamtbevölkerung zu stabilisieren, müsste sich die Bevölkerung in allen drei Wirtschaftsräumen zwischen 2000 und 2050 verdrei- bis vervierfachen. Diese Dimensionen sind absurd. Es kommt gar nicht so sehr darauf

an – das kann ich auch nicht aufhalten –, hier eine Politik zur Erhöhung der Anzahl der Geburten „auf Teufel komm' raus“ zu machen. Die Folgen der Alterung sind ein Prozess, den wir seit 150 Jahren ohnehin schon als etwas Positives erleben und der sich in den nächsten Jahren aufgrund glücklicher Umstände noch weiter fortsetzen und verbessern wird. Die Faustformel lautet: Jedes Jahr lebt ein Geburtsjahrgang um 40 Tage länger. Das sind enorme Dimensionen, die wir noch nie erlebt haben. Das ist das Problem, das die Gesellschaften auffangen müssen.

Ich komme auf den öffentlichen Dienst zu sprechen. Wie Herr Esche bereits erwähnt hat, werden die Alterslasten in den öffentlichen Personalhaushalten neben den sozialen Sicherungssystemen am deutlichsten erkennbar sein. Die Pensionszahlungen werden bis kurz nach 2020 anwachsen, danach allerdings nur noch moderat weiter steigen. Vieles, was heute in der Statistik als zurückgehende Beschäftigung im öffentlichen Dienst ausgewiesen wird, findet zum Teil in privatisierter Form und in anderer Verdeckung trotzdem noch statt. Ich sehe wenig materielle Privatisierung.

Völlig unterschätzt sind die Kosten der Krankenversicherung für den öffentlichen Dienst in Form der Beihilfen. Durch die hier angelegten Strukturen sind weit überdurchschnittliche Kostensteigerungen zu erwarten. Sie dürfen eine Entwicklung nicht unterschätzen, die wir schon bei den Lehrern beklagen und die in allen anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes auch eintreten wird, wenn der öffentliche Dienst schrumpfen muss: Das Durchschnittsalter im öffentlichen Dienst wird steigen. Selbst wenn die Länder das Besoldungsrecht in Kürze in die Hände bekommen sollten, werden sie an den anciennitätsorientierten Besoldungsstrukturen wahrscheinlich so schnell nichts ändern können. Das heißt, dass Sie eine Verteuerung haben, ohne dass es besser wird. Außerdem gibt es seit vielen Jahren eine Verschiebung von der einfachen und mittleren Laufbahn hin zum gehobenen und höheren Dienst. Das wird sich bei Verknappung dessen, was man überhaupt noch an öffentlichem Dienst bezahlen kann, wahrscheinlich fortsetzen.

Ich habe Ihnen die Prognose des Bundesinnenministeriums aus dem 2. Versorgungsbericht mitgebracht. Wir warten noch auf die neuen Zahlen. Ich selbst kann keine eigenen Zahlen präsentieren, weil die amtliche Statistik so infam geändert worden ist, dass die Vergleichbarkeit der Daten nicht mehr gewährleistet ist. Bei der Zahl der Versorgungsempfänger habe ich fast auf das Komma genau die gleichen Zahlen herausbekommen. Die fiskalischen Auswirkungen sind meines Erachtens in den Versorgungsberichten tendenziell immer unterschätzt. Es dürfte noch dramatischer kommen.

Noch einmal zurück: Im öffentlichen Dienst haben wir eine dreifache Alterslast. Das Anwachsen der Pensionen absorbiert Finanzierungsspielräume für aktive Beschäftigte, zumindest wenn Sie die Personalausgabenquote und anderes nicht weiter ansteigen lassen wollen. Es werden immer mehr Inaktive bezahlt. Der Spielraum für Aktive schrumpft. Sie werden das im Zweifel, was wir jetzt schon erleben, mit Gehaltsstagnation, Realeinkommensverlusten und anderem finanzieren. Sie werden den öffentlichen Dienst im Zweifel ein gutes Stück ruinieren, wenn es Ihnen nicht gelingt, sich Handlungsspielräume zu schaffen, da das nicht einfach linear herunterfinanziert werden kann.

Sie werden es mit der Zahl der Neueinstellungen, also mit der notwendigen Verjüngung, die neues Know-how in den öffentlichen Dienst bringen soll, bezahlen. Hieraus entstehen bestimmte Notwendigkeiten wie eine andere und bessere Weiterbildung und ande-

re Führung im öffentlichen Dienst. Sie werden aber auch Probleme hinsichtlich der Verteuerung aufgrund von Fehlzeiten bekommen, die zwangsläufig bei älteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eher als bei den jüngeren auftreten.

Wie Herr Esche auf eine ganz andere Art gezeigt hat, schrumpft Ihnen natürlich auch der Nenner. Wenn im Zuge der demographischen Entwicklung die Zahl der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler schrumpft und der öffentliche Dienst nicht entsprechend mitgeht, haben Sie auch noch eine passiv ansteigende Beschäftigungsquote im öffentlichen Dienst. Mit einiger Sicherheit wird auch die Ergiebigkeit des Steuersystems bei alternder Bevölkerung schrumpfen. Insofern kommen wir hier in ganz fatale Situationen, bei denen man eigentlich Odysseus zwischen Scylla und Charybdis noch beneiden konnte, denn es ging ihm eigentlich noch vergleichsweise gut.

Ich gehe nun auf die öffentlichen Haushalte insgesamt ein, die Sie zu einem zentralen Thema Ihrer Enquetekommission gemacht haben. Wir haben mit Sicherheit ganz starke Veränderungen bei der Nachfrage nach altersspezifischen öffentlichen Gütern. Wenn Sie einmal die Dominanz von Schulen, Kindergärten und Pflegeeinrichtungen, die immer noch in hohem Maße öffentliche Einrichtungen sind, betrachten, stellen Sie fest, dass viele öffentliche Güter im öffentlichen Dienst altersspezifische Profile haben und dass wir bis heute noch nicht darüber nachgedacht haben, wie wir für die Zeit, in der die Verwerfungen stattfinden werden, die Relationen ändern können. Daneben gibt es starke und regional unterschiedliche Verwerfungen. Das heißt: In Nordhessen wird das anders stattfinden als in Südhessen.

Die Veränderungen der Bevölkerungsdichte, das wird vor allem ein Problem in Nordhessen sein, beeinflussen die Kosten öffentlicher Güterproduktionen. Ich habe mir von Raumplanern sagen lassen, bei weniger als 40 Einwohnern je Quadratkilometer unter unveränderter Produktionsweise stiegen die Kosten je Einwohner für öffentliche Güter exponentiell an und man könne praktisch nichts mehr finanzieren, wie z. B. den ÖPNV. Das wird unvertretbar teuer.

Wir haben ein weiteres Problem. Wenn Sie heute in den Regionen, in denen es starke Schwankungen gibt, ein Schwimmbad bauen, können Sie jetzt schon sehen, dass die Zahl der Nutzer angesichts einer schrumpfenden Bevölkerungszahl, also diejenigen, die das morgen durch Eintrittspreise abbezahlen und Deckungsbeiträge erwirtschaften müssen, das gar nicht mehr darstellt. Fragen Sie einmal diese Bevölkerungsgruppen, die in 15 Jahren halb so groß sein werden, ob sie sich dann diese Einrichtungen noch leisten wollen. Das müsste Folgen für öffentliche Planungsprozesse haben, hat es aber bis jetzt noch nicht.

Wenn Sie diese Infrastruktureinrichtungen mit Schulden finanzieren, müssen die Schulden von immer weniger Nutzerinnen und Nutzern sowie Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern getragen werden. Das wird gerade in diesen Haushalte Verdrängungseffekte für andere Primärausgaben und steigende Gebühren zur Folge haben. Wir können bei Fehlplanungen in Ostdeutschland im Einzelfall schon sehen, was es heißt, wenn bei einer halb so großen Gemeinde die Abwasseranlage auf einmal mit mehr als doppelt so hohen Gebühren bezahlt werden muss. Ich habe dort etwas salopp die Devise ausgegeben: Das könnt ihr gar nicht mehr ändern. Wenn euch das Land nicht hilft, könnt ihr nur sagen, wie es in der früheren DDR hieß: Der Letzte macht das Licht aus. Dann könnt ihr nur abwandern mit allen Folgen für die privaten Vermögen, die in dieser Gemeinde gebunden sind.



In Ergänzung zu den Schaubildern von Herrn Esche zeige ich Ihnen eine Folie über die Bevölkerungsprojektionen, die ich eingangs auf die verschiedenen Länder bezogen habe. Wenn man die Verschuldung von 1999 nimmt und nur die Bevölkerungsveränderung betrachtet, sehen Sie den passiven Anstieg der Schuldenlast nur aufgrund der Veränderung der Bevölkerung bei den Ländern. Bremen ist im Übrigen viel schlimmer dran als Berlin. Berlin hat nur ein höheres BIP. Es gibt Regionen wie Hessen, bei denen es noch vergleichsweise günstig aussieht. Solange Hessen reich ist und wir den Länderfinanzausgleich haben, wird das Hessen nicht allzu viel nützen. Es haften am Schluss immer alle. Das kann gut sein, aber man muss sich fragen, was es bedeutet und welche Folgen das für die Politik hat. Ich würde das von mir aus nicht aufkündigen. Von Hessen können und müssen Impulse für Veränderungen ausgehen. Hier zeige ich Ihnen das Bild für die Zinsausgaben.

Die Pensionen werden im Übrigen aufgrund der unterschiedlichen Schrumpfraten der Bevölkerung und der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in einigen Ländern je Einwohner stärker als in anderen Ländern steigen, ohne dass man heute daran noch etwas ändern könnte. Wir werden zwar durch die überregional organisierten Sozialversicherungssysteme einen Ausgleichseffekt bekommen. Wenn ich mir aber überlege, dass die veränderten Rentenbiographien in Ostdeutschland in Kürze keine so hohen Renteneinkommen mehr für die Neurentner bringen werden, wird es gerade in den strukturschwachen Regionen zu Destabilisierungen kommen, die in einem föderalen Staat zu neuen Belastungen führen werden. Das ist auch ein Thema, das noch unzureichend diskutiert ist.

Die Steuersysteme werden weiter divergieren. Das lässt sich schon die letzten 15 Jahre beobachten. Über die Divergenzen der Wirtschaftskraft hinaus werden sie auseinanderlaufen. Wenn Sie unterschiedliche Alterungen haben und die älteren Menschen weniger Steuern als die aktiven Erwerbstätigen zahlen, fliegen Ihnen die Zahlen über die regionale Steuerkraft allein aufgrund dieses Phänomens auseinander.

Ich möchte noch ganz kurz auf den Finanzföderalismus zu sprechen kommen. In vertikaler Hinsicht werden sich die finanziellen Gewichte der Ebenen, einschließlich der Sozialversicherungen, allein aufgrund der demographischen Entwicklung verändern. Das wird Folgen auch für die sektorale Zusammensetzung öffentlicher Aufgaben haben. Wenn die Renten einen Teil der Abgaben absorbieren, müssen – wie Sie sich sicherlich vorstellen können – andere öffentliche Aufgaben zurückgezogen werden. Nicht nur die Verschiebung der Zahl der Nutzer öffentlicher Leistungen wird hier etwas bewirken, sondern auch die passiven Verdrängungseffekte in den verschiedenen Aufgabenbereichen untereinander.

Die Aufgabe des Bundes zur interregionalen Umverteilung wird immer wichtiger – Sie werden auch auf der Ebene der Kommunen innerhalb eines Landes feststellen können, dass das eintritt. Die Umverteilung durch das Land wird immer wichtiger. In welchen Dimensionen und für welche Ziele man das macht, ist nicht diskutiert. Das Risiko unkalulierbarer Belastungen aus Schuldenfinanzierungen öffentlicher Infrastruktur steigt heute mit der Dezentralität der Ebene. Was der Bund noch wegstecken kann, kann eine kleine Kommune bereits heute schon nicht mehr schultern.

In horizontaler Hinsicht werden die Divergenzen, wie ich bereits angesprochen habe, stärker und der Ausgleichsbedarf wird größer. Hier werden neue Spreizungen, auch Belastungen der politischen Verhandlungsgefüge auf uns zukommen. Solange der zent-

rale Regulierungsgrad für öffentliche Aufgaben, die von Ländern und Gemeinden vollzogen werden, nicht zurückgefahren wird – ich sehe keine Chance dafür, dass sich aufgrund der Arbeit der Kommission zur Reform des Föderalismus etwas verändern wird –, werden sich die Probleme der Verklemmungen öffentlicher Haushalte wie deren fehlende Handlungsspielräume, sich an diese neuen Herausforderungen anzupassen, nicht verändern. Sie werden kaum die Ressourcen haben, neue Prioritäten wie z. B. regionale Infrastruktur und Bildung finanzieren können. Das unitarische Steuersystem, das Ländern keine und Gemeinden unzureichende Autonomie gewährt, wird diesen Prozess noch verstärken. Wir laufen hier in das Horrorszenario des Föderalismus hinein, wenn es uns nicht gelingt umzusteuern.

Ich gehe jetzt auf den Reformbedarf ein. Angesichts der beinahe fertigen Ergebnisse der Föderalismuskommission kann ich fast nur noch verzweifelt sagen: Selbst wenn ich befürchte, dass das erwünschte Ergebnis nicht eintreten wird, sollte man vielleicht doch schon die nächste Reformrunde andenken. Das Einzige, was vielleicht umgesetzt wird, ist der Abbau der Mischfinanzierung. Die Neuordnung des föderalen Steuersystems mit dem Ziel eines gleichmäßigeren Aufkommens können Sie durch eine Umverteilung der Steuerertragskompetenzen wie mit einer anderen auch Steuerautonomie hinbekommen. Das ist von der Agenda abgesetzt worden.

Von der Neuordnung des Finanzausgleichs durch eine Teilentkoppelung – das gilt auch für die kommunalen Finanzausgleiche – von der Bevölkerungszahl, aber mit der Sicherung eines Mindeststandards dezentraler öffentlicher Leistungen, ist überhaupt nichts zu sehen. Sie brauchen die Ergänzung des Finanzausgleichs mit leistungsorientierten Finanzierungsinstrumenten. Die räumliche Externalität zu internalisieren und einen fairen Leistungswettbewerb unter den Institutionen zu finden, steht auch nicht auf der Agenda. So etwas könnte man z. B. im Bereich der Hochschulfinanzierung mit oder ohne Studiengebühren machen.

Ich komme zu meinem letzten Punkt. Hier bin ich wieder mit Herrn Esche völlig einig. Eines der größten Probleme und damit das zentrale Thema ist die Neuordnung der Verschuldungsgrenzen innerhalb des öffentlichen Sektors in Richtung auf echte Nachhaltigkeit und Risikobegrenzung gegenüber schrumpfender Bevölkerung. Nur sehe ich bis jetzt nirgendwo in der politischen Landschaft ein ernsthaftes Interesse. Vielleicht bekomme ich die Berliner dazu, sich dem ein wenig zu nähern. Sie haben sowieso keine Alternative, als zu sanieren. Wir brauchen es bundesweit. Ich kann nur an Sie appellieren, sich diesen Themen in der Enquetekommission wirklich zu stellen. Das ist das Szenario, das wir unseren Kindern hinterlassen. Wenn wir schon keine Kinder mehr bekommen, sollten wir doch denen, die noch da sind, eine finanzpolitisch gesunde Welt hinterlassen.

**Dr. Kai Eicker-Wolf, DGB Hessen:**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren Abgeordneten, meine sehr geehrten Damen und Herren! Am 6. Juni 2003 wurde die 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes vorgestellt. Die Berichterstattung in den Medien zu dem Thema Demographie weist spätestens zu diesem Zeitpunkt dramatische Züge auf. Eine Halbierung der Rente wird für notwendig erklärt, ein Generationenkonflikt prognostiziert und die demographische Entwicklung in Deutschland sogar als Zeitbombe bezeichnet. Unterstellt wird, dass die steigende Zahl älterer Menschen und die sinkende Zahl der Gesamtbevölkerung schwerwiegende wirtschaftliche Folgen und fatale Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme hätten.

In meinen Ausführungen möchte ich, um das Bild der Zeitbombe aufzunehmen, zeigen, dass es sich bei der demographischen Entwicklung um eine Bombenattrappe und nicht um ein hoch explosives Problem handelt. Vor jeder weiteren inhaltlichen Überlegung sei zunächst die extrem unsichere statistische Basis aller demographischen Debatten hervorgehoben. Aussagen über die Zukunft sind immer mit großen Unsicherheiten behaftet. Statistische Szenarien mittlerer Reichweite von 10 bis 15 Jahren sind sicherlich geeignet, wirtschaftspolitische Anforderungen abzuleiten. Ein Beispiel ist der Anstieg der Zahl der Studierenden in den nächsten Jahren, der sich auf Basis der aktuellen Schülerzahlen mit ziemlicher Sicherheit prognostizieren lässt und der aufgrund der aktuell schon bestehenden Überlastungen der Hochschulen einen Ausbau letzterer nahe legt.

Ein längerer Zeithorizont bis zu 50 Jahren kann aber kaum als handlungsrelevant angesehen werden. Implizit kann man dies im Übrigen auch dem Bericht zur 10. Bevölkerungsvorausberechnung entnehmen. Dort steht in der Einleitung:

Bevölkerungsvorausberechnungen sollen aufzeigen, wie sich Bevölkerungszahl und -struktur unter bestimmten Annahmen langfristig entwickeln würden. Da der Verlauf der maßgeblichen Einflussgrößen mit zunehmendem Abstand vom Basiszeitpunkt immer schwieriger vorherzusehen ist, haben solche langfristigen Rechnungen Modellcharakter. Sie sind bei einem Vorausberechnungszeitraum von mehreren Jahrzehnten keine Prognosen, welche die Zukunft vorhersagen, sondern schreiben eine Entwicklung unter bestimmten Annahmen fort.

Der Statistiker Gerd Bosbach von der Fachhochschule Koblenz bezeichnet Langfristprognosen bis zu 50 Jahren völlig zu Recht als moderne Form der Kaffeesatzleserei. Dazu ein konkretes Beispiel: Modellrechnungen des Statistischen Bundesamtes Mitte der Siebzigerjahre nahmen an, dass in Westdeutschland im Jahr 2000 zwischen 49 und 52 Millionen Menschen leben würden. Tatsächlich lebten im früheren Bundesgebiet im Jahre 2000 rund 67 Millionen Menschen. Die Gründe für diesen Prognosefehler sind: Erstens wurde der Rückgang der Geburtenraten überschätzt. Zweitens wurde die Lebenserwartung unterschätzt. Drittens blieben die Wanderungen unberücksichtigt. Viertens konnte das politische Ereignis der Vereinigung Deutschlands mit seinen demographischen Auswirkungen natürlich nicht vorhergesagt werden.

Selbst wenn man Bevölkerungsvorausberechnungen trotz dieser grundlegenden Bedenken als Diskussionsgrundlage akzeptiert, stellt der vom Statistischen Bundesamt vorausgesagte demographische Wandel gesamtwirtschaftlich kein Problem dar. Richtig ist zunächst einmal, dass der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung aufgrund der steigenden Lebenserwartungen und der sinkenden Geburtenraten in den letz-

ten Jahren stark gewachsen ist. Geht man von einer ähnlichen Entwicklung auch in den nächsten Jahrzehnten aus und legt man die mittlere, also die fünfte Variante der 10. Bevölkerungsvorausberechnung zugrunde, werden auf 100 Menschen mittleren Alters – also auf Personen im Alter zwischen 15 und 65 Jahren – im Jahr 2050 etwa 51 statt heute 26 Personen im Alter ab 65 Jahren kommen. Allerdings sind ältere Menschen nicht die einzigen, die auf die gesellschaftliche Unterstützung angewiesen sind. Insbesondere wollen auch Kinder und Jugendliche versorgt werden. Eine seriöse Analyse demographiebedingter Lasten muss auch diese Menschen als „gesellschaftliche Belastungsfaktoren“ einbeziehen. Berücksichtigt man dies, relativieren sich die Zahlen deutlich. Auf 100 Menschen mittleren Alters kommen im Jahre 2050 72 zu versorgende ältere und jüngere Menschen. Heute sind es allerdings auch schon 48. Die Zahl der zu versorgenden älteren und jüngeren Menschen wächst bei weitem nicht so schnell, wie suggeriert wird, wenn ausschließlich die Versorgungslasten älterer Menschen zugrunde gelegt werden.

Vergleicht man die derzeit prognostizierte Verschiebung der Bevölkerungsstruktur mit dem demographischen Wandel, der in den vergangenen 100 Jahren schon stattgefunden hat, relativieren sich die prognostizierten demographischen Veränderungen ein weiteres Mal, da der einschneidendste demographische Wandel längst hinter uns liegt. Schon in den letzten 100 Jahren hat die Zahl der Personen mittleren Alters im Verhältnis zur Zahl der über 65-Jährigen gravierend abgenommen. Kamen im Jahr 1900 noch ca. zwölf Personen zwischen 15 und 65 Jahren auf eine Person ab 65 Jahren, so waren es 1950 nur noch ca. sieben Personen. Im Jahre 2000 waren es nur noch vier Personen. Die vorausgesagte weitere Abnahme auf einen Wert von zwei Personen in den nächsten 50 Jahren nimmt sich dagegen vergleichsweise gering aus.

In den vergangenen 100 Jahren wurden die enormen demographischen Verschiebungen durch Produktivitätssteigerungen problemlos aufgefangen. Weite Bevölkerungsschichten konnten vom wachsenden Wohlstand profitieren und ihre eigenen Arbeitszeiten sogar deutlich reduzieren, obwohl die Zahl älterer Menschen stark angestiegen war. Glaubt man den gängigen Demographieargumenten, so hätte der häufig prognostizierte Kollaps der Sozialversicherungssysteme schon längst stattfinden müssen. Der Blick zurück zeigt aber, dass dem nicht so war, weil die beständige Erhöhung der Produktivität den Versorgungsaufwand für eine steigende Zahl von Rentnerinnen und Rentnern mehr als wettmachte.

Es besteht kein Grund zur Annahme, dass sich diese Entwicklung in Zukunft nicht in ähnlicher Weise fortsetzen wird. Die Produktivitätssteigerungen werden einen Anstieg des Lebensstandards in den nächsten Jahrzehnten auch mit einem steigenden Anteil alter Menschen ermöglichen. Zudem könnte das zukünftige Sozialprodukt durch den Abbau der Arbeitslosigkeit und durch eine Erhöhung der Erwerbsquote gesteigert werden. Dabei muss insbesondere die Steigerung der Erwerbsquote von Frauen das Ziel sein. Während in Deutschland von 100 Frauen im Alter von 15 bis 65 Jahren nur rund 64 % arbeiten oder Arbeit suchen, sind dies in der männlichen Altersgruppe etwa 80 %. Viele OECD-Länder weisen höhere Frauenerwerbsquoten und damit auch höhere Gesamterwerbsquoten auf.

Im Rahmen der schriftlichen Stellungnahme sind Beispielrechnungen vorgelegt worden, die das Pro-Kopf-Sozialprodukt bis zum Jahr 2050 unter verschiedenen Annahmen berechnen. Hätte ich gewusst, dass ich hier einen Beamer oder einen Overhead-Projektor zur Verfügung habe, hätte ich das jetzt anhand einer Folie präsentiert. So will ich hier

ein Beispiel mündlich vortragen. Wenn z. B. unterstellt wird, dass erstens die Erwerbsquote der 15 bis 65 Jährigen ab dem Jahr 2010 auf insgesamt 80 % steigen wird – diesen Wert weisen schon jetzt Dänemark, die Schweiz und Schweden auf –, und wenn zweitens von einer fünfprozentigen Arbeitslosigkeit ausgegangen wird – diesen Wert hat z. B. Großbritannien in den Neunzigerjahren durch eine typische antizyklische Wirtschaftspolitik erreicht – und wenn drittens die Arbeitsproduktivität, die in den Neunzigerjahren laut Europäischer Kommission in Deutschland um 1,6 % wächst, würde sich das Pro-Kopf-Sozialprodukt in Deutschland bis 2050 verdoppeln. Ein durchschnittlich noch höherer Produktivitätsanstieg hätte natürlich ein noch höheres Sozialprodukt zur Folge. Großbritannien – hier wieder als Beispiel genannt – hatte in den Neunzigerjahren einen Anstieg der Erwerbstätigenproduktivität von 2,2 %.

Selbst wenn die unterstellten Parameter ungünstiger gewählt würden, sind immer hohe Zuwächse beim Pro-Kopf-Sozialprodukt zu verzeichnen. Wenn etwa von einer Erwerbsquote von nur 70 % ausgegangen wird – das entspricht ungefähr dem heutigen Wert –, die Arbeitslosenquote mit 10 % angesetzt wird und der Anstieg der Arbeitsproduktivität mit 1,6 % angenommen wird, steigt das Sozialprodukt pro Kopf immer noch um 70 % bis zum Jahr 2050.

Auch wenn ein Abbau der Arbeitslosigkeit und eine Erhöhung der Erwerbsquote unter sonst gleichen Umständen zu einer höheren Lohnsumme und so zu sinkenden Beitragssätzen in den Sozialkassen führen würde, soll hier nicht bestritten werden, dass auch in diesem Fall des steigenden Altenquotienten Steigerungen der Beitragssätze zu den Sozialversicherungskassen zu erwarten sind. Im Bereich der Rentenversicherung wird dies aufgrund der steigenden Zahl der Rentnerinnen und Rentner der Fall sein, wenn im Umlagesystem ein bestimmtes Rentenniveau gehalten werden soll. Für die öffentlichen Haushalte gilt analog – darauf ist gerade eingegangen worden –, dass sie aufgrund der steigenden Zahl von Pensionärinnen und Pensionären mit steigenden Versorgungsausgaben rechnen müssen. Mit anderen Worten: Selbst wenn Produktivitätssteigerungen, ein Abbau der Arbeitslosigkeit und eine Erhöhung der Erwerbsquote eintreten sollten, ist mit einer Erhöhung der Beitragssätze zur gesetzlichen Rentenversicherung und mit höheren Pensionslasten für die öffentliche Hand zu rechnen.

Damit wird die Frage der so genannten Lohnnebenkosten und ihre Wirkung auf Wachstum und Beschäftigung berührt. Die für die Zukunft der Finanzierung der sozialen Sicherungen zentrale Frage besteht darin, ob langfristig weiter steigende Beitragssätze unproblematisch sind oder ob dies ein gravierendes Problem für Wachstum und Beschäftigung darstellt, sodass man nach anderen Finanzierungsmöglichkeiten suchen muss.

Mit Blick auf die letzten Jahre stellt ein Anstieg der Lohnnebenkosten, verursacht durch steigende Beitragssätze der Sozialversicherungen, kein Problem für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft dar. Die nominalen Lohnstückkosten, die entscheidende Größe für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit eines Landes, in der auch die Lohnnebenkosten Berücksichtigung finden, sind in Deutschland seit Mitte der Neunzigerjahre unterdurchschnittlich gestiegen. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist ausgezeichnet.

Von einem durch Lohnnebenkosten verursachten beschäftigungsfeindlichen Lohndruck kann in Deutschland keine Rede sein. Die Lohnpolitik ist seit Mitte der Neunzigerjahre sehr zurückhaltend. Seit 1996 wird der so genannte verteilungsneutrale Spielraum, also die Summe aus Produktivitätsanstieg zuzüglich Zielinflationsrate der Zentralbank, nicht

mehr ausgeschöpft. Die Lohnquote ist seit 1995 um über 1,5 % und seit 1993 sogar um 3 % gesunken. Die sehr moderaten Nominallohnsteigerungen haben die Bundesrepublik mittlerweile an den Rand einer deflationären Entwicklung gebracht.

Außerdem ist aus kreislauftheoretischer Sicht nicht einsichtig, warum Lohnnebenkosten überhaupt erhebliche negative Wachstums- und Beschäftigungseffekte zugesprochen werden. Zwar vermindern die Sozialbeiträge auf der einen Seite die verfügbaren Einkommen der beitragspflichtigen privaten Haushalte und stellen natürlich einen Kostenfaktor für die Unternehmen dar. Auf der anderen Seite wird das erzielte Beitragsaufkommen jedoch entweder direkt für staatliche Käufe von Gütern und Dienstleistungen eingesetzt, oder es wird als Transfereinkommen an Haushalte mit tendenziell hoher Konsumneigung größtenteils wieder nachfragewirksam.

Ähnliche Überlegungen lassen sich für die steigenden Pensionsausgaben der öffentlichen Hand anstellen. Ein höheres Wachstum und eine angemessene Steuerpolitik sind in der Lage, ausreichende Einnahmen für die zunehmenden Versorgungsausgaben zu mobilisieren. Auch für die Versorgungsausgaben gelten selbstverständlich die schon aufgezeigten kreislauftheoretischen Überlegungen. Einen schweren Fehler begeht die Fiskalpolitik, wenn sie aufgrund aktueller Haushaltslöcher sowie voraussichtlich steigender Pensionärszahlen Ausgabenkürzungen vornimmt und dann auch noch in Bereichen spart, die wie öffentliche Investitionen und Ausgaben im Bereich Bildung und Erziehung besondere Wachstumsrelevanz besitzen.

Damit komme ich auf die Anforderungen an die Wirtschafts- und insbesondere Fiskalpolitik zu sprechen. Ich möchte hier auf unsere schriftliche Stellungnahme verweisen und auch mit Blick auf die beschränkte Zeit nur einige wenige Punkte ansprechen.

Erstens. Eine Erhöhung der allgemeinen Erwerbsquote – das hatte ich schon gesagt und das ist bereits mehrmals angesprochen worden – muss insbesondere auf eine Steigerung der Frauenerwerbstätigkeit setzen. Das Ehegattensplitting in Deutschland fördert die Frauen diskriminierende Hausfrauenehe und gilt als eine wesentliche Ursache für die im internationalen Vergleich niedrige Erwerbsbeteiligung von Frauen. Um eine höhere Erwerbsquote von Frauen zu erreichen, sollte das Ehegattensplitting abgeschafft und durch ein Mindestrealsplitting ersetzt werden, bei dem maximal ein zweiter Grundfreibetrag abgezogen werden darf. Allerdings sollte für alle über 50-Jährigen das Ehegattensplitting erhalten bleiben, weil besonders Frauen in diesem Alter nur noch geringe Chancen am Arbeitsmarkt haben. Das steuerliche Mehraufkommen der öffentlichen Hand durch die Abschaffung des Ehegattensplittings sollte zumindest zum Teil für den Ausbau von Einrichtungen für die Kinderbetreuung verwendet werden, um eine Steigerung der Geburtenraten zu erreichen.

Zweitens. Produktivitätsentwicklung und Wirtschaftswachstum sind in einer Volkswirtschaft unter anderem von Qualität und Umfang der öffentlichen Infrastruktur abhängig. Aus Sicht der Unternehmen weist die öffentliche Infrastruktur eine Vorleistungs- bzw. Komplementärfunktion auf. Sie erhöht das unternehmerische Produktionspotenzial und senkt die Produktionskosten. Fallen die staatlichen Investitionen zu niedrig aus, wird sich dies negativ auf das Wirtschaftswachstum auswirken. Im internationalen Vergleich befinden sich die öffentlichen Investitionen in Deutschland auf einem sehr niedrigen Niveau. Die deutsche Investitionsquote liegt bei 1,5 % gegenüber durchschnittlich 2,6 % in der Eurozone. Eine Erhöhung der öffentlichen Investitionen ist daher dringend geboten.

Drittens. Die Produktivität der Erwerbstätigen hängt wesentlich vom Ausbildungsstand der Bevölkerung ab. Vor diesem Hintergrund sind zwei Dinge bedenklich: zum einen die im internationalen Vergleich schlechte Bewertung von vielen Bereichen des deutschen Bildungssektors, zum anderen der sich abzeichnende Mangel an Fachkräften sowohl bei den Ausbildungsberufen als auch bei den akademischen Berufen. Um die Zahl der Ausbildungsplätze zu steigern, fordert der DGB bekanntermaßen eine Ausbildungsplatzabgabe. Um die Zahl der Akademiker zu erhöhen, sollte das Schüler-BAföG wieder eingeführt werden, unter anderem auch deshalb, um Kindern aus so genannten bildungsfernen Schichten ein Studium zu ermöglichen. Die zuletzt genannte Maßnahme hätte auch den positiven Effekt, dass der so hohen sozialen Immobilität in Deutschland entgegengewirkt würde. Natürlich müssen die Hochschulen ausgebaut werden. Diese sind in Deutschland schon jetzt, wenn man etwa die Flächenzahlen, die für eine Studierende oder für einen Studierenden angesetzt werden, hoffnungslos überlastet.

Viertens. Die steigenden Versorgungsausgaben der öffentlichen Hand stellen kein Problem dar, wenn die staatlichen Kassen in Zukunft in ausreichendem Umfang Steuereinnahmen zu verzeichnen hätten. Voraussetzung hierfür ist ein angemessenes Wirtschaftswachstum und eine angemessene Erhebung von Steuern. In diesem Zusammenhang sei auf das von ver.di, der IG Metall und der IG BAU vertretene Konzept der „Solidarischen Einfachsteuer“ verwiesen.

Fünftens. Die Finanzierung von öffentlichen Investitionen sollte gemäß der so genannten goldenen Regel grundsätzlich auch mittels Kreditaufnahme erlaubt sein und in der Finanzpolitik grundsätzlich auch Beachtung finden. Der so genannten goldenen Regel liegt der Gedanke zugrunde, dass durch Kredit finanzierte öffentliche Investitionen über mehrere Jahre in Gebrauch sind und Nutzen stiften. Dabei sollte nach Auffassung des DGB der Investitionsbegriff um Ausgaben im Bildungsbereich erweitert werden.

In Bezug auf die Kreditfinanzierung in staatlichen Ausgabenbereichen hat sich ein breiter Konsens herausgebildet – zumindest hier in der Bundesrepublik, in den anderen Ländern, vor allem in den angelsächsischen Ländern sieht das anders aus –, wonach die gegenwärtige Generation auf Kosten der zukünftigen Generationen leben und deshalb das staatliche Defizit gesenkt werden müsse. Tatsächlich ist dieser Gedankengang wenig überzeugend. Dieses Generationenargument stellt eine unzulässige Analogie zu privatwirtschaftlichen Verschuldungen dar. Im Falle der Staatsverschuldungen werden von einer Generation zur anderen nicht nur die Zahlungsverpflichtungen, sondern auch die entsprechenden Vermögenstitel weitergegeben.

Defizitfinanzierte Staatsausgaben legen zwar bestimmte Zahlungsströme für die Zukunft fest, ein Teil der Steuereinnahmen des Staates fließt an dessen Gläubiger, es findet aber keine einseitige Vererbung von zu bedienenden Schulden statt. Aber selbst wenn der Staat in seiner Position als Schuldner betrachtet wird, muss berücksichtigt werden, dass dieser, falls er mittels Staatsverschuldung öffentliche Investitionen tätigt, auch Vermögenswerte – etwa öffentliches Infrastrukturkapital – besitzt, die ebenfalls vererbt werden und mit der reinen Zahllast gegengerechnet werden müssen.

Eine Belastung zukünftiger Generationen wird sich tatsächlich einstellen, wenn die öffentliche Hand in zu geringem Umfang Infrastrukturinvestitionen tätigt oder die Ausgaben im Bildungsbereich zu gering ausfallen. Dies wird zu einem zu geringen Wirtschaftswachstum und zu einer Belastung zukünftiger Generationen führen. Aktuell besteht sowohl im Bereich der öffentlichen Infrastruktur als auch im Bereich der Bildung

ein enormer Ausgabenbedarf, der – würde er angemessen bedient – kurz- und mittelfristig für einen Beschäftigungsanstieg sorgen würde.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren, damit komme ich zum Ende meiner Ausführungen. Die voranstehenden Ausführungen haben gezeigt, dass die Langfristprognosen im Hinblick auf die Bevölkerungsentwicklung wenig sinnvoll sind. Aber selbst wenn man die neuesten Bevölkerungsvorausschätzungen akzeptiert, sind keine dramatischen Auswirkungen zu erwarten. Viele Parameter, die das zukünftige Pro-Kopf-Sozialprodukt bestimmen, sind wirtschafts- und insbesondere fiskalpolitisch gestaltbar. Seiner Dramatik beraubt, erweist sich das Demographieargument als ideologisches Konstrukt zur Legitimierung von Sozialabbau, gesellschaftlicher Umverteilung von unten nach oben und zum Eingriff in Arbeitnehmerrechte.

### **Dr. Hans-Peter Klös, Institut für deutsche Wirtschaft Köln:<sup>1</sup>**

Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielen Dank für die Einladung, zu einem Thema zu sprechen, das uns alle bewegt. Wir wären froh, wenn wir in allen Bereichen der empirischen Wirtschaftsforschung so verlässliche Daten hätten wie im Bereich der Bevölkerungsvorausschau. Ich bewundere den Mut meines Vorredners, diese Daten grundsätzlich in Zweifel zu ziehen.

Ich möchte eine zweite Vorbemerkung machen: Wir leben im Augenblick noch in der demographisch gesehen besten aller Welten. The worst is yet to come, wie die Angelsachsen sagen würden. Vielleicht ist das der Grund dafür, warum wir vieles von dem, was wir antizipativ nach vorn wenden, im Augenblick noch nicht in den Daten beobachten können.

Eine dritte Vorbemerkung: Ich möchte mich, wie Sie aus der Überschrift ersehen können, auf den Punkt Humankapital konzentrieren. Das ist mehrfach angesprochen worden. Im Prinzip könnte ich hier ansetzen. Ich tue das deswegen, weil es sich hier um eine Landtagsenquetekommission handelt und wir uns auf das konzentrieren wollen, was landespolitisch gestaltbar ist. Da sind die Faktoren Bildung, Humankapital und Technologie naturgemäß die uns am nächsten stehenden Faktoren. Das will ich gern ein bisschen vertiefen, weil ich glaube, dass es sich lohnt, hier noch etwas zu tun.

Ich will das Ganze etwas diagnostisch und therapeutisch einkreisen und zudem unter einem Wachstumsszenario auffächern. Das ist der wichtige Punkt. Das ist auch mein erstes Bild. Wir sind in eine Wachstumskrise eingetaucht. Die deutsche Volkswirtschaft befindet sich am Ende der internationalen Wachstumsranglisten. Auffällig ist, dass wir negative Wachstumsbeiträge aus der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden und aus dem Arbeitsvolumen ziehen, dass wir jetzt schon bis hin in die letzte Dekade negative Wachstumsbeiträge aus den demographischen Faktoren ziehen und dass wir keine Wachstumsbeiträge mehr aus dem so genannten Humankapital ziehen. Humankapitalstagnation im Land der Dichter und Denker. Negative Wachstumsbeiträge aus Arbeitszeitverkürzung und negative Wachstumsbeiträge aus einer Verschlechterung der Erwerbsstruktur, der Altersstruktur der Bevölkerung und der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter.

<sup>1</sup> Die Charts zum Vortrag von Dr. Klös sind in der Anlage 1.



Ich will kein Bedrohungsszenario aufmachen. Das Ganze verstehe ich eher als eine Art Aufforderungsszenario, weil wir natürlich Parameter der Politik haben. Wir diskutieren deswegen darüber, um Dinge abzuwenden, aufzufangen und zu „therapieren“. Aber man sollte die Fakten klarlegen. Die Ausgangssituation ist schon jetzt nicht gut. Wir sind Wachstumsschlusslicht. Wir müssen dringend alles tun, um Wachstumsressourcen zu mobilisieren und unsere vielfältigen demographischen, auf uns jetzt zurollenden Anpassungslasten abzufedern.

Ein zweiter Aspekt. Schon jetzt sind wir bei den Wachstumsraten der Erwerbsbevölkerung am internationalen Ende. Bei den Wachstumsraten der Bevölkerung, die auf dem Arbeitsmarkt potenziell in Erscheinung treten kann, haben wir keine Bewegung. Es gibt viele internationale Studien, die besagen, ohne den angebotsseitigen Druck von der Zahl der Erwerbsbevölkerung werde es auf dem Arbeitsmarkt keine Bewegung geben. Die Daten sprechen an der Stelle für sich.

Wir versuchen, das mit der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung basierend auf IAB-Erwerbspotenzialquoten zu rechnen. Wir haben das nach vorn gelegt. Das ist der Strang des quantitativen Humankapitals, also die Zahl der Köpfe, über die wir diskutieren. Im zweiten Teil meines Vortrags gehe ich auf den qualitativen Teil von Humankapital ein, nämlich auf Qualität und Produktivität pro Kopf.

Wenn wir bei der Zahl der Köpfe bleiben, sehen Sie, dass sich der größte Rückgang beim Erwerbspersonenpotenzial von 18 Millionen auf rund 10 Millionen im Bereich der Altersgruppe der 30- bis 44-Jährigen abspielt. Das ist ein negativer Wachstumsimpuls per se. Ich werde später darauf eingehen, dass wir bei negativen Wachstumsbeiträgen etwa in der Größenordnung liegen, die von Frau Dr. Reil-Held vorausgesehen wird, wenn ich die MEA-Daten richtig kenne: ein Rückgang des Wachstumsbeitrags in der Größenordnung von etwa einem halben Prozentpunkt Bruttoinlandsprodukt pro Kopf durch die rückläufige Entwicklung des Erwerbspersonenpotenzials.

Ein zweiter auffälliger Befund ist, dass die Zahl der jüngeren Menschen von 15 bis 29 Jahren ebenfalls von 9 Millionen auf etwa 5,75 Millionen sinken wird. Ich glaube, der Streit kann allenfalls über den Gütegrad der Projektionen gehen, aber im Kern, also im Mittel aller Projektionen, kommen wir immer auf einen Zieltrichter, der relativ genau abschätzbar ist, weil die Parameter klar sind: Geburtenraten, Sterberaten und Nettozuwanderungssalden. Diese drei Parameter liegen auf dem Tisch. Man kann sie modellieren, aber im Kern haben wir relativ zuverlässige Daten, um deren Güte wir uns an anderen Stellen beneiden würden.

Nachwuchsprobleme sind absehbar. Inwieweit werden die 60- bis 64-Jährigen durch nachrückende 15- bis 19-Jährige ersetzt? Wir sehen, irgendwo vor der Dekadenwende. Das mag sich noch ändern. Das ist noch die 9. Bevölkerungsvorausschätzung. Bei der 10. Bevölkerungsvorausschätzung mag sich das ein bisschen verschieben. Generell aber bleibt der Befund, dass wir von der Kohortenbetrachtung der Ausscheidenden durch die Nachrücker noch einmal ein rückläufiges Arbeitsangebot bekommen werden. Das wird natürlich Auswirkungen auf die Akteure am Arbeitsmarkt haben.

Ein Weiteres kommt hinzu, was auch bereits angesprochen wurde. Betrachten wir die durchschnittliche Kinderzahl der 35- bis 40-jährigen Frauen in Westdeutschland nach Bildungsabschluss, stellen wir einen Befund fest, der allmählich in das öffentliche Bewusstsein tritt: Die abnehmende Fertilität von Akademikerinnen ist der bemerkenswerte

Trend, der die Fertilitätsraten insgesamt auf einem niedrigen Niveau hält bzw. dort gibt es die meiste Bewegung. Das hat natürlich Auswirkungen auf die qualitative Ausstattung des Humankapitals. Wenn wir den Befund zusammenfügen und die PISA-Ergebnisse richtig interpretieren, hat – vielleicht mag Herr Dr. Schmidt nachher widersprechen – der Bildungshintergrund der Mutter nachgewiesene Effekte auf die PISA-Ergebnisse der Schüler. Daraus ergibt sich ein Befund, der uns nicht gerade optimistisch stimmen kann: weniger Kinder und eine durchschnittlich verschlechterte kognitive Ausstattung des Elternhintergrundes. Das ist auch kein Befund, der uns optimistisch nach vorn blicken lässt.

Wir haben versucht, den Wachstumseffekt allein aus der Verschiebung der Altersstruktur heraus zu beziffern, indem wir mit den Daten mit der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung und der ersten Eingangstabelle der OECD – Sources of Economic Growth, eine Studie, in der die Komponenten der Wachstumseffekte zerlegt wurden – weiterrechnen. Wir kommen allein aus der Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung zu nennenswerten negativen Wachstumsbeiträgen.

Ich habe vom Aufforderungsszenarium gesprochen. Wenn man nichts tut, würde sich das Ganze in der unteren Variante in Form eines alternativen Erwerbspersonenpotenzialpfades darstellen. Wir haben selbstverständlich Möglichkeiten, diese Variante zu verändern. Wir setzen hier auf eine OECD-Studie mit einer Kalibrierung des OECD-Modells und können sagen: Natürlich lässt sich durch die Ausschöpfung der bestehenden Erwerbspersonenpotenziale der demographisch negative Trend des Erwerbspersonenpotenzials bei den Jugendlichen, bei den Älteren und bei den Frauen verändern und verbessern. Darin sind aber auch weitreichende Implikationen über eine Vorziehung des Arbeitsmarkteintritts von Jugendlichen durch Verminderung der Drop-out-Problematik, durch eine Effizienzsteigerung im Bildungssystem, ein verspätetes Überwechseln in den Arbeitsmarkt – hier unterstellt mit 67 Jahren – enthalten. Ich bin etwas anderer Auffassung als Herr Prof. Dr. Krupp, der sagt, Arbeitszeitverlängerungen würden nicht helfen. Natürlich müssen wir zur Mobilisierung von Arbeitsangebot die De-Facto-Arbeitszeit pro Kopf systematisch mitdenken, ob in der Woche, im Jahr oder bezogen auf die Lebensarbeitszeit. Das ist evident, weil wir daraus sonst – wie gezeigt – negative Wachstumseffekte erzielen.

Aber das Ganze wird nach unserer Auffassung jedenfalls bei einem gegebenen Wanderungssaldo – hier wird ein Nettowanderungssaldo von 100.000 unterstellt, im letzten Jahr lag der Nettowanderungssaldo bei plus 200.000 – nicht tragen, ohne dass wir auch an den Kinderzahlen etwas ändern können. In diesem Land ist ein konzentriertes Nachdenken über das Leitbild und die Wirksamkeit von Familienpolitik erforderlich. Wir geben im internationalen Vergleich bisher schon mit am meisten für familienpolitische Maßnahmen aus, nämlich 2 % des BIP, haben aber, wenn Sie mir den Begriff gestatten, geringen „reproduktiven Erfolg“. Die Maßnahmen verpuffen. Das Geld verpufft. Es zeigt – abzulesen an den Geburtenraten – nicht irgendeinen Erfolg. Das muss uns systematisch darüber nachdenken lassen, ob wir die zwei Dekaden, die wir noch Zeit haben, auch zu einer – wenn Sie so wollen – generativen Schubumkehr nutzen, indem wir familienpolitische Systeme als Großsysteme neu justieren – ein Punkt der unter dem Stichwort bevölkerungsorientierte Familienpolitik, wie ich meine, mittlerweile wieder diskutiert werden könnte. So viel zur „Pro-Kopf-Betrachtung“, des Arbeitsangebots unter demographischen Gesichtspunkten.

Ich gehe jetzt auf Betrachtungen zum qualitativen Humankapital ein. Ich habe kurssorisch einige Studien als Übersicht zusammengestellt, die Aussagen über den Zusammenhang zwischen Humankapital und Wachstum machen. Wir müssen kritisch gestehen, dass die letzte harte systematische Evidenz für den Zusammenhang zwischen Humankapitalinvestition und Wachstum in Heller und Pfennig fehlt. Die Literatur aber sagt überwiegend, es gebe einen positiven Zusammenhang zwischen Humankapitalinvestitionen und Innovationsfähigkeit, zwischen Produktivität und Wachstum. Die schon zitierte Studie der OECD oder die des Sachverständigenrates haben das kalibriert und sagen: Eine Steigerung der Bildungsjahre um 1 % führe zu einem zusätzlichen Wachstum von 0,1 %. Da kann man etwas tun.

Ich möchte sehr klar sagen: Nach allem, was wir bisher beobachten können, ist die Formel mehr Geld für Bildung in dieser Verkürzung falsch. Vorher muss es gelingen, die Effizienzpotenziale der gegebenen Bildungsinvestitionen auszuloten. Darauf komme ich am Ende meines Vortrags bei meinen Empfehlungen an die Politik zu sprechen. Die Studien geben einen Trend vor, nach dem es einen auch instrumentell gestaltbaren Zusammenhang zwischen Humankapital, Investitionen, Wachstum, Produktivität und Innovationen gibt.

Dass wir dabei nicht gut aufgestellt sind, mag Folgendes zeigen: Ausgehend vom EU-Durchschnitt der 15 Mitgliedsstaaten, sehen Sie hinsichtlich der relativen Wohlstandsposition der deutschen Säule – BIP pro Kopf – eine schwächelnde Entwicklung. Ich will keinen kausalen Zusammenhang herstellen, sondern nur auf den Gleichlauf hinweisen. Es gibt auch einen rückläufigen relativen Vorsprung oder sogar eine Umkehr zu einem Nachteil bei den formalen Hochschulabschlüssen der 25- bis 34-Jährigen. Ich muss auf das Thema Tertialisierung und Akademisierung dringend eingehen, weil wir glauben, dass das unter Wachstumsgesichtspunkten eine zentrale Variable ist. Wir können es anders spiegeln und können den gleichen Befund auf die Kohortenbetrachtung beziehen. Der Vorsprung der 55- bis 64-Jährigen gegenüber dem europäischen Durchschnitt ist weg und hat sich bei den 25- bis 34-Jährigen durch das Aufholen der anderen Länder jedenfalls bei den Hochschulabschlüssen, dem Meisterbrief oder der Techniker Ausbildung mittlerweile in einen Nachteil gegenüber dem EU-Durchschnitt von 15 verkehrt. Der Vorsprung ist weg. Die anderen haben ihre formalen Bildungsausstattungen fundamental erhöht. Wir können daraus definitiv keinen Vorsprung mehr ableiten, der uns über die demographischen Szenarien hinweg tragen würde.

Beziehen wir es allein auf die Akademiker und werfen wir einen Blick auf die so genannten Akademikerersatzquoten. In welchem Maße werden ausscheidende ältere Akademiker, die auf den Ruhestand zugehen, durch jüngere Akademiker ersetzt. Sie sehen – wir haben das auf der Grundlage von Daten der KMK, des Bundesamtes oder der OECD fortgerechnet – einen dramatischen Rückgang in der so genannten Akademikerersatzquote. Wir können etwas dagegen tun. Das sind Szenarienbündel, die wir auf den gegebenen Trend aufsetzen können durch Anreize, Effizienz, Integration und Rente. Wir können durch Anreize etwas dafür tun, die Studienneigung und den Übergang der Hochschulberechtigten in die Hochschulen von 70 auf 80 zu erhöhen. Wir können an der Effizienz etwas ändern, indem wir die Bildungszeiten verkürzen – Stichworte sind Bachelor und Master.

Wir haben die längsten Studiendauern ohne Studiengebühren. Wir können an der Integration ansetzen, indem wir „Bildungsausländer“ dazu bewegen, hier zu bleiben. Als Stichwort sei hier das Zuwanderungsrecht erwähnt. Das jetzige Zuwanderungsrecht ist

an der Stelle bisher sehr restriktiv. Menschen, die hier einen akademischen Abschluss gemacht haben, müssen sehr intensiv nachweisen, dass und ob sie überhaupt hier bleiben können. Die Generalisierung des Bleiberechts ist ein wichtiger Punkt, um „Bildungsausländer“ – also Menschen mit einem ausländischen Pass, die einen akademischen Abschluss erzielen – zum Hierbleiben zu bewegen, um damit die akademische Humankapitalausstattung zu verbessern. Zum Stichwort Rente ist anzumerken: Länger im Arbeitsmarkt zu bleiben, ist auch für Akademiker ein wichtiger Punkt, um die rückläufigen Akademikerersatzraten aufzufangen.

Ich komme auf die MINT-Absolventendichte zu sprechen. MINT steht für Mathematik, Ingenieur-, Naturwissenschaften und Technik und nimmt das auf, was viele Vorredner bereits angesprochen haben, nämlich den innovativen Kern einer alternden Gesellschaft. Die MINT-Absolventendichte, berechnet pro 100.000 Erwerbspersonen, zeigt, dass Deutschland bereits jetzt zu den Ländern mit einer abnehmenden MINT-Dichte zählt. Andere Länder haben einen deutlichen Auswuchs an akademischen MINT-Absolventen je Einwohner.

Wenn wir den Trend bis zu dem Jahr 2030 betrachten – weiter als bis zum Jahr 2030 kommt man nicht, eine Berechnung bis zum Jahre 2050 wäre in der Tat Scharlatanerie –, sehen wir auch da den rückläufigen Trend bei den so genannten MINT-Ersatzquoten. Das ist ein Problem sui generis, dem in allen Bereichen des Ausbildungs-, Bildungs- und Weiterbildungssystems Rechnung getragen werden muss.

Ich komme zu einem letzten Befund, bevor ich meine Empfehlungen formuliere, nämlich zu den Unternehmensgründungen. Kinder und junge Leute sind Innovationsträger. Es ist evident, dass die Mehrzahl der Unternehmensgründungen durch jenseits der 35- bis 45-Jährigen nicht stattfindet. Aus der Verschiebung der Altersstruktur ergeben sich automatisch abnehmende Unternehmensgründungsraten. Wenig harte Evidenz gibt es bei der Frage, wie sich Innovation über den Lebenszyklus verteilt. Wir müssen hier vorsichtig sein. Hier haben wir noch empirische Defizite. Daran sollte dringend gearbeitet werden. Aber die generelle Vermutung auch der MEA-Studien ist, dass eine alternde Bevölkerung nicht in jedem Fall höhere Innovationsraten aufweisen muss, um es vorsichtig zu formulieren.

Nun zu einigen Schlussfolgerungen zur Bildungsreform, weil ich eingangs gefragt habe, was ein Land tun kann. Es ist nicht damit getan, zu sagen: Wir brauchen mehr Geld. Es ist eine bildungsökonomische Diskussion erforderlich, die auch – Frau Prof. Dr. Färber – genau die Fragen aufnimmt, wer zahlt und wer von Bildungsinvestitionen profitiert, ob es private Investitionen oder öffentliche Investitionen sind. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, um eine absurde Diskussion für Deutschland aufzumachen. Wir geben im Elementarbereich viel Geld aus, aber überdurchschnittlich viel durch private Finanzierung. Wir haben Elterngebühren im Elementarbereich, aber keine Studiengebühren im Verzehrereich. Dort, wo die Ausbildungserträge angeeignet werden können, verzichten wir auf die Beteiligung Privater. Im frühen Bereich, in dem wir hohe externe Effekte haben, hohe Renditen auf einen ausgegebenen Euro, haben wir in Deutschland in einem überdurchschnittlichen Maße private Finanzierung. Unter bildungsökonomischen Gesichtspunkten kann das nur als kompletter Unsinn bezeichnet werden. Deswegen diese Eckpunkte aus bildungsökonomischer Sicht.

Bildung ist mit steigendem Alter ein privates Gut. Die Externalitäten der Bildung in der frühen Kindheit sind am höchsten. Deswegen ist es eo ipso zwingend, einen gegeb-

nen öffentlichen Euro von den fortgeschrittenen Stufen des Bildungssystems in die früheren Phasen der erwerbsbiographischen Prägung zu geben. Das, was oben frei wird, muss mit privaten Mitteln erschlossen werden. Im Augenblick finden Verhandlungen über Studiengebühren statt. Wir sind zuversichtlich, dass es Bewegung geben wird.

Wir müssen über Kindergarten- und Schulgutscheine für Benachteiligte dafür sorgen, dass das Drop-out-Problem in der frühen Phase dringend bekämpft wird. Das ist eine hohe gesellschaftliche Verpflichtung, der auch aus ökonomischen Gründen alle Argumente zur Seite zu stellen sind. Frühere Einschulung, Ausbau der frühen Förderung, auch mit Angeboten an Ganztagsbetreuung, was definitiv ein überfälliges Gebot der Stunde ist, Studiengebühren und – darüber gilt es auch nachzudenken – Schulgebühren, weil der Grundsatz sein muss: Wenn öffentlich finanziert wird, muss zunächst die Nachfrage gestärkt werden. – Wir können mit zunehmender Stufe auf der bildungsbiographischen Leiter stärker denn je private Finanzierung einschließen. Das Ganze führt dann zu einer effizienteren Nutzung von Bildungszeiten, vor allen Dingen bei Studienzeiten. Wir müssen die so genannte Amortisationszeit von Bildungsinvestitionen durch einen früheren Berufseintritt und eine Abkehr von der Frühverrentung erhöhen.

Daraus folgt, dass noch viele strittige Fragen in der Bildungspolitik zu klären sind, die uns alle als wirkliche Zukunftsaufgabe beschäftigen sollten. Zur Stärkung der Bildungsautonomie würde zählen, die ZVS, wie wir sie in der jetzigen Form haben, abzuschaffen – sie kann andere Funktionen übernehmen –, und den Schulen und Hochschulen Auswahl-, Budget- und Personalhoheit zu ermöglichen. Sie müssen selbständig agieren können. Wir brauchen dringend Bildungsstandards, Ergebniskontrollen im Wege der Evaluation, Monitoring, Qualitätsstandards, Zentralprüfungen und internationale Leistungsvergleiche. Ohne PISA wären wir definitiv nicht da, wo wir heute sind. Die OECD sagt immer: Ohne Daten ist man jemand mit einer Meinung. Wir brauchen Daten und empirische Fundierung. Die Bildungsfinanzierung muss an den Nachfragern ausgerichtet und das Dienstrecht muss flexibilisiert werden. Ich habe auf das Reizwort des Beamtenstatus bewusst verzichtet, aber das gehört in das Gesamtpaket, nach dem, was ich hier vorhin gehört habe, dezidiert mit hinein.

(Unterbrechung: 16:10 bis 16:20 Uhr)

**Vorsitzender:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich lade Sie zur Fortsetzung der Anhörung ein. Bevor ich Frau Dr. Reil-Held das Wort erteile, eine Anmerkung in eigener Sache dieses Landtags. Sie haben heute die Gelegenheit, vermutlich zum letzten Mal in diesem Plenarsaal zu sein, weil ab Januar des nächsten Jahres bis zum übernächsten Jahr ein neuer Plenarsaal entstehen soll, der vielleicht ein bisschen menschenfreundlicher als dieser nur vom Kunstlicht bedachte Saal ist. – Ich erteile jetzt Frau Dr. Reil-Held das Wort, die als Mitarbeiterin von Herrn Prof. Börsch-Supan eine Begleiterin dieser Enquetekommission ist.

**Dr. Anette Reil-Held, MEA, Universität Mannheim:<sup>2</sup>**

Vielen Dank Herr Vorsitzender! Ich werde im Folgenden die ökonomischen Auswirkungen des demographischen Wandels in Hessen präsentieren. Uns ist es ganz wichtig, nicht nur über die Auswirkungen im Sinne von Problemen zu reden, sondern auch darzustellen, was man tun kann und was man tun sollte, um diesen Herausforderungen zu begegnen, denn sie sind beherrschbar.

Hierzu werde ich zunächst den demographischen Hintergrund in Hessen kurz darstellen, wobei es mir nicht um die Zahlen geht. Die Zahlen kennen Sie alle. Sie wurden Ihnen vom Statistischen Landesamt ganz klar aufbereitet und von Herrn Hohmann bereits präsentiert. Ziel und Zweck der Übung soll sein, zu erkennen, dass die Frage, was eine alternde Gesellschaft ist und was Vergreisung heißt, nicht nur eine Frage von Daten ist, sondern auch in einigen Köpfen steckt, also eine Frage der Sichtweisen ist. Das möchte ich exemplarisch verdeutlichen.

Basierend auf dieser demographischen Entwicklung werde ich darauf eingehen, was diese demographische Entwicklung für den hessischen Arbeitsmarkt bedeutet und wie die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt auf das Wirtschaftswachstum einwirken. Anschließend gehe ich auf einen zweiten wichtigen Markt in der Volkswirtschaft ein, nämlich auf den Kapitalmarkt, und werde kurz die Frage diskutieren, ob wir einen Asset Meltdown zu befürchten haben, der in der Diskussion kursiert. Die Angst ist, dass, wenn die Baby-Boomer, also die geburtenstarken Jahrgänge, in den Ruhestand eintreten und ihr ganzes Vermögen entsparen, die Vermögensbestände aufgrund von Renditecrashes abschmelzen. Meine Ausführungen werde ich mit einem kurzen Fazit schließen und darlegen, was aus unserer Sicht Ansatzpunkte sind, dem demographischen Wandel zu begegnen.

Zunächst zum Hintergrund. Demographie in Hessen. Sie sehen hier die hessische Entwicklung von 2003 bis 2050 aufgezeichnet. Das ist die mittlere Variante des Statistischen Landesamtes. Die meisten von Ihnen kennen die Zahlen. Ich bezeichne das als konventionelle Sichtweise, weil die Altersgrenzen, die wir betrachten, klassisch abgegrenzt sind. Es gibt die junge Generation im Alter von 0 bis 19 Jahren. Es gibt die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 20 bis 59 Jahren – noch angelehnt an das frühe Renteneintrittsalter von 60 Jahren – und eine Altenvollquote, definiert als Menschen im Alter von 60 Jahren plus und Hochbetagte im Alter von 85 Jahren plus.

Sie kennen die Entwicklung und Verschiebung in der Altersstruktur. Das wird anhand des so genannten Altenquotienten dargestellt, der das Verhältnis der alten Bevölkerung zur erwerbsfähigen Bevölkerung angibt. Dieser Quotient wird sich in Hessen von heute 43 % bis zum Jahr 2050 auf etwa 83 % verdoppeln, sofern die Annahmen der mittleren Variante eintreten.

Es stellt sich die Frage, ob diese Sichtweise die richtige Sichtweise ist, weil sie einem statischen Altersbild unterliegt. Unserer Auffassung nach sind heute 60-Jährige nicht mit 60-Jährigen im Jahre 2050 vergleichbar. Grenzen wir heute mit 85 Jahren plus ab, ist dies im Jahr 2050 in Anbetracht der weiter steigenden Lebenserwartung auch nicht mehr haltbar. Deshalb haben wir eine dynamische Altersstruktur entwickelt. Das Statistische Bundesamt geht in der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung in der mittleren Variante davon aus, dass die Lebenserwartung – das ist ein gemischter Mit-

<sup>2</sup> Die Charts zum Vortrag von Dr. Reil-Heil sind in der Anlage 2.

telwert von Männern und Frauen – von 78 auf 84 Jahre steigen wird. Wenn ich diesen Anstieg der Lebenserwartung proportional auf die Altersgrenzen umlege, die ich Ihnen eben gezeigt habe, kommt man zu einer anderen Bevölkerungsstruktur, wenn man es im Zeitablauf dynamisch anpasst.

Sie sehen auf der Folie die konventionelle Denkweise. Passt man die Lebenserwartung an und sagt, dass ein 85-Jähriger heute einem Jüngeren im Jahre 2050 entspricht und macht das im ganzen Beobachtungszeitraum, ergibt sich diese Entwicklung der Bevölkerungsstruktur. Sie sehen vor allem, dass sich die Anzahl der Hochbetagten kaum verändert, sondern nach dieser Sichtweise fast unverändert bleibt. Sie sehen, wenn die Lebenserwartung korrigiert und angepasst wird, ist die Alterung der Bevölkerung gar nicht mehr so dramatisch. Der Bevölkerungsquotient steigt dann nur noch auf 61 % statt auf 83 %. So viel zur Anpassung des Altersbildes.

Betrachtet man die ökonomischen Auswirkungen der Alterung der Bevölkerung für Hessen, bietet es sich an, zwei demographische Entwicklungen zu unterscheiden, die sich am besten anhand der Alterspyramiden darstellen lassen. Sie sehen die Alterspyramiden für die Jahre 2000, 2025 und 2050. Ich komme auf die erste Entwicklung zu sprechen. Wir haben einen Strukturbruch in der Bevölkerung. Die Ausbuchtungen sind die geburtenstarken Jahrgänge, die so genannten Baby-Boomer, die gefolgt werden vom Pillenknick. In der Bundesrepublik ist es eine einmalige historische Abfolge, dass die folgenden Geburtsjahrgänge nur halb so stark sind wie die vorhergehenden. Das aber ist unveränderbar. Daran kann niemand mehr etwas ändern. Das ist keine Frage von Prognosen, sondern das ist ein Fakt, denn die Kinder sind schon längst geboren. Diejenigen, die in Zukunft gebären werden, schließen sich an. Wir haben also einen Bruch in der Bevölkerungsstruktur. Wir haben viele Baby-Boomer, die im Jahre 2025 in Ruhestand gehen, und wir haben weniger im erwerbsfähigen Alter, die ihnen gegenüberstehen. Das erste Problem der Demographie sind der Baby-Boom und der Pillenknick. Das belastet die Sozialversicherungssysteme, die umlagefinanziert sind, wie auch das gesamtwirtschaftliche Wachstum, weil in Zukunft weniger Produzenten für fast gleich viele Konsumenten vorhanden sein werden.

Die zweite demographische Entwicklung, die Frau Prof. Färber bereits als Problem angesprochen hatte, ist die längere Lebenszeit, die sich bei den Bevölkerungspyramiden in der stärkeren Besetzung der oberen Altersjahrgänge widerspiegelt. Das ist unserer Auffassung aber nicht wirklich ein Problem. Deswegen setzen wir es in Anführungszeichen. Die ansteigende Lebenserwartung ist nur dann ein Problem, wenn wir uns nicht an das Altersbild, die Lebensarbeitszeit, die produktive Phase mit gesteigerter Lebenserwartung anpassen. Das belastet die Wirtschaft und die Sozialversicherungen nur, wenn sich der Anstieg der Lebenserwartung unproportional darstellt.

Ich komme nun auf die Konsequenzen der demographischen Entwicklung zunächst für den Arbeitsmarkt als wichtigsten Produktionsfaktor unserer Volkswirtschaft zu sprechen. Hier muss man sehen, wie sich die Anzahl der Erwerbsfähigen entwickelt. Bislang haben wir uns die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter grob vereinfacht angesehen. Die Erwerbstätigen zu prognostizieren, ist schwerer als die Bevölkerung, da wir über die Bevölkerungsinformationen hinaus auch alters- und geschlechtsspezifische Erwerbsquoten zugrunde legen müssen. Um den Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen auf verschiedene Erwerbsquoten zu verdeutlichen, haben wir sie für Hessen für zwei verschiedene Szenarien berechnet.

Das eine ist ein pessimistisches Szenario. Die alters- und geschlechtsspezifischen Erwerbsquoten stagnieren auf dem heutigen Niveau. Wir halten sie konstant und schreiben die Bevölkerung fort und multiplizieren. Daraus resultiert aufgrund der veränderten Bevölkerungsstruktur – mehr Ältere, weniger Menschen aufgrund des Rückgangs der Bevölkerung –, dass es im Jahr 2040 in Hessen 700.000 Erwerbstätige weniger geben wird als heute.

Die Erwerbsquoten sind ein Gestaltungsparameter. Sie sind beeinflussbar sowohl durch ökonomische als auch durch politische Rahmenbedingungen: Arbeitslosenquote, Renteneintrittsalter, Berufseintrittsalter. Um einmal die Hebelwirkung verschiedener Parameter zu zeigen, haben wir alternativ angenommen, dass die Erwerbsquoten insgesamt steigen. Wir haben die relativ optimistischen Annahmen der Rürup-Kommission – ganz am Anfang hatten wir bei Herrn Prof. Dr. Krupp den Vergleich zwischen der Herzog-Kommission und der Rürup-Kommission gesehen – hinsichtlich eines starken Anstiegs der Frauenerwerbsbeteiligung, hinsichtlich einer Verschiebung des Renteneintrittsalters bis 2035 um drei Jahre und hinsichtlich einer Halbierung der Arbeitslosenquote zugrunde gelegt. Setzt man diese Parameter voraus und überträgt sie auf Hessen, ergibt sich diese Entwicklung der Erwerbstätigkeit. Diese Zahlen der Erwerbstätigen werden in Hessen dann immer noch sinken, aber bei weitem nicht mehr so stark, weil es nach diesem Szenario immerhin 20 % mehr Erwerbstätige gibt.

Nun mag man einwenden, dass der Rückgang der Anzahl der Erwerbstätigen nicht so gravierend ist. Es gebe einen Rückgang der Bevölkerung. Daher müsse für weniger Leute produziert werden. Um das zu berücksichtigen, kann die so genannte Stützquote berechnet werden, welche die Erwerbstätigen zu den Konsumenten, die sie versorgen müssen, ins Verhältnis setzt. Diese Stützquote liegt in Hessen im Moment bei 54 %. Das heißt: Auf zehn Konsumenten kommen fünf Erwerbstätige.

Unter dem pessimistischen Szenario, nach dem die Erwerbsbeteiligung stagniert und nicht steigt, sinkt diese Erwerbsquote bis 2040 auf 44 %. Das entspricht einem Rückgang von 19 %. Wird das umgerechnet auf die jährliche Veränderungsrate des Produktionsausfalls und werden diese 0,5 % dem langfristigen Wirtschaftswachstum in Höhe von 1,5 % gegenübergestellt, sehen Sie, dass es schon gravierend ist. Ein Drittel des Wachstums geht durch den Rückgang der Quoten der Erwerbstätigen verloren, wenn diese pessimistische Annahme zugrunde gelegt wird. Wenn man an die steigenden Erwerbsquoten glaubt, lässt sich dieser Rückgang deutlich abmildern. Dann würde der jährliche Wachstumsverlust durch diesen Effekt jährlich nur noch 0,2 % betragen.

Der Rückgang der Erwerbstätigen ist aber nicht die einzige Herausforderung, die der hessische Arbeitsmarkt zu bestehen hat, das entspricht einem Siebtel des Wachstums. Außer der Schrumpfung der Zahl der Erwerbstätigen, was in Produktionsausfall und Wachstumsverluste münden wird, gibt es auch eine Alterung der Belegschaft zu beobachten. Heute gibt es in Hessen einen Anteil von etwa 12 % an Arbeitnehmern im Alter von 55 Jahren und mehr. Dieser Anteil wird, wenn man davon ausgeht, dass sich die Erwerbstätigkeit älterer Arbeitnehmer entsprechend der eben gezeigten Annahmen erhöht, bei einem Fünftel im Jahr 2030 liegen. Dann stellt sich die Frage, die unter anderem von Herrn Bräuninger diskutiert wurde, nach der Innovationskraft solcher Arbeitnehmer. Jüngere sind, wie wir glauben, innovativer, Ältere dagegen erfahrener. Wie wirkt sich das insgesamt auf die Produktivität aus? Wenn man davon ausgeht, dass ältere Arbeitnehmer weniger produktiv sind, bedeutet das einen weiteren Wachstumsverlust im Aggregat. Aber wir wissen über diesen Zusammenhang noch sehr wenig.



Insgesamt sind wir der Auffassung, dass es schwierig ist, die Produktivität eines Einzelnen zu messen. Man muss es letztlich im Team betrachten. Wir können nur hoffen, dass sich das Zusammenspiel zwischen Jung und Alt, zwischen Innovativen und Erfahrenen in Zukunft verbessern wird, um das potenziell auszugleichen. Aber das ist ein ganz heißes Forschungsthema. Im Moment gibt es wenig Evidenz.

Aber die Produktivität älterer Arbeitnehmer ist keine als fest zu betrachtende Größe. Sie ist veränderbar. Wie ist diese Größe veränderbar? Durch Aus- und Weiterbildung. Stichwort: lebenslanges Lernen. Wir werden es uns nicht länger leisten können, das lebenslange Lernen nur als Schlagwort zu betrachten, sondern wir müssen versuchen, das in die Tat umzusetzen.

Schließlich gilt es einer weiteren Herausforderung auf dem Arbeitsmarkt aufgrund der alternden Gesellschaft zu begegnen, nämlich der Verschiebung in der Konsumgüternachfrage. Ältere Menschen fragen andere Konsumgüter als junge Menschen nach. Das typische Beispiel, das dafür ganz drastisch ist, lautet: Schaukelstühle statt Schaukelpferde. Ältere Menschen fragen nicht nur weniger Schaukelpferde nach, sondern auch weniger Mobilität und weniger Verkehrsleistung, weil die Hauptmobilitätsnachfrage von den Berufspendlern ausgeht. Dafür fragen ältere Menschen mehr Gesundheitsleistungen nach. Wenn wir das ernst nehmen, was ich eben gesagt habe, wird eine alternende Gesellschaft auch mehr Bildung nachfragen.

Diese sektoralen Verschiebungen lassen sich überschlagsmäßig unter den Annahmen, dass die altersspezifischen Konsumausgaben gleich bleiben, in Zukunft fortrechnen. Die Überschlagsrechnung unseres Instituts zeigt, dass etwa jeder sechste Arbeitsplatz in einen anderen Sektor umgesetzt werden muss: Raus aus der Schaukelpferdindustrie, rein in Gesundheit, um das ganz überspitzt zu formulieren. Aber jeder sechste Arbeitsplatz erfordert erhebliche Mobilität. Darin sind wir im Moment noch nicht so furchtbar gut.

Ich komme kurz auf den Kapitalmarkt zu sprechen. Das ist weniger ein landespolitisches Problem, als ein ökonomisch wichtiges Problem. Deshalb möchte ich hier nur kurz darauf eingehen. Geht man davon aus, dass das klassische Gedankengut in der Ökonomie, warum und wie Leute sparen, darin besteht, während der Erwerbstätigkeit zu sparen, um im Alter zu entsparen und um den Konsum einigermaßen gleichmäßig zu halten, bekommen wir etwa ab 2030 ein Problem, wenn die Baby-Boomer in Rente gehen und das ganze Vermögen von den Banken abheben, um es auszugeben. Das heißt, dass es auf dem Kapitalmarkt ein großes Angebot, aber eine geringe Nachfrage geben wird. Die Renditen sinken. Es gibt einen Crash. Das Vermögen wird schmelzen. Zusätzlich stellt sich der Effekt ein, den ich eben präsentiert habe: Es gibt weniger Erwerb in der Volkswirtschaft. Die Volkswirtschaft wird kleiner. Das ist ein Problem für den Kapitalmarkt. Eine relative Arbeitsknappheit bedeutet, dass Arbeit relativ teuer und Kapital billiger wird. Das ergibt einen weiteren Druck auf die Renditen auf dem Kapitalmarkt.

Wird es also diesen Asset Meltdown – das Abschmelzen von Vermögensgegenständen – geben? Wir haben dazu eine Berechnung durchgeführt und können ganz klar nein sagen. Der Kapitalmarkt ist nicht immun gegen die Alterung. Wir werden einen Rückgang der Renditen aus den genannten Gründen haben, aber dieser Rückgang ist nicht dramatisch, sondern überschaubar. Unseren Schätzungen nach gehen sie in der diversifizierten Wirtschaft der EU etwa von 4,8 % auf 3,8 % herunter, denn zum Glück gibt es

weitere Mechanismen der Volkswirtschaft, die den ebenen genannten Szenarien entgegenwirken und sie abdämpfen werden. Zunächst ist es so, dass alternde Volkswirtschaften mehr Produktivkapital brauchen. Wir müssen Arbeitsvolumen durch Kapital substituieren: Gebt den Arbeitnehmern bessere Maschinen, dann können sie auch mehr produzieren und den Rückgang der Erwerbstätigen kompensieren.

Ein zweiter Punkt ist, dass die konsequente Umsetzung des Rentenreformprozesses den Aufbau der kapitalgedeckten Altersvorsorge mit sich bringt, der nicht abgeschlossen sein wird, wenn die Baby-Boomer in Rente gehen. Wir sind in der Anfangsphase. Unsere Berechnungen zeigen, dass es erst bis etwa 2050 beendet sein wird. So lange wird noch für diesen Zweck mehr Kapital nachgefragt werden als im Moment. Schließlich sind wir keine isolierte Volkswirtschaft. Wir sind kein isoliertes Bundesland. Wir müssen uns öffnen. Wir sind diversifiziert. Was hier zählt, ist die internationale und nicht die nationale Demographie. Deutschland als relativ arbeitsarme und kapitalreiche Gesellschaft wird Kapital in Länder überführen, die reich an Arbeitskräften sind, aber über weniger Kapital verfügen. Wir werden dort mit dem zur Verfügung gestellten Kapital produzieren lassen. Das ist internationale Risikoteilung, denn Deutschland altert besonders.

Den Kapitalmarkt muss man differenziert betrachten. Ich habe eben vom Realkapital gesprochen. Auf dem Wohnungsmarkt gelten etwas andere Aspekte. Ich habe leider keine Zeit mehr, im Detail darauf einzugehen. Nur ganz kurz: Die Lage auf dem Wohnungsmarkt sieht weniger rosig aus, weil die Ausgleichsmechanismen fehlen. Häuser können nicht nach Frankreich geschickt werden, wo die Geburtenziffer eine höhere ist. Wir können auch kein Produktivkapital durch Immobilien ersetzen, um für eine höhere Produktivität zu sorgen. Aber ein Aspekt, der hier hilft, ist, dass die Nachfrage auf einem billigen Markt nicht durch die Bevölkerung, sondern durch die Anzahl der Haushalte bestimmt wird. Unsere Vorausberechnung ergibt, dass aufgrund der niedrigeren Haushaltsgröße älterer Menschen die Zahl der Haushalte in Hessen deutlich nach der Bevölkerung sinken wird, nämlich 15 Jahre später, was den Wohnungsmarkt entlastet. Natürlich muss man es differenziert sehen. Hessen ist sehr heterogen. Wir müssen sowohl nach den Regionen als auch nach der Lage des Objektes unterscheiden. Insgesamt sorgt die steigende Haushaltsgröße über einen längeren Zeitraum für eine Entlastung auf dem Wohnungsmarkt.

Zur Frage, was wir tun müssen: Zunächst einmal muss versucht werden, den Arbeitsmarkt quantitativ zu verbessern, indem für mehr Erwerbstätige gesorgt wird. Den größten Hebel gibt es über das Rentenalter und über einen früheren Berufseintritt. Bei der Frauenerwerbsquote kann auch noch etwas getan werden. Vorhin haben wir in einer Präsentation gesehen, dass Deutschland im Vergleich weit hinten liegt. Da ist der Hebel allerdings nicht mehr so groß. Bei den neuesten Jahrgängen gibt es bereits eine relativ hohe Erwerbsbeteiligung. Wenn das nicht zulasten der Männererwerbsbeteiligung gehen soll, weil sich irgendjemand um die Kinder kümmern muss, erwarten wir hier nicht den großen Hebel, um die Alterungsproblematik zu bewältigen. Schließlich ist die Migration zu nennen. Migration hilft, kann uns aber nicht retten. In die Szenarien, die ich Ihnen gezeigt habe, ist bereits der Wanderungssaldo für Hessen einbezogen.

Ich komme auf einen nächsten Punkt zu sprechen. Wir müssen die Produktivität erhöhen, um die geringere Zahl der Erwerbstätigen zu kompensieren. Das ist der qualitative Aspekt auf dem Arbeitsmarkt. Das geht zum einen, indem für eine bessere Kapitalausstattung gesorgt wird. So können Arbeitnehmer produktiver arbeiten. Das ist das Argu-

ment der besseren Maschinen. Das geht zum anderen durch eine bessere Rentenpolitik. Jetzt fragen Sie sich, wie man über die Rentenpolitik die Produktivität erhöhen kann. Die Überlegung ist, dass es sich für einen Arbeitgeber lohnen muss, einen älteren Beschäftigten an einer Weiterbildungsmaßnahme teilnehmen zu lassen. Das hört im Moment im Alter von 45 Jahren auf. Nach 45 Jahren findet fast keine Weiterbildung mehr statt. Wenn ein Arbeitgeber weiß, er kann sich relativ günstig von einem 58-Jährigen trennen, wird er keine Weiterbildungsmaßnahmen mehr in einen 55-Jährigen investieren. Wenn die Politik hier Signale setzt, dass der Arbeitgeber den älteren Arbeitnehmer ziemlich wahrscheinlich noch längere Zeit wird beschäftigen müssen, ist die Hoffnung groß, dass für ältere Arbeitnehmer im Bereich der Weiterbildung noch etwas geschieht.

Ich habe über die Anpassung auf dem Gütermarkt und über Strukturwandel in der Güternachfrage gesprochen. Das erfordert, die Flexibilität und die Mobilität der Arbeitskräfte zu erhöhen. Ein Ansatzpunkt ist folgender: Da wir wissen, dass die kleinen Firmen wachsen und sich flexibel anpassen, nicht aber die großen, muss die Einstellung neuer Mitarbeiter in dem Bereich möglichst erleichtert werden.

Ich habe zum Wohnungsmarkt nur kurz etwas gesagt. Das möchte ich nicht weiter ausführen. Es ist eigentlich selbstredend, sich zumindest auf Regionen, deren Bevölkerungszahlen schrumpfen werden, zu konzentrieren und in die Fläche zu investieren.

Schließlich der letzte Punkt: Wir müssen uns öffnen und dürfen Globalisierung nicht verteufeln. Globalisierung hilft. Das ist eine internationale Risikoteilung. Wir sollten die komparativen Vorteile der einzelnen Länder nutzen.

**Prof. Dr. Christoph M. Schmidt, RIW Essen:**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielen Dank für die Worterteilung und für die Einladung, mit Ihnen ein paar Gedanken zum demographischen Wandel teilen zu können. Ich denke, es ist immer schwer, als achter Redner die Zuhörer überreden zu wollen, noch etwas Grundsätzliches zu diskutieren. Dennoch möchte ich einige Ausführungen grundsätzlicher Natur machen und ich möchte Sie gern die nächsten 20 Minuten dafür gewinnen.

Ich stelle nicht infrage, dass wir einen demographischen Wandel erleben werden. Das wäre eine Beleidigung Ihrer Intelligenz. Die Lebenserwartungen steigen ganz klar. Die Geburtenraten sind niedrig. Das umzudrehen, wird nicht leicht sein. Welches Ausmaß der demographische Wandel exakt annehmen wird, ist nicht das Thema. Das Thema ist eher grundsätzlicher Natur. Das möchte ich gern mit Ihnen diskutieren.

Ich möchte allerdings fragen, was das eigentliche Problem ist, nur nicht in der Form, in der es heute schon gefragt worden ist. Ich frage: Besteht das Problem in den Veränderungen oder in den Rahmenbedingungen und den Möglichkeiten, sich an diese Veränderungen anzupassen? – Ich werbe dafür, dass ein großer Teil der auf uns zukommenden Probleme darin liegt, nicht den Mut zu haben, alte Institutionen infrage zu stellen. Wenn man es ganz überspitzt ausdrücken will, bringe ich es wie folgt auf den Punkt. Da Sie für die Politik und den Staat im Augenblick hier in meinem Sichtfeld stehen, sage ich: Ein Teil des Problems liegt an Ihnen, wenn Sie versuchen, etwas zu gestalten, das außerhalb Ihrer eigentlichen Gestaltungsaufgabe und Ihrer Möglichkeiten liegt, und Sie

auch nicht bereit sind, vermeintlich bewährte Institutionen infrage zu stellen. Das heißt nicht, dass Sie nicht eine ganz wichtige Rolle haben. Ich denke aber, sie liegt manchmal auch darin, sich zurückzunehmen. Dafür möchte ich gern werben und eine Argumentation aufbauen, wie ich zu dieser sicherlich provokativen Schlussfolgerung komme.

Ich möchte meine Argumentation auf zwei grundlegenden – ich würde eigentlich sagen Erkenntnissen, aber lassen wir es bei Argumenten – aufbauen. Das eine ist, dass die Objekte Ihrer Fürsorge, die Bürger, Menschen mit einem eigenen Willen sind, die sich sehr wohl in einer von Knappheiten geprägten Umwelt bewusst bewegen und bewusst Entscheidungen treffen, um ihr Leben in dieser Umwelt zu gestalten. Das bedeutet, dass das, was an Märkten geschieht, durchaus auch von den Individuen beeinflusst wird, die auf diesen Märkten agieren. Insbesondere Güter- und Produktionsfaktoren, die relativ zu ihrem Grad der Begehrtheit knapp sind, wird auch eine hohe Wertschätzung gegenübergebracht.

Grundsätzlich ist der demographische Wandel nichts anderes als eine Verschiebung von relativen Knappheiten auf verschiedene Güter. Es wurde gerade sehr kompetent der Arbeitsmarkt angesprochen, aber auch andere Güter wie der Kapitalmarkt oder Innovationsfähigkeit. Das alles sind Veränderungen in relativen Knappheiten und in relativem Überfluss an Faktoren an Gütern, die dadurch eine Veränderung ihrer Wertschätzung erfahren würden, wenn sich die Märkte anpassen könnten. Oft können sie sich nicht anpassen. Oft muss der Staat eingreifen, weil solche Anpassungsmöglichkeiten nicht vorhanden sind. Oft hemmt er offensichtlich auch solche Anpassungsmöglichkeiten. Das ist der erste Block eines roten Fadens durch meine Argumentation.

Das zweite grundlegende Argument ist, dass Menschen im Lebensverlauf grundsätzlich typische Verhaltensmuster auf verschiedenen Märkten zeigen. Ganz transparent ist es, dass die Ausbildungszeit wahrscheinlich doch am Anfang des Lebenszyklus liegt, die Rentenphase eher am Ende und dass es irgendwo zwischendrin so etwas wie Familienbildung und Erwerbstätigkeit gibt. Diese grundsätzliche Veränderung dessen, was man tut – übrigen auch dessen, was man konsumiert und am Gütermarkt und Dienstleistungsmarkt nachfragt –, wird wohl in weiten Zügen nicht sehr davon beeinflusst werden, auch nicht in Zukunft, inwieweit man mit einem großen oder einem kleinen Geburtenjahrgang beispielsweise auf dem Arbeitsmarkt konkurriert. In einigen Punkten mag das so sein, aber in vieler Hinsicht ist das Verhalten entlang des Lebenszyklus auf vielen Märkten mehr oder weniger ein fest gefügtes Muster.

Nun kann man in einen Geburtsjahrgang zwar nicht hineingeboren werden, man kann aber dazuwandern. Insofern sind die Stärken der Geburtsjahrgänge sicherlich im Zeitablauf veränderlich. Aber sie sind vor allem auch geprägt durch die unterschiedliche Häufigkeit des Auftretens von verschiedenen Lebensverläufen, die zu verschiedenen Zeitpunkten ihren Anfang genommen haben. Wenn man so will, ist eine Altersstruktur in einer Querschnittsbetrachtung nichts anderes als ein Schnitt durch eine überlappende Auflistung von verschiedenen Geburtsjahrgängen und ihren jeweiligen Lebensläufen. Mit anderen Worten: Es ist ganz trivial, aber trotzdem sehr wichtig, das grundsätzlich für die Argumentation mitzunehmen. Kalenderzeiten und Lebensalter sind für jeden Geburtsjahrgang unzweideutig verwoben.

Wenn man das für den Augenblick mitnimmt und mir insoweit folgt, möchte ich gern das Thema systematisieren und Ihnen Forschungsfragen zum demographischen Wandel kurz auflisten. Diejenigen, die die schriftlichen Ausführungen haben, haben es optisch

etwas besser aufbereitet vorliegen. Ich habe hier die Karikatur einer Matrix, aber die Inhalte sind die gleichen.

Ich möchte gern drei Analyseebenen und drei Untersuchungseinheiten unterscheiden und anhand dieser Unterscheidungen herausarbeiten – so weit es die knappe Zeit zulässt –, inwieweit man auch durch gestaltende Politik eingreifen kann. Die drei Untersuchungseinheiten, die ich gern unterscheiden will, sind die Objekte Ihrer Fürsorge, die Akteure in verschiedenen Märkten. Das sind einerseits die Individuen, andererseits Unternehmen und drittens Gemeinwesen, beispielsweise Kommunen. Die Analyseebenen beschäftigen sich in verschiedener Perspektive mit den Veränderungen relativer Knappheiten. Die erste Analyseebene, die Verschiebung relativer Knappheiten, ist das, was wir in der Regel diskutieren, wenn wir von ökonomischen und fiskalischen Auswirkungen des demographischen Wandels in der öffentlichen politischen Diskussion sprechen. Das ist das, was passiert, weil sich die Demokratie verschiebt, weil die relativen Anteile von z. B. jungen Arbeitnehmern geringer als die von erfahrenen Arbeitnehmern werden, weil die relativen Anteile von älteren Konsumenten mit ihren eigenen Bedürfnissen größer werden. Das aber ist noch nicht die ganze Geschichte.

Lassen Sie mich ganz kurz durch die Themenkreise gehen. Der erste wichtige Markt – das hat meine Vorrednerin ganz richtig angedeutet – ist der Arbeitsmarkt. Der Arbeitsmarkt ist der Markt, auf dem die meisten Menschen ihre Einkommen erzielen, ihre gesellschaftliche Teilhabe sichern. Natürlich ist die Verschiebung der relativen Anteile von alten und jungen Arbeitnehmern grundsätzlich erst einmal nicht ohne Auswirkungen. Wir haben ganz klar, wie sich in vielen arbeitsökonomischen Studien nachvollziehen lässt, Profile von Produktivität und damit einhergehend von Einkommen bzw. Risiken der Arbeitslosigkeit im Lebenszyklus. Typischerweise verdienen ältere Arbeitnehmer mehr als jüngere, egal, ob wir uns auf unserem Arbeitsmarkt oder beispielsweise auf dem US-amerikanischen Arbeitsmarkt umschauchen. Dieser höhere Verdienst ist vielleicht vor allem eine Reflexion erhöhter Produktivität, die mit dem Alter einhergeht. Bei uns kommt natürlich noch dazu, dass wir Senioritätsentlohnung für wahrscheinlich eine sehr unantastbare Institution unseres gemeinschaftlichen Lebens haben. Das stellt ein großes Problem dar, denn diese Profile im Einkommen und in der Produktivität werden natürlich durch veränderte Prävalenz, durch veränderte Häufigkeit verschiedener Produktionsfaktoren wie junge oder alte Arbeitnehmer infrage gestellt. Wenn es wenige junge Talente gibt, werden sie natürlich relativ begehrt sein, viel begehrt als die vorherige Generation, die damals zum gleichen Zeitpunkt in ihrem Lebenszyklus nicht so knapp war. Solche Veränderungen am Arbeitsmarkt werden dazu führen, dass sich die Löhne im freien Spiel der Kräfte anpassen. Wahrscheinlich wird es bei uns dazu führen, wenn an dem System der Senioritätsentlohnung festgehalten wird, dass sich die Altersarbeitslosigkeit als Problem verschärfen wird.

Ich komme auf den zweiten Themenkreis, die industrieökonomischen Implikationen, zu sprechen. Hierbei sind drei Punkte anzusprechen. Das eine ist die Veränderung von Angebot und Nachfrage. Gerade wurden die sehr plastischen Stichworte Schaukelstuhl und Schaukelpferd genannt. Ich möchte gar nicht groß etwas hinzufügen. Es ist natürlich klar, dass sich die Anbieter und Nachfrager neu einspielen müssen. Wo aber ist das Problem? – Insbesondere sehe ich nicht, dass es eine staatliche Rolle gibt, die Unternehmen erst einmal darauf zu stoßen, dass es so etwas wie einen demographischen Wandel gibt und dass man große Programme anstoßen muss, um so etwas wie eine Seniorenwirtschaft unbedingt zu promoten. Die Notwendigkeit sehe ich gar nicht. Das wird der Markt wirklich schaffen, wie ich mir gut vorstellen kann.

Die Finanzmarkimplikationen hat Frau Dr. Reil-Held so dargestellt, dass ich das gar nicht mehr kommentieren möchte. Dem habe ich nichts hinzuzufügen. Aber ich möchte eine Bemerkung zur Innovationsfähigkeit machen. Auch das ist eine industrieökonomische Implikation der Verschiebung in der Altersstruktur. Natürlich sind junge Arbeitnehmer in der Regel diejenigen, die Althergebrachtes infrage stellen, die neue Strukturen suchen, die neue Ideen mitbringen. Aber das ist kein Naturgesetz. Dass wir in den letzten Jahren einen so genannten – wie es in der Fachwelt heißt – skill buys technical change hatten, dass der technische Fortschritt vor allem die Produktiveren und besser Ausgebildeten noch mehr in ihrer Produktivität unterstützt hat, lag auch an der Ausweitung des Bildungssystems in den entwickelten Volkswirtschaften in den letzten Jahrzehnten.

Wenn also mehr erfahrene Arbeitnehmer da sein werden, wird zumindest auch ein gewisser Impetus vom Markt kommen – von den Unternehmen, von denjenigen, die den technischen Fortschritt in der Praxis implementieren –, gerade den erfahrenen Produktionsfaktor mehr zu nutzen. Auch da bedarf es vielleicht gar nicht so sehr einer staatlichen Lenkung oder eines staatlichen Einflusses.

Die zweite Analyseebene – ich überspringe aus Zeitgründen den Themenkreis drei – ist die eigentlich spannende. Natürlich kommt es im Endeffekt auf den Nettoeffekt an. Wenn Menschen Möglichkeiten haben, auf veränderte demographische Gegebenheiten beispielsweise auf die veränderte Nachfrage nach ihrer Leistung am Arbeitsmarkt zum Zeitpunkt ihres Eintritts in denselben reagieren können, indem sie beispielsweise ihre Bildungsanstrengungen erhöhen oder vermindern, ist natürlich das einzige, das für unsere Diskussion zählt, dieser effektive demographische Wandel. Es geht nicht nur um die demographischen Verschiebungen, es geht um die demographischen Verschiebungen moderiert durch die Anpassungsreaktionen von Menschen durch Bildungsanstrengungen – hier sind wir bei dem Themenkreis vier –, durch Migration, durch Wanderungen in Gegenden, in denen man prosperierendere Verhältnisse erwartet, durch längere Teilnahme am Arbeitsmarkt und am Arbeitsleben z. B. durch späteren Renteneintritt.

Genauso ist der effektive demographische Wandel auch das Entscheidende auf der Unternehmensebene. Unternehmen werden sich nicht einfach hilflos den demographischen Wandel angucken und sagen: Um Gottes willen, wir machen alles so, wie vorher, aber wir haben jetzt leider weniger junge Leute, mit denen wir arbeiten müssen. Sie werden natürlich ihre eigenen innerbetrieblichen Strukturen, ihre Entscheidungsfindungsstrukturen, die Organisation ihres Produktionsprozesses dementsprechend anpassen. Somit ist nicht ausgeschlossen, dass der demographische Wandel im Endeffekt mittels dieser Moderation viel weniger dramatische Änderungen bringen wird, beispielsweise bei der Produktivität, als es ohne diese Anpassungsprozesse der Fall wäre. Wir wissen es einfach nur nicht. Dazu möchte ich meiner Vorrednerin auch noch einmal gratulieren. Sie hat den Punkt als einzige so scharf dargestellt, das hat mir sehr gefallen. Das möchte ich gern noch verstärken. Wir wissen über viele dieser Mechanismen nur sehr rudimentär Bescheid. Ich will nicht den Naiven spielen, der sagt: Ach, der Wissenschaftler muss sich erst melden, wenn 200 Jahre vergangen und alle Daten da sind. Das ist nicht der Punkt. Der Punkt ist aber, dass gerade da, wo staatliches Handeln versucht, Menschen in ihrer Lebenswirklichkeit zu helfen und sie zu verbessern, wir sehr wenig darüber wissen, was funktioniert und was nicht. Als Schlussfolgerung bedeutet das insbesondere, dass man sich oft mehr zurücknehmen muss.

Hinsichtlich des Wirtschaftswachstums und der öffentlichen Haushalte möchte ich kurz erwähnen, dass man auch da einen gewissen Spielraum hat. Man muss die Aufgaben- und Ausgabenstrukturen ebenso wie die Einnahmestrukturen infrage stellen. Es ist nicht nur so, dass jüngere Arbeitnehmer fehlen und deswegen weniger Einkommensteuer pro Kopf generiert werden wird, als man es gern hätte, sondern man kann und sollte auch in diesem Prozess die Ausgaben und die Aufgaben vor allem auch der öffentlichen Hand infrage stellen. Wir hatten schon vorhin im Zusammenhang mit der Infrastruktur das Beispiel mit den Schwimmbädern gehört. Das möchte ich gern aufgreifen.

Der letzte Baustein dieser Struktur betrifft die Institutionen und wirtschaftspolitischen Handlungsmöglichkeiten. Die Kerninstitutionen der Gesellschaft sind auch keine fixen Größen. Es ist durchaus so, dass die Einbindung des Einzelnen in den Familienverbund die Formen gemeinschaftlicher Interessenvertretung auch im demographischen Wandel neu definiert werden. Wir haben jetzt schon ganz klar die Tendenz, dass die Attraktivität kollektiver Interessenvertretung durch Verbände oder Vereine deutlich geschrumpft ist. Das gilt insbesondere für die jungen Leute. Dass wir in allen möglichen Situationen immer noch denken, wir müssten alle Interessenverbände – also Gewerkschaften oder Arbeitgeber – erst einmal fragen, statt die beteiligten Akteure wie Unternehmen und Individuen, ist doch widersinnig. Das ist anachronistisch. Das kann eigentlich nur zum Schaden so weitergehen. Das müsste deutlich überdacht werden.

Insbesondere setzt der Staat aber auch zielgruppenfokussiert Anreize und Mittel ein, um Leuten zu helfen, beispielsweise am Arbeitsmarkt. Es ist ganz eindeutig, dass wenige der dort eingesetzten Maßnahmen wirklich halten, was man sich von ihnen versprochen hat, nicht deswegen, weil man sich nicht anstrengt, weil man nicht genug Mittel einsetzt oder weil man sich das nicht gut genug überlegt hat, sondern ganz einfach deswegen, weil die Menschen die am Markt agieren – sei es als Unternehmer oder als Arbeitnehmer –, sehr viel zu den Situationen beitragen, die wir beobachten. Das bedeutet, dass der Staat an ihrem Willen vorbei oft sehr wenig machen kann.

Zum Themenkreis acht: Es ist klar, dass man sagt, wenn wir wenig junge Leute haben, haben wir vielleicht weniger Innovationen. Also machen wir das mit einer offensiven Forschungs-, Industrie- und Wettbewerbspolitik wieder wett. Auch hier sage ich warnend: Manchmal kann man sehr wenig tun. Wenig junge Leute bedeuten wahrscheinlich wenig junge Gründer. Aber ein paar Gründungsnetzwerke zu finanzieren, wird diese Situation nicht verändern. Die Spielräume des Staates sind leider nicht so groß. Es gilt übergreifend für all die Eingriffe, die man sich vorstellen kann, die in jedem dieser Themenkreise sieben, acht und neun angesprochen sind – Themenkreis neun hat beispielsweise Frau Prof. Dr. Färber bereits deutlich diskutiert – Folgendes: Ohne eine fortwährende Evaluation dessen, was man tut, ohne eine begleitende Evaluationsforschung, wie sie in der deutschen Arbeitsmarktpolitik Gott sei Dank jetzt Raum gegriffen hat, werden wir nie wissen, was funktioniert und was nicht funktioniert und auch keine bessere Politik machen.

Wenn man diese Struktur für den Augenblick als abgeschlossen diskutiert ansieht – es gibt noch unheimlich viel dazu zu sagen und es gibt viele Beispiele, die man zur Unterfütterung verwenden könnte –, möchte ich zum Abschluss meiner Ausführungen kontrastieren, mit welchen verschiedenen grundsätzlichen Positionen Sie konfrontiert werden. Ich nenne sie einfach ökonomische Regionalforschung und Raumwissenschaften.

Beide gehen sie in ihrem intellektuellen Selbstverständnis gleichermaßen davon aus, dass es erhebliche regionale Heterogenität in demographischen und anderen sozialen und wirtschaftlichen Strukturen gibt. Sie unterscheiden sich aber sehr stark im Hinblick auf die Perspektive der Gestaltungsmöglichkeit dieser Strukturen. Ich würde natürlich ganz klar sagen: Die ökonomische Regionalforschung betont zu Recht die zentrale Rolle der individuellen Entscheidungen, die unter all den Strukturen liegt – sowohl was die Demographie angeht, als auch was die Konsequenzen angeht, die aus der Veränderung der demographischen Strukturen erwachsen. Dieser Ansatz impliziert – dafür würde ich gern werben –, dass staatliches Handeln jedes Mal im Einzelfall überprüft werden muss. Nicht jede Veränderung ist ein Anlass zu staatlichem Handeln. Aus der manifestierenden Kraft der Handlungen der einzelnen Akteure, die vom staatlichen Handeln betroffen sind, entfalten die Maßnahmen, die man implementiert, oft keine Wirkungen. Diese nüchterne Erkenntnis durchzieht sich durch alle möglichen Bereiche wirtschaftswissenschaftlicher Forschung. Den Arbeitsmarkt habe ich bereits genannt. Wir können die Makroökonomik als zweiten Beleg nehmen. Niemand, der forschungsaktiv ist, glaubt ernsthafter Weise, dass man die Konjunktur steuern kann, wie man es vielleicht vor 30 Jahren geglaubt hat.

Der Ansatzpunkt, den man in den Raumwissenschaften geht, ist ein anderer. Man denkt vor allem an die optimale Gestaltung der gesellschaftlichen Lebenswirklichkeit und stellt daher an sich und seine Leistungsfähigkeit enorme Anforderungen. Ich glaube, die sind einfach überzogen. Ich werbe dafür, dass Sie auch da Skepsis entfalten, denn das Raumordnungsgesetz enthält z. B. folgende Forderungen: Die Raumordnungsplanung soll die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang bringen und zu einer dauerhaft großräumig ausgewogenen Ordnung führen, die Standortvoraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung schafft und insbesondere gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilräumen herstellt. Dem Staat wird eine unheimliche Verantwortung aufgebürdet, die er meiner Ansicht nach nicht erfüllen kann. Es ist grundsätzlich schwer zu glauben, dass man ein solches Zutrauen in die gestalterische Kraft staatlichen Handelns tatsächlich entfalten darf.

Zum Abschluss fasse ich meine Position dazu zusammen. Das grundlegende Problem, das aus ökonomischer Sicht durch den demographischen Wandel ausgelöst wird und daher weiter erforscht werden muss – es ist nicht zu Ende erforscht, aber es ist sicherlich etwas, worüber wir schon Einiges wissen –, ist nicht der Wandel an sich, sondern es sind die unzureichenden Möglichkeiten des Einzelnen, sich an die neuen Gegebenheiten durch ein verändertes ökonomisches Verhalten anzupassen. Diese Einschränkung kann sowohl durch eine starre institutionelle Struktur ausgelöst werden als auch durch eine Wirtschaftspolitik, die den demographischen Wandel „zu aktiv“ gestalten möchte, statt sich darauf zu beschränken, den individuellen Entscheidungsträgern die Handlungsmöglichkeiten und die besten Rahmenbedingungen zu geben, damit sie das selbstverantwortlich, selbstbestimmt und eigenverantwortlich tun können.



**Prof. Dr. Roland Eisen, Universität Frankfurt:**

Ich muss gestehen, dass ich mich auf einem anderen Plafond befinde, obwohl mir mein Vorredner den Einstieg in das, was ich diskutieren möchte, sehr erleichtert hat, indem er eine Matrix vorgestellt hat, die eine Reihe von Problemen diskutiert. Er hat sozusagen die marktliberale Position vertreten, während ich von meinem Verständnis her hier eher eine sozialpolitische Position vertreten möchte. Aus der Fülle der Probleme, die ich mir vorgenommen habe und die auch hier schon diskutiert worden sind, möchte ich nur zwei aufgreifen, aber – wie Herr Dr. Klös – mit einer allgemeinen Bemerkung über dieses bevölkerungsdemographische Problem, das zu diskutieren ist, beginnen.

Manchmal habe ich den Verdacht, es werden immer zu sehr Bevölkerungsgrößen, das heißt Personen, gerechnet. In der ökonomischen Theorie habe ich noch nie ein Modell gesehen, in dem Personen wirklich eine Rolle spielen. Wenn wir etwas machen, machen wir das auf Stundenbasis. Produktivität wird pro Arbeitsstunde berechnet. Wie auch immer sich die Bevölkerung entwickelt – das interessiert mich im Prinzip erst an zweiter Stelle, Sie werden gleich sehen, warum –, interessieren mich zuerst die Wochenarbeitszeit und die Lebensarbeitszeit. Da sind wir doch völlig offen. Ich will hier nicht in die Diskussion über die 40-Stunden-Woche eingreifen. Ich bin ohnehin dagegen. Aber die Lebensarbeitszeit der Deutschen haben wir in den letzten Jahren seit 1960 radikal reduziert. Deshalb hätte ich überhaupt kein Problem damit, wenn irgendjemand sagen würde: Ab dem Jahre 2002 müssen wir damit rechnen, dass das Arbeitspotenzial um 1 % pro Jahr sinkt. Wir haben seit 1960 genau vorexerziert, dass es geht. Wir haben die Arbeitszeit reduziert. Trotz wachsender Bevölkerung ist bei uns das Arbeitspotenzial in Stunden gerechnet geschrumpft.

Ich habe keine Probleme mit den Bevölkerungsprognosen. Das einzige Problem – und das ist ein sekundäres Problem – ist die Altersstruktur. In meinen Modellen taucht natürlich auch so etwas wie Produktivität, Veränderung der Produktivität und Innovation auf. Gibt es dazu etwas bei den Ökonomen? – Leider nein. Aber wir können uns natürlich auch an andere Leute halten. Es gibt Lehrpsychologen und solche Leute, die uns erzählen, dass anscheinend die produktivste Phase des Menschen – oder des Mannes – zwischen 35 und 45 Jahren liegt. Wir sind immer sehr vorsichtig. Das hat ein Amerikaner ausgerechnet. Da finden nämlich die Ideen statt, die nachher zum Nobelpreis geführt haben. Wir reden über tolle Dinge und nicht über normale Produktivitäten. Wenn man über normale Produktivitäten reden würde, müsste man das alles im Lebenszyklus sehen. Ich sage immer: Bis 25 Jahre sind sie dumm. Von 25 bis 40 werden sie intelligent – der Schwabe wird erst mit 40 Jahren gescheit –, dann aber sind wir schon altes Eisen. Das kann nicht wahr sein. Aber die Produktivität steigt. – Ich bilde mir ein, mit zunehmendem Alter immer besser geworden zu sein, auch als Lehrer – und jetzt soll ich mit 65 Jahren rausgeworfen werden. Andere Länder würden mich noch mit Kuss-Hand nehmen und sagen: Das ist ein erfahrener Hase. Aber die Produktivität lässt vielleicht schon nach. – Ich kann mit diesen Dingen nicht so sehr umgehen. Aber ich habe früher auch nie gern Schreibmaschine geschrieben. Ich muss hinzufügen, dass ich schon immer etwas gegen Technik gehabt habe. Ich habe das immer meine Sekretärin machen lassen. Sie sehen meine Manuskripte sehen immer noch so aus. Das ist sozusagen mein Urmanuskript, aus dem meine Sekretärin irgendetwas machen muss. Heute kann man es mit Computern natürlich viel schöner machen. Ich habe nichts gegen Technik. Meine Dissertation ging über technischen Fortschritt und Wirtschaftswachstum. Ich sehe aber immer noch nicht so das Problem, über das man zentral diskutiert.

Wie gesagt, möchte ich mich mit zwei Fragen ganz kurz beschäftigen, die ich unter folgende Stichworten zusammenfassen möchte: Zum einen geht es mir um die sozialpolitischen Auswirkungen im Lebenszyklus. Wir sollten das, wenn wir über Sozialpolitik und über Politik reden, die Sie gestalten können, im Lebenszyklus sehen und die Sozialpolitik sozusagen auf ein dynamisches Modell stellen. Wenn man es auf ein dynamisches Modell stellt, wird von vornherein klar, dass Einzelfälle, die ich diskutiere wie die Gesundheitssysteme, Arbeitslosenversicherung, plötzlich sehr eng miteinander zusammenhängen. Wenn Sie Familienpolitik anschauen oder wenn Sie die ledigen Mütter mit ihren Kinder anschauen, stellen Sie fest, dass hier die Armutproblematik liegt. Dort muss man etwas tun, dann fallen viel weniger Jugendliche in die Sozialhilfe und besuchen infolgedessen die Schule. Diese Leute können somit zum Abitur und in die Universitäten gebracht werden, wenn wir schon über Humankapital sprechen.

Wenn die Bevölkerung schrumpft, was der Fall sein kann, werden plötzlich weniger Studenten vorhanden sein. Wir werden wunderschöne Universitäten haben, an denen keine Überfülle mehr besteht. Ich halte im Moment eine Vorlesung mit 550 Studentinnen und Studenten. Es ist irrsinnig schwer, sie in einem Hörsaal noch ruhig zu halten. Ich würde die Vorlesung lieber vor 250 Studenten halten. Ich hoffe – ich werde es nicht mehr erleben, aber meine jungen Kollegen werden es erleben –, dass die riesig großen Veranstaltungen wegfallen werden und die Studenten vielleicht auch viel aufmerksamer sein werden. Eine meiner Ideen ist, bei jungen Frauen mit Kindern und Kindergärten anzusetzen. Herr Prof. Dr. Krupp hatte bereits das Stichwort der Familienpolitik genannt. Es wird immer argumentiert, im tertiären Bereich würden Leistungen umsonst angeboten. Man kann mit mir über Studiengebühren reden, auch wenn ich sehr zurückhaltend bin, wenn es um Studiengebühren geht. Ich glaube auch, dass unser Bildungssystem falsch finanziert wird. Kindertagesstätten und Kindergärten kosten viel Geld. Dagegen müsste etwas getan werden. Ebenso muss die Armut vieler junger Mütter beseitigt werden.

Die Arbeitslosigkeit ist ein zentrales Problem, das auch in diesem Lebenszyklus stattfindet. Gesundheit ist nicht nur eine Frage des Alters, auch junge Leute können krank werden. Wenn man über Gesundheit und Versicherung redet, kann man nicht sagen: Das passiert doch nur den Alten. Ab 65 Jahren werden sie schrecklich krank und kosten dann – bezogen auf die Pro-Kopf-Ausgaben – dem System viel Geld. Das liegt einfach daran – Herr Prof. Dr. Krupp hat das kurz angedeutet –, dass die Menschen nach 65 Jahren doch schneller sterben als vor 65 Jahren. Wenn es wirklich die Kosten sind, die ein Jahr vor dem Sterben aufgewendet werden, braucht man überhaupt keine Probleme mehr beim Alter zu sehen. Es trifft die 45-Jährigen doch viel härter und viel stärker, wenn keine Altersrationierung von Gesundheit, sondern überhaupt eine Rationierung bei der Gesundheit eingeführt und gesagt wird: Immer wenn du etwas mehr als 100.000 € willst, musst du es selbst bezahlen oder du bekommst es nicht mehr.

Mein zweites Thema ist heute immer nur so im Versteckten angesprochen worden. Es bezieht sich auf die Veränderungen zwischen Staat und privater Daseinsvorsorge. Ich spreche die Frage an, ob aufgrund dieser demographischen Veränderung die Konsequenz gezogen werden müsste, diese Systeme viel mehr zu privatisieren. Die Krise der sozialen Sicherungen wird diskutiert als eine Möglichkeit der Veränderung hin zu mehr Privatisierung und hin zu mehr Kapitalbildung, die immer damit zusammenhängt. Ich möchte die Krise der sozialen Sicherung immer auf zwei Ebenen diskutieren – das ist mein Petition –, nämlich auf einer kurzfristigen und auf einer längerfristigen Ebene. Der Aspekt der Kurzfristigkeit ist immer auch ein Problem, auch bei Keynesianern: Die Ar-

beitslosigkeit würde ich immer noch als kurzfristiges, wenn auch zentrales konjunkturelles Problem sehen, auch wenn die strukturelle Komponente der Arbeitslosigkeit vielleicht zugenommen hat.

Aber die strukturelle Komponente ist auch eine Bildungskomponente. Das ist ein vorübergehender Prozess, denn die Wirtschaftsstruktur verändert sich. 70 % der Arbeitslosigkeit kann man darauf zurückführen, dass es die Baby-Boomer-Jahrgänge gibt. Frauen und Baby-Boomer sind verstärkt in die Arbeit getreten, worauf das Arbeitsplatzangebot nicht reagiert hat. Die Nachfrage nach Arbeit war sozusagen nicht elastisch genug, um diesen Zuwachs an Arbeitsangebot vom Markt zu nehmen. Das kann zum Teil daran liegen, dass die Strukturen auf dem deutschen Arbeitsmarkt inflexibel sind. Warum sollen diese Strukturen in den Siebzigerjahren noch sehr flexibel gewesen sein und in den Achtzigerjahren plötzlich nicht mehr? – Mein Kollege Franz aus Mannheim, der heute anders darüber spricht, hat in den Achtzigerjahren in Berlin einen Vortrag darüber gehalten und gesagt, er könne nirgendwo finden, dass die Inflexibilität des deutschen Arbeitsmarktes zugenommen habe, um zu erklären, warum es jetzt plötzlich höhere Arbeitslosigkeit als in den Siebzigerjahren gibt, in denen es vielleicht noch viel stärkere Gewerkschaften als heute gab.

Wenn man über mehr Privatisierung und mehr Kapitaldeckung nachdenkt, muss man sich mit bestimmten Fragen auseinandersetzen, die hier in der Diskussion eine zentrale Rolle gespielt haben. Wenn man das Problem auf der zweiten, also auf der längerfristigen Ebene, diskutiert, das heute unter dem Begriff der Nachhaltigkeit der Finanzierung von Sozialsystemen steht, unterscheidet sich zwei verschiedene Fragen. Die erste Frage bezieht sich auf die Bewertung kapitalfundierter Finanzierungskonzepte. Wer sich in der Literatur auskennt – ich darf das hier nicht voraussetzen –, ist bestimmt einmal auf den Aufsatz von Stiglitz gestoßen, der zehn Mythen kapitalfundierter Systeme diskutiert hat. Ich habe das hier auf fünf Mythen heruntergezogen, weil ich zwei Fragen einfach nicht beantworten kann. Das sind die höheren Kosten privatisierter Systeme. Man hört die tollsten Dinge. Gehen Sie nie nach Australien, dort gibt es das teuerste privatisierte System. Wenn Sie ein privatisiertes System haben wollen, müssen Sie nach Amerika gehen. Dort sind die Kosten solcher privatisierten Systeme anscheinend so niedrig, dass sie es sich bei ihren 400 K-Modellen leisten können, ihnen sozusagen täglich eine Portefeuille-Wahl zugestehen zu können. Sie müssen einmal einer deutschen Bank erzählen, dass Sie ihr Portefeuille täglich ändern wollen und das Ganze darf nichts kosten. Darin sind die Amerikaner führend.

Ich spreche diese fünf Mythen ganz kurz an: Erhöhung der nationalen Ersparnis – sozusagen die Wachstumsförderung, die hier schon zweimal angesprochen wurde; die Erhöhung der realen Kapitalbildung mit positiven Auswirkungen auf Sozialprodukt und Wachstum – das alles ist nicht nachgewiesen. Man verweist immer auf Chile. Glauben Sie das nicht. Chile lebt zu 80 %, wenn nicht gar 90 % davon, dass der Kupferpreis stimmt. Wenn der Kupferpreis nicht stimmt, ist das Land arm, wenn er stimmt, ist das Land reich. Sie können ganz einfache Regressionsanalysen auf dem Weltkupfermarkt und dem Weltkupferpreis machen und Sie sehen, wie die Chilenen dastehen, einmal gut, dann wieder schlecht. Neben der Privatisierung der Rentenversicherung haben sie sonst noch unwahrscheinlich viel getan. So streng mit seiner Bevölkerung umzugehen, kann sich wahrscheinlich nur ein militärisches Regime leisten. Mit einem Federstrich wurde die Arbeitszeit der Normalbeschäftigten von 60 auf 67 Jahren erhöht. In Deutschland könnte man das so nicht machen. Herr Koch konnte das mit Beamten machen und die Arbeitszeit – je nach Alter – auf 42 Stunden erhöhen.

Höhere Ertragsraten, insbesondere von Aktienanlagen, ist das dritte Argument, das hier eine Rolle spielt. Bei der Kapitaldeckung wird immer darauf hingewiesen: Wenn Sie ihr Geld in Aktien angelegt hätten, hätten sie 9 % Rendite gehabt. Ja, in den Neunzigerjahren, aber nicht mehr im 21. Jahrhundert, wo die Rendite abgenommen hat. Ich gebe zu, dass die Aktienanlage auf Dauer eine höhere Ertragsrate bringt. Auf Dauer heißt immer, Sie mitteln den Durchschnitt heraus. Sie machen aber einen Fehler. Sie schauen nur die Überlebensrate an. Sie schauen immer nur die Aktien an, die überlebt haben, nicht die, welche unterwegs gestorben sind. Sie müssen natürlich auch solche Aktien ansehen, die unterwegs viel verloren haben.

Wenn Sie den längerfristigen Durchschnitt betrachten, den das Deutsche Aktieninstitut ausgerechnet hat, wenn Sie ihre Aktien auf zehn, zwanzig oder dreißig Jahre angelegt hätten, stellen Sie fest, dass die Ertragsrate wohl schrumpft, aber sie wird immer stabiler. Die Varianz nimmt ab. Das ist Augenwischerei. Wenn Sie diese langfristige Ertragsrate sichern wollen – darauf kommt es an –, müssen Sie einen amerikanischen PUT kaufen. Der kostet, je länger er läuft, umso mehr. Wenn Sie ihn nur für ein Jahr kaufen, kostet er Sie vielleicht nur 5 %. Wenn Sie ihn für zwei Jahre kaufen, kostet er nicht 5 % in diesem Jahr und 5 % im nächsten Jahr, sodass Sie im nächsten Jahr sagen können: Er kostet mich vielleicht 5,2 %. Nein, er kostet Sie wahrscheinlich 5,5 bis 5,7 %. Wenn Sie das über fünf, zehn, 15, 20 oder 30 Jahre machen wollen, kostet Sie dieser amerikanische PUT wahrscheinlich viel mehr als Sie an zusätzlicher Ertragsrate herausbekommen könnten. Die deutschen Lebensversicherungen haben immer von einem sehr breit gemischten Portefeuille gelebt. Ich glaube es nicht, denn man muss immer damit rechnen, wenn Sie es privat anlegen, dass es in Deutschland relativ viel Geld kostet, sodass Sie die Kosten abziehen müssten.

Auf die Erhöhung der Stabilität des Kapitalmarktes und der Gesamtwirtschaft möchte ich jetzt nicht eingehen. Die zentrale Frage ist, ob das, was Frau Prof. Dr. Färber und andere angesprochen haben, nämlich die zunehmende Staatsverschuldung und die Unsicherheit dieser impliziten Last größer als die Inflexibilität oder die zunehmenden Probleme des Weltkapitalmarktes ist.

Auf die Erhöhung der Effizienz der Kapital- und Arbeitsmärkte möchte ich nicht eingehen. Es ist ein Rechenproblem zu sagen, die Effizienz von Arbeitsmärkten könne dadurch gesteigert werden, dass die Rentenversprechungen an die Beiträge orientiert werden. Bei allen Modellen, in denen die Renten an den Beiträgen orientiert sind – wie bei uns im Wesentlichen, 70 % sind durch die Beiträge finanziert –, ist die Effizienzsteigerung, die Sie herausbekommen können, marginal.

Das zweite Problem, das ich ganz kurz ansprechen möchte – es ist eines meiner neuesten Steckenpferde –, bezieht sich auf die Frage, welche Risiken alloziiert werden können. Das zentrale Problem besteht darin, dass Sie bei Rentenversicherungen, Krankenversicherungen und Pflegeversicherungen im Prinzip langfristige Probleme haben. Bei der Rentenversicherung ist es klar. Bei der Krankenversicherung liegt das langfristige Problem in der Veränderung der Risikostruktur des menschlichen Körpers. Mit jedem Jahr, das wir älter werden, nimmt die Wahrscheinlichkeit zu, eine Krankheit zu bekommen. Es ist nicht so, dass wir jedes Jahr eine neutrale Ziehung hätten. Wahrscheinlich nimmt die Veränderung der Risikosituation mit jedem Jahr zu, das wir leben. Das Risiko möchte ich gern versichern. Die Deutschen haben so etwas Ähnliches mit ihren langfristigen Krankenversicherungsverträgen geschafft, bei denen sie in jungen Jahren eine viel höhere Prämie bezahlen als ihrem Risiko entspricht. Aber die Konse-

quenz, die ich daraus ziehen würde, bedeutet, dass Sie diese Fragen im Wesentlichen aus dem Markt herausnehmen müssen. Das sind die Vorgeplänkel. Diese erste Folie bezog sich auf meine theoretische Basis.

Wenn Sie sich ansehen, was der Kapitalmarkt leisten kann, steht hier: Portefeuille- und Hedging-Strategien sind zeitpunktbezogen. Das heißt, sie sind Augenblicksrisikoverteiler. Sie verteilen die Risiken, die in einer gegebenen Situation vorhanden sind, auf mehrere Köpfe. Was sie nicht können, ist das Risiko in der Zeit zu transportieren. Risiko transportieren sie in der Zeit, das gebe ich zu, durch Kapitalansammlung. Aber dieses Kapital muss dem Wettbewerb entzogen werden, sonst stellt sich jedes Jahr dieselbe Frage: Hätte ich es in Aktien angelegt oder eine andere Strategie verfolgt, hätte ich eine höhere Rendite erzielt. Wenn Sie jedes Jahr die Frage danach stellen, wie hoch die eine Rendite ist, wie hoch die andere Rendite ist, und Sie dann wechseln dürfen oder diesen Fonds dem Wettbewerb aussetzen, muss er sich jedes Jahr wie ein amerikanischer Pensionsfonds nach dem Markt orientieren. Dann ist er kurzfristig. Der amerikanische Pensionsfonds kann keine langfristigen Risiken versichern. Er kann nur die kurzfristigen Risiken streuen.

Meine Idee im Zusammenhang mit Umlageverfahren ist, dass langfristige Bevölkerungsschocks, aber auch Schocks, die vom Kapitalmarkt ausgehen – auch der Kapitalmarkt zeigt langfristige Wellen –, nur durch einen Fonds oder ein Wertpapier, das ich ein Staatswertpapier nenne, gesichert werden können. Insofern ist meine Idee: Die Kapitalfundierung solcher Systeme erzeugt mehr Risiken, als sie aus dem Markt und aus dem System, herausnimmt.

**Prof. Dr. Christoph Butterwegge, Universität Köln:**

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich will aus der Not eine Tugend machen. Man sagt, den Letzten beißen die Hunde. Ich kann vielleicht kaum noch etwas Neues vorbringen. Das, was ich vorbringen kann, kann man nachlesen. Ich will meine Position als letzter Redner nutzen, um einen Blick zurück zu starten. Ich knüpfe an eine Bemerkung von Herrn Dr. Klös an, der Herrn Schleicher, den Chefkoordinator vor PISA, mit der Bemerkung zitiert hatte: Wer keine Daten habe, habe nur noch eine Meinung. – Ich drehe rückblickend auf das, was hier vorgetragen wurde, die These um und sage: Sie haben eine Meinung und besorgen sich dazu die passenden Daten. Anders ausgedrückt: Wenn Sie die Deutsche Bank oder ihren Vertreter, wenn Sie die Bertelsmann Stiftung oder ihren Vertreter, wenn Sie das Institut der Deutschen Wirtschaft oder ihren Vertreter oder auch den DBG oder dessen Vertreter haben, werden Sie beim Thema demographischer Wandel im Grunde nur das hören, was sonst eigentlich auch von diesen Institutionen und Organisationen vertreten worden wäre, nur bezogen auf die These, der demographische Wandel erfordere das. Ich behaupte, das, was hier gefordert worden ist, die Verlängerung der Lebensarbeitszeit, die Erhöhung des Renteneintrittsalters, der Übergang zur kapitalgedeckten Rente oder gar Studiengebühren und Schulgeld – an dem Punkt mache ich einen Einschub. Hier scheint es einen Rückfall in die sozialpolitische und bildungspolitische Postmoderne zu geben – von der Postmoderne gewissermaßen ins Mittelalter zurück. Wir haben schon einmal das Hörergeld gehabt. Wir haben schon einmal das Schulgeld gehabt. Das gilt heutzutage – das ist meine Beobachtung auch in dieser Diskussion – als hoch innovativ. All das, was hinter den Sozialstaat zurückfällt, kann man heute als besonders modern verkaufen.

Damit bin ich beim ersten Punkt, der mir sehr wichtig ist. Churchill wird der Satz zugeschrieben, er glaube nur an die Statistiken, die er selber gefälscht habe. Jeder hier bringt Zahlen und Daten mit. Ich traktiere Sie nicht mit Statistiken und Zahlen. Ich versuche, kritisch zu beleuchten, was mit diesen Daten und Fakten an vorgefertigter Meinung und existenter Interessen im Grunde nur noch legitimiert wird.

Mir scheint ganz offensichtlich – das ist meine erste These –: Mit Statistik oder mit Mathematik in Bezug auf den demographischen Wandel wird ganz erheblich Politik gemacht. Hier war auf einer Folie vom Jahr 2100 die Rede. In den Medien, die ich sehr kritisch beobachte, war die Rede vom Jahr 2100. Die Wochenzeitung „Die Zeit“ schreibt: „Im Jahr 2100 wird es nur noch 25 Millionen Deutsche geben“. Ich sage: Das ist nicht nur Prophetie, sondern das ist Scharlatanerie. Natürlich weiß niemand, welche Bevölkerungsentwicklung und welche Veränderungen es im Jahr 2100 geben wird. Ich sage damit nicht, man könne nicht über demographischen Wandel reden. Ich behaupte auch nicht, dass es ihn nicht gebe. Aber seriös kann man ins Jahr 2020, vielleicht auch ins Jahr 2030 gucken, insbesondere deshalb, weil die meisten derjenigen, die leben werden, heute schon geboren sind. Aber man kann natürlich nicht in die Jahre 2050, 2060, 2080 – wie ich das im Landtag von Sachsen in Dresden von einem Fachkollegen erlebt habe – oder gar in das Jahr 2100 sehen.

Stellen Sie sich einmal vor, ein Bevölkerungswissenschaftler hätte im Jahr 1900 prophezeien sollen, wie die demographische Struktur des Deutschen Reiches 50 Jahre später im Jahre 1950 aussieht. Er hätte übersehen, dass es das Deutsche Reich nicht mehr gibt. Er hätte zwei Weltkriege übersehen. Jetzt soll das Ganze sogar für 100 Jahre prognostiziert werden. Ich glaube, dass ist unseriös. Das muss auch zurückgewiesen werden als ein Versuch, bestimmte politische Interessen im Bereich etwa der Sozialpolitik anhand solcher Prognosen, die sich seriös geben, es aber nicht sind, besser durchsetzbar zu machen.

Damit bin ich bei meinem zweiten Punkt angelangt. Sicherlich provozierend und überspitzt formuliert, sage ich: Demographie wird benutzt als Mittel der sozialpolitischen Demagogie. Wenn nämlich der demographische Wandel durchaus plausibel so gedeutet wird, es gebe sehr viel mehr Menschen mit einer höheren Lebenserwartung, die deshalb auch längere Zeit Renten beziehen werden, dann leuchtet es auf den ersten Blick sofort ein zu sagen: Es gibt eigentlich nur zwei Möglichkeiten. So wird dieses Thema auch in der Öffentlichkeit diskutiert: Entweder senkt man drastisch die Renten oder man erhöht drastisch die Beiträge. Ich sage, das ist eine sozialpolitische Milchmädchenrechnung, weil alle dritten Möglichkeiten von vornherein ausgeblendet werden. Man könnte z. B. stattdessen andere Gruppen in die gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen: die Beamten, zu denen ich gehöre, die Abgeordnete, zu denen Sie zum Teil gehören, die Minister. Man könnte die Selbständigen und die Freiberufler in die gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen. Damit würde man Probleme, die ich gar nicht leugne, zwar nicht lösen. Aber man würde zumindest schon einmal einen Ansatzpunkt haben. Mir leuchtet überhaupt nicht ein, warum nicht eine andere Möglichkeit ergriffen wird, nämlich die Möglichkeit, die Beitragsbemessungsgrenze zu erhöhen. In unserer gesetzlichen Rentenversicherung ist es so, dass bei 5.150 € – im Westen wohlgemerkt – die Solidarität aufhört. Jeder Cent und jeder Euro, den jemand darüber verdient, trägt mit keinerlei Beitrag, auch nicht mit dem des Arbeitgebers, zur Finanzierung der Altersvorsorge in der Bundesrepublik bei. Ich formuliere: Das ist natürlich systemwidrig. Bei 5.150 € Monatsverdienst – ich gehöre zum Glück zu der Gruppe, die einiges mehr verdient – fängt Solidarität eigentlich erst an, Spaß zu machen. Wir aber

beschneiden durch die Beitragsbemessungsgrenze sozusagen die soziale Verantwortung derjenigen, die sehr viel mehr verdienen. Mir leuchtet überhaupt nicht ein – ich weiß, es kommen verfassungsrechtliche Bedenken, wenn auf die Schweiz verwiesen wird, wo ein Millionär in die gesetzliche Altersversicherung einzahlt, ohne deshalb eine entsprechend hohe Rente im Alter zu beziehen –, warum es nicht möglich sein soll, mit der Beschränkung und der Deckelung der Renten diejenigen, die besser verdienen, zur Altersvorsorge für diejenigen beitragen zu lassen, die sich eine solche Finanzierung nicht leisten können.

Mit dieser Form der Argumentation wird im Grunde suggeriert, die Höhe der Rente sei eine Frage der Biologie. Ich sage Ihnen: Die Höhe der Rente ist keine Frage der Biologie, sondern sie ist eine Frage der Ökonomie und der Politik. Erstens: Wie hoch ist der gesellschaftliche Reichtum, der erwirtschaftet wird? Zweitens: Wie wird dieser gesellschaftliche Reichtum auf die verschiedenen Gruppen und auf die verschiedenen Altersgruppen einer Gesellschaft verteilt? Da genau liegt das Problem. Die Gesellschaft der Bundesrepublik wird trotz des demographischen Wandels immer reicher. Sie war noch nie so reich wie heute, obwohl ihre demographische Struktur bei weitem nicht mehr so günstig ist, wie im Jahre 1900, als zwölf Erwerbsfähige einen Rentner ernähren mussten. Dieses Verhältnis hat sich immer mehr verschlechtert. Obwohl das so war, ist der Sozialstaat gleichzeitig ausgebaut worden. Das ging deshalb, weil der gesellschaftliche Reichtum, weil die Arbeitsproduktivität, weil das Bruttoinlandsprodukt gestiegen sind. Genau dieser Prozess, das sagen seriöse Prognosen wie z. B. das Gutachten der Prognos AG aus Basel für die Rürup-Kommission, setzt sich fort. Das Problem ist nicht, dass die Gesellschaft altert, sondern dass Arm und Reich als Kluft in der Gesellschaft bestehen, dass aber der gesellschaftliche Reichtum im Grunde immer ungerechter auf diejenigen Menschen verteilt wird, die eine Rente bekommen müssen, weil sie das entsprechende Alter erreicht haben.

Ich komme auf ein Stichwort zu sprechen, das in der Diskussion über den demographischen Wandel eine zentrale Rolle spielt, das aber, wenn ich richtig zugehört habe, von meinen neun Vorrednerinnen und Vorredner bisher noch nicht erwähnt worden ist, nämlich das Stichwort Generationengerechtigkeit. Es wird suggeriert, als seien die Alten – die Rentnerinnen und Rentner – reich und als seien die Jungen arm. Ich bin jemand, der das Problem der Armut und insbesondere das von Kindern und Jugendlichen sehr intensiv erforscht hat. Ich weiß, wovon ich spreche, wenn ich Ihnen sagen, wir beobachten das, was der Kollege Richard Hauser von der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt am Main als „Infantilisierung der Armut“ bezeichnet hat, nämlich eine Verjüngung der Armut. Wir haben 1,08 Millionen Kinder und Jugendliche, die in Sozialhilfehaushalten leben. Wir haben 2 bis 2,8 Millionen Kinder und Jugendliche, die arm sind, wenn man andere Kriterien zugrunde legt, die besser als der Sozialhilfebezug sind.

Es ist richtig, dass viele der Jungen ärmer werden. Aber gleichzeitig hatten wir auch noch nie so viele reiche Kinder. Sehr Wohlhabende verschenken unmittelbar nach der Geburt ihres Kindes einen Teil ihres Vermögens, einen Teil ihres Wertpapierdepots aus steuerlichen Gründen an ihre Kinder. Dasselbe stellen wir bei alten Menschen fest. In der Tat gibt es heute viele Rentnerinnen und Rentner, die auf Teneriffa und Mallorca überwintern, zum Teil deshalb, weil dort die Lebenshaltungskosten niedriger sind. Wir haben aber immer noch viele Hunderttausend vor allem Rentnerinnen, Frauen, die im Alter mit Minirenten zwischen 450, 500 bis 600 € auskommen müssen. Dieses Schlagwort der Generationengerechtigkeit – ich würde sogar von einem politischen Kampfbegriff reden – lenkt im Grunde davon ab, dass wir vermehrt Ungerechtigkeit in jeder Gene-

ration haben. Die Kluft, die unsere Gesellschaft durchschneidet, ist nicht die zwischen Jung und Alt, sondern es ist nach wie vor die zwischen Arm und Reich. Die einen werden immer reicher und die anderen zahlreicher, nämlich diejenigen, die relativ wenig zur Verfügung haben. Da liegt das zentrale Problem. Ich glaube, dass diese Diskussion über den demographischen Wandel in den letzten Monaten und wenigen Jahren noch nie so intensiv seit der Spätphase der Weimarer Republik geführt wurde und dass diese Diskussion insbesondere im Zusammenhang mit dem Schlagwort der Generationengerechtigkeit vom eigentlichen Problem ablenkt.

Der nächste Punkt, zu dem ich etwas ausführen möchte, ist das Stichwort der Nachhaltigkeit, das bei den Vorrednerinnen und Vorrednern angeklungen ist. Ich bin ein großer Befürworter der Nachhaltigkeit im ökologischen Bereich. Bei dem Versuch, den Begriff der Nachhaltigkeit jetzt in den Bereich der Finanzpolitik zu übertragen, und zu glauben, es mache Sinn, von fiskalischer Nachhaltigkeit zu sprechen, sind – wie ich glaube – wieder ideologische Elemente mit im Spiel, weil so getan wird, als sei das Geld so etwas wie ein fossiler Brennstoff. Ein fossiler Brennstoff verbrennt in der Tat und dann ist er weg. Deshalb muss man nachhaltig mit ihm umgehen. Das Geld verbrennt aber nicht, auch wenn Jugendliche in dem Zusammenhang von Kohle sprechen, sondern es wandert nur von einer Tasche in die andere. Anders gesagt: Es ist meistens in den falschen Taschen oder es ballt sich in wenigen Taschen. Darin liegt das Problem.

Ich weiß nicht, ob es auch der Finanzminister in Hessen in diesem hohen Hause getan hat, so lange dieser Plenarsaal noch besteht, aber ich weiß, dass viele andere Finanzminister sehr häufig und immer häufiger in dem Zusammenhang über Nachhaltigkeit sprechen und sagen: Die öffentlichen Haushalte müssen konsolidiert werden. Wir leben auf Kosten der nachfolgenden Generationen. – Das scheint nur so. In Wirklichkeit ist natürlich sowohl das, was ein Staat an Krediten aufnimmt, als auch das, was Gläubiger davon an Zinsen kassieren, auf jede Generation verteilt. Sie haben gewissermaßen diejenigen, die Staatsverschuldung in ihrem Depot haben, und Sie haben diejenigen, die sehr viel mehr Steuern aufbringen müssen, damit diese Schulden zurückgezahlt werden. Daraus schlussfolgere ich: So liegt das Problem nicht. Es ist kein Problem zwischen den Generationen. Es ist kein Problem der Nachhaltigkeit, sondern es ist eine Frage der Verteilung zwischen Arm und Reich in unserer Gesellschaft.

Ich komme auf den letzten Punkt zu sprechen, den ich insbesondere sehe, wenn ich solche Schlagzeilen lese wie etwa im „Spiegel“. Vielleicht kennen Sie das Titelbild der Ausgabe Nummer zwei dieses Jahres: Ein Baby in schwarz-rot-goldenen Windeln, darunter steht „Der letzte Deutsche“. – Im „Spiegel“ steht: „Das mag pathetisch klingen. Es geht um den Bestand des deutschen Volkes.“ – Das sagt dasselbe Nachrichtenmagazin, das vor zehn Jahren in der Asyldebatte Anfang der Neunzigerjahre das Titelbild mit einem Boot, an das sich viele Flüchtlinge klammerten, gebracht hat. Die Botschaft war: Wir sind voll. Wir sind hier in der Bundesrepublik Deutschland schon so stark überbevölkert, dass wir niemanden mehr aufnehmen können. – Ich sage, wenn man die 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung – viele Vorredner haben von Schätzung gesprochen – des Statistischen Bundesamtes nimmt und die mittlere Variante fünf wählt, sinkt die Bevölkerung der Bundesrepublik von jetzt 82,5 Millionen Einwohner auf 75,1 Millionen Einwohner. Das ist ein Rückgang von weniger als 10 %. Wir wären immer noch eines der am dichtesten bevölkerten Länder dieser Erde und wir hätten die Bevölkerungsdichte, die wir hatten, als ich Anfang der Siebzigerjahre den Führerschein gemacht habe. Ich sage Ihnen, obwohl die Wochenzeitung „Die Zeit“ titelt und eine ganze Serie unter dem Stichwort Land ohne Leute macht: Ich bin damals mit meinem



Führerschein durch ein Land gefahren, in dem es zwar mehr Parkplätze gab, aber man traf auf jeden Fall ständig und überall noch Leute.

Meine letzte Bemerkung: Da ich nicht nur Armutsforscher und Sozialstaatsforscher, sondern auch Rechtsextremismusforscher bin, habe ich immer Probleme damit, wenn – wie es Herr Dr. Klös vorsichtig ausgedrückt hat – von bevölkerungsorientierter Familienpolitik gesprochen wird. Die Presse – von der „FAZ“ über „Die Welt“ bis zur „Berliner Zeitung“, die ich in diesem Diskurs beobachtet habe und den ich als Demographiediskurs bezeichne – spricht von aktiver Bevölkerungspolitik, die gemacht werden müsste. Nun ist das möglicherweise legitim. Ich denke aber doch, dass man in Deutschland nicht so einfach und ein bisschen unsensibel darüber sprechen kann wie etwa in Kanada oder in Norwegen. Das hat bei uns immer noch bestimmte historische Assoziationen. Wir müssen auch sehen, dass Rechtsextremisten und Neonazis – ohne dass ich jetzt den „Spiegel“ oder „Die Zeit“ in irgendeiner Weise in diese Nähe rücken möchte – immer schon die Sorge umgetrieben hat, das deutsche Volk könne aussterben. Wenn wir nicht aufpassen und sehen, dass dieser Demographiediskurs sehr sensibel geführt wird, geben wir natürlich Rechtsextremisten, die in anderen Landesparlamenten schon Einzug gehalten haben, regelrechte Steilvorlagen. Deswegen warne ich davor, Katastrophenszenarien aufzumachen. Der demographische Wandel existiert und wirft auch Probleme für die Stadtplanung, für die Regionalplanung, für die Sozialplanung auf – gar keine Frage, man muss sich darüber Gedanken machen, wie man damit umgeht –, aber dieser demographische Wandel darf nicht zu Katastrophenszenarien benutzt werden, um damit bestimmte ökonomische und politische Interessen durchzusetzen, sondern man muss damit sozialverantwortlich umgehen und versuchen, solidarisch die damit verbundenen Probleme zu bewältigen.

#### Diskussion:

**Vorsitzender:** Herzlichen Dank, Herr Prof. Dr. Butterwegge. Ich bedanke mich an dieser Stelle der Anhörung bei allen zehn Fachfrauen und Fachmännern für Ihre Ausführungen. Wir haben erleben dürfen, dass auch dieses Thema eine Bandbreite von Fakten, Kenntnissen, Informationen und Interpretationen bereithält. Ich weiß, was es für einen gestandenen Abgeordneten oder Abgeordnete bedeutet, dreieinhalb Stunden zuzuhören. Deswegen eröffne ich jetzt die Diskussion. Wir haben uns einen Zeitrahmen gegeben. Aber wir waren bisher so diszipliniert, dass ich keinen Zweifel daran habe, dass wir ihn auch weiterhin einhalten werden. – Frau Abg. Schulz-Asche, Sie haben das Wort.

**Abg. Kordula Schulz-Asche:** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich bedanke mich zunächst bei all denjenigen, die hier gesprochen haben. Sie haben ein umfassendes Bild über die Positionen gegeben, die gerade zum Thema demographischer Wandel in der Bundesrepublik in den Bereichen Wirtschaft und Finanzen diskutiert werden. Es war ein Abbild dieser Diskussion, was ich sehr schätze.

Ich möchte gar keinen großen inhaltlichen Beitrag leisten, weil mein Problem darin besteht, dass ich aus dieser Anhörung mit mehr Fragen herausgehe, als ich hereinge-

kommen bin. Ich habe einige Antworten ansatzweise gehört, aber ich muss ehrlich sagen, dass ich keine grundsätzliche Bewertung abgeben möchte.

Ich möchte jedoch eine Frage stellen. Ich habe den Eindruck, dass bei allen Anzuhörenden die Entwicklung der Beschäftigtenpotenziale in Bezug auf alle Größen – sowohl was die Steueraufkommen als auch das Arbeitskräftepotenzial anbelangt – eine Rolle gespielt hat. Wir haben einige Graphiken gesehen, in denen der prozentuale Anteil der Erwerbsfähigen hochgerechnet wurde, sei es nur auf die ältere Bevölkerung – das gibt dann ein großes Problem – oder auf Ältere und Jüngere bezogen, bei denen sich das Problem relativiert. Uns wurden Prognosen wie die von der OECD vorgestellt, die mit verschiedenen Ansätzen wie Erhöhung der Frauenerwerbsquote, bessere Bildung, Produktivitätsentwicklung durch lebenslanges Lernen arbeiten. Wenn ich das richtig verstanden habe, haben diese Prognosen einzelne Aspekte für sich, aber nicht alle zusammen berücksichtigt. Das ist ein ganzer Bereich von Faktoren, welche die Potenziale der Erwerbstätigen – die Frauenerwerbsquote sei hier als Stichwort genannt – erhöhen.

Ich habe jedoch keine nachvollziehbare Berechnung gesehen, in der diese Komponenten tatsächlich einmal zusammengefasst wurden und in der tatsächlich gesagt wurde, wie sich das Erwerbstätigenpotenzial real und nicht prozentual gemessen an der Gesamtbevölkerung in der Summierung der verschiedenen Varianten entwickeln wird. Herr Dr. Klös hatte eine sehr schöne Graphik mit den verschiedenen Varianten der OECD-Studie gezeigt. Aber auch da hat man gesehen, dass das nicht alle schaffen. Mich interessiert die spezifische Situation in Hessen, wenn man mehrere Komponenten zusammen nehmen würde, da Hessen, zumindest im südlichen Hessen, ein Gebiet mit wirtschaftlicher Dynamik und Zuwanderung ist. Das ist eine meiner zentralen Fragen, weil sowohl das Steueraufkommen, die Zukunft der öffentlichen Haushalte als auch die Erwerbstätigkeit und die Produktion – in welchem Gewerbe auch immer – zentrale Schlüssel sind. Das ist meine zentralste Frage, auf die ich mich im Moment beschränken möchte.

**Frau Dr. Anette Reil-Held:** Ich habe den Eindruck, dass ich probiert habe, darauf zu antworten. Vielleicht habe ich Sie auch falsch verstanden. Ich habe versucht, die Entwicklung der Erwerbstätigen in Hessen bis 2050 hochzurechnen. Dieser Entwicklung der Erwerbstätigenzahlen liegt eine Kombination der verschiedenen Parameter zugrunde. Ich gehe davon aus, dass sich die Erwerbsbeteiligung der Frauen stärker als die der Männer in mittleren Altersklassen steigert. Ich kann Ihnen gleich zeigen wie. Ich habe leider keine Folie dabei. Ich gehe ebenfalls davon aus, dass die Erwerbsbeteiligung der jüngeren Arbeitnehmer etwa gleich bleibt. Sie werden die Schule wahrscheinlich früher verlassen, dafür steigt aber das Qualifikationsniveau insgesamt, was einen kompensierenden Effekt hat. Ich habe mir angesehen, was passiert, wenn die Erwerbsbeteiligung älterer Männer und älterer Frauen noch stärker erhöht wird. Diese drei Effekte zusammen genommen, ergeben die Erwerbstätigenzahlen, die ich Ihnen präsentiert habe.

Lässt man die altersspezifischen Quoten konstant, wird es einen Rückgang von 700.000 Erwerbstätigen geben. Wenn man aber das Renteneintrittsalter drei Jahre nach hinten verschiebt, sich die Frauenerwerbsbeteiligung an die der Männer in etwa um die Hälfte angleicht und die Arbeitslosenquote halbiert wird, bekommen wir – die bundesweite Schätzungen auf Hessen übertragen – das zweite Szenario, das ich vorhin gezeigt habe, nämlich einen Rückgang um etwa 400.000 Erwerbstätige. Das ist das Potenzial der Erwerbstätigen. Man muss hier unterscheiden, weil ein Potenzial stille

Reserven einschließt. Außerdem sind die Arbeitslosen nicht in meiner Betrachtung enthalten. Hier geht es tatsächlich um die effektiv Erwerbstätigen.

Abg. **Kordula Schulz-Asche**: Das habe ich vorhin nachvollzogen. Es fehlt hier aber ein Faktor wie die Produktivitätssteigerung durch lebenslanges Lernen. Dieser ist in ihrer Berechnung nicht enthalten. Wenn man die gesamtgesellschaftliche Entwicklung über einen längeren Zeitraum berechnen möchte, müsste man auch die individuelle Steigerung der Produktivität der dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte einrechnen.

Frau **Dr. Anette Reil-Held**: Wenn wir auf das gesamte Produktionsergebnis abzielen, dann muss man sich die Produktionsfaktoren ansehen – es bestehen mehr Faktoren als der Arbeitsmarkt. Aber der Input, die Anzahl der Erwerbstätigen, ist schon der entscheidende Faktor. Er trägt in Deutschland zu zwei Drittel zum Output bei. – Diese Rechnung setzt voraus, dass wir in Deutschland nach wie vor einen Produktivitätsfortschritt in unverändertem Ausmaß beobachten werden.

Frau **Prof. Dr. Gisela Färber**: Sie haben natürlich eine zentrale Frage angesprochen. Eine Sanierung des Arbeitsmarktes ist die Voraussetzung dafür, dass sämtliche Reformen, die wir hier heute auch mit Blick auf die demographische Entwicklung unternehmen, in irgendeiner Form ziehen können.

Was wir von der ökonomischen Seite heute machen können, sind Modellrechnungen. Das sind keine Prognosen. Aber man kann die im Raum stehenden demographischen Parameter in der Altersgruppe der Menschen, die potenziell erwerbsfähig sind – wie wir gesehen haben, kann man an den Altersgrenzen ziehen, man kann die Erstausbildung verkürzen – entsprechend verändern, um das Arbeitsvolumen zu beeinflussen. Man kann aber keine Prognose darüber abgeben, was man machen soll. Ich erinnere mich an meine erste demographische Studie, in der ich davon ausging, dass ganz allein durch Saldenmechanik im Jahr 2000 Vollbeschäftigung herrschen würde, weil dann die Erwerbspersonenzahl so weit geschrumpft sein würde. Die Realität hat mich ja völlig überholt.

Solche Modellrechnungen können aber zeigen, an welchen Parametern die Politik arbeiten kann, um den rein demographischen Rückgang der Erwerbspersonen aufzufangen. Eine Erhöhung der Erwerbsquote der Frauen auf ein Volumen, wie wir es in anderen Volkswirtschaften haben, würde z. B. bis 2030 die meisten zu befürchtenden Personalengpässe kompensieren. Es ist Sache der Politik, das z. B. durch Anreize zu erreichen. Das spiele ich jetzt an Sie zurück. Die Wissenschaft kann nur zeigen, wo Stellschrauben sind und wo man unter Umständen die Rahmenbedingungen so setzen kann, dass die Menschen die Probleme selbst auffangen.

Herr **Prof. Dr. Roland Eisen**: Das Problem ist, wie Sie es gestellt haben, wahrscheinlich gar nicht zu lösen. Die Ökonomen oder wer auch immer machen sich zunächst ein Modell. In einem Modell muss man immer viele Dinge konstant halten oder exogen betrachten, um dann zu sagen: Ich interessiere mich für ganz bestimmte Faktoren. – Obwohl man ein schönes globales makroökonomisches Modell wirklich haben sollte. Alles

das, was bei Börsch-Supan in globalen Modellen z. B. über den Kapitalzins gerechnet wird, enthält immer sehr starke Annahmen, wie sich die Arbeit entwickelt oder wie sich andere Dinge entwickeln, sodass es immer noch keine gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtsmodelle sind. Selbst in einem gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtsmodell, bei dem Sie sehr viele Variablen hätten, mögen Sie sehr viel konstant setzen. Dann können Sie immer nur fragen, was passieren würde, wenn ich einen dieser Parameter verändere. Wenn Sie alle verändern, wie Sie es gern hätten, kommt etwas heraus, was Sie nicht mehr wissen. Sie wissen dann nicht, auf welchen Faktor es zurückzuführen ist.

Hier gebe ich Frau Prof. Dr. Färber Recht, die sagt: Wir müssen bestimmte Parameter anschauen, die vielleicht veränderbar sind. – Herr Dr. Klös hat das Anreize, Effizienz und Rente genannt. Ich würde Rente weglassen und sagen: Wir bleiben bei Anreizen und Effizienz. – Man kann vieles in diesem System noch effizienter machen. Man kann an vielen Stellen vielleicht noch sparen. Das kann man wahrscheinlich überall. Vor allem aber sind bei uns viele Anreize falsch gesetzt, z. B. das frühe Ausscheiden aus dem Arbeitsleben – für die Unternehmer wird es sehr billig und für den Rentner wird es sehr gut. Da scheint etwas falsch zu sein. Wir müssen zunehmend wieder in die Alten investieren. Wir als Professoren tun das von allein. Wir haben immer die Konkurrenz der Jungen. Man muss ja noch ein bisschen was tun, aber andere tun das nicht mehr. Die Unternehmen haben z. B. kein Interesse daran – das wurde auch als Argument genannt –, noch in über 45-Jährige zu investieren. Das ist falsch, denn er ist mindestens noch 20 Jahre da. Wenn ich die Unternehmer und Betriebswirte rechnen höre, rechnen sie mit einer Investitionsperiode von sieben bis zehn Jahren. Der Volkswirt rechnet mit unendlich. Wenn ich einen Mitarbeiter für 20 Jahre habe, kann ich doch noch einmal investieren.

**Abg. Dr. Thomas Spies:** Ich habe vier Fragen an unterschiedliche Referenten. Frau Prof. Dr. Färber, Sie haben uns sehr eindrucksvoll die Konsequenzen für die Ausgaben und den Bedarf öffentlicher Haushalte dargestellt und regionale Wirkungen deutlich gemacht. Das bringt mir auf den ersten Blick die Verpflichtung nahe, in großräumigeren Einheiten für die Ausgleiche zu denken. Vielleicht ist die Kategorie in Werra-Meißner in 30 Jahren nicht mehr sinnvoll. Der Landkreis Werra-Meißner ist der Landkreis in Hessen, der die stärkste Alterung und den stärksten Bevölkerungsschwund zu erwarten hat. Vielleicht sollten wir nicht mehr in der Kategorie Werra-Meißner und Stadt Frankfurt rechnen.

Sie haben in einer Nebenbemerkung auf etwas verwiesen, was ich nicht verstanden habe. Es wurde heute an sehr vielen Stellen die Frage der Erwerbstätigenzahlen, aber auch die Frage der Produktivität in den wirtschaftlichen Zusammenhängen aufgeworfen. Sie haben zwei Aspekte des Problems der öffentlichen Haushalte dargestellt, nämlich einerseits die Ausgabenproblematik – Veränderung von Strukturen – und andererseits die Tatsache, dass weniger Steuerzahler und mehr Rentner zu geringeren Steuereinnahmen führen, was nach meinem Verständnis wie eine Kopfzählung klingt. Wenn die Produktivität eine solche Rolle spielt, lautet doch die eigentliche Frage: Würden wir von Produktivitätsgewinnen den angemessenen Anteil für das Steueraufkommen abschöpfen, wären Alterungen kompensiert und das Problem hinsichtlich der Steuereinnahmenseite damit schon gelöst. – Könnten Sie dazu noch etwas sagen?

Ich vermute einen Widerspruch. Sie haben sich sehr deutlich zu sehr unterschiedlichen regionalen Wirkungen des demographischen Wandels in Bezug auf Schuldenstände,

Pensionslasten, Steuerergiebigkeit geäußert und auch darauf hingewiesen, dass das Schuldenrisiko mit zunehmender Dezentralität höher wird: Bei einer kleinen Kommune besteht viel mehr die Gefahr, wenn sie sich hoch verschuldet, ob sie das noch in den Griff bekommt. Gleichzeitig haben Sie kurz danach die Dezentralisierung von Kompetenzen und die Regionalisierungen auch durch eine Autonomie im Steueraufkommen gefordert. Mir erscheint das als Widerspruch. Vielleicht können Sie ihn auflösen.

**Frau Prof. Dr. Gisela Färber:** Herr Dr. Spies, auf Ihre Frage, ob die Landkreise noch relevant seien, nur eine kurze Antwort, Sie haben sie auch nur als Frage als Ganzes eingeworfen: Noch produzieren die Institutionen die öffentlichen Güter und Leistungen. Sie können sich gern die Frage stellen, welche räumliche Institutionenstruktur wir im Lande brauchen, um mit der Demographie umzugehen: Stärkt das Ebenen auf der RP-Ebene in Hessen? Müssen Sie dort mehr Selbstverwaltung einbauen? – Es ist ohnehin eine Frage, die ich für den Wandel von Institutionen im föderalen Staat für ganz wichtig halte, nämlich inwieweit man als Verwaltungs- wie auch als Selbstverwaltungsebene möglicherweise einen Umbau gestaltet, wie man die Landkreise, die früher als untere Landesebene wirklich Befehlsempfänger waren, heute auch ein Stück kommunalisiert. Deswegen Glückwunsch zu der Frage, was man dort machen kann.

Zur Frage nach dem Rückgang der Ergiebigkeit des Steuersystems. Sie können natürlich generell mit Produktivität Rückgänge bei den Erwerbstätigenzahlen ausgleichen. Sie können mit Produktivität unter Umständen auch Verteilungsspielräume zwischen Jung und Alt eröffnen. Mein Doktorvater Bert Rürup hat schon vor 25 Jahren in seinen ersten Publikationen zum Rentenproblem im Zuge der demographische Entwicklung gesagt: Mit Produktivität kann ich alles Mögliche untertuneln. – Wenn Sie allerdings Produktivität forcieren, müssen Sie auch bedenken, dass die Produktivität im öffentlichen Sektor immer darunter liegt. Ich habe hier nur ein Problem isoliert, nämlich die Frage nach der Ergiebigkeit des Steuersystems. Hier ist es de facto auf jeden Fall so: Dadurch, dass Sie einen anderen Mix haben – wir Ökonomen arbeiten bei Analysen natürlich ceteris paribus erst einmal mit einem gleich bleibenden Steuersystem –, haben Sie eine nachlassende Ergiebigkeit. Ich bin zu dem Rechenergebnis gekommen, allein die demographische Entwicklung würde bedeuten, dass wir die Steuersätze um 12 % oder 14 % anheben müssten, um im Jahr 2050 das gleiche Pro-Kopf-Aufkommen der dann insgesamt geschrumpften Bevölkerung zu erreichen, weil das umgerechnet der Bedarfsträger ist. Sie bekommen solche Probleme. Die Produktivität allein kann Ihnen nur als gesamtwirtschaftlicher Spielraum zur Verfügung stehen. Sie müssen das Steuersystem natürlich ändern.

Ich beziehe mich auf meine „Milchmädchenrechnung“. – Diesmal habe ich sie als „Mädchen“ angestellt, die meisten Milchmädchenrechnungen, die heute zitiert worden sind, wurden von Männern angestellt und ich bitte im Gender-Kontext, sie auch als „Milchmännchenrechnungen“ zu bezeichnen. – Ich ziehe aus solchen Extrapolationen immer die Konsequenz, wie ich vorhin schon gesagt habe, Änderungsbedarf und Handlungsbedarf aufzuzeigen. Das heißt für mich: Das Steuersystem muss umgebaut werden. Ich habe z. B. im Kontext der Expertenkommission „Finanzierung lebenslangen Lernens“ den Vorschlagsteil geschrieben.

Sie müssen sich auch Gedanken darüber machen, wie Sie Aufwendungen für Bildung und Erträge von Bildung in Zukunft anders steuern. Eine der von den meisten Leuten noch für verrückt gehaltene Debatte in diesem Kontext ist: Wir müssen uns beispiels-

weise bei dem Begriff der Leistungsfähigkeit im Steuerrecht auch ein Stück davon weggeben, das am realisierten Einkommen festzumachen. Wenn ich freiwillige Nichterwerbstätigkeit habe und vor allem in Bildung sehr viel Subventionen zahle, dann ist – mein Lieblingsfeind – die habilitierte, nicht erwerbstätige Arztgattin im Grunde leistungsfähig, aber in unserem Steuersystem wird sie durch das Ehegattensplitting belohnt. Auch im Kontext der Demographie ist ein solches Steuersystem widersinnig. Sie müssen vielleicht sogar Leistungsfähigkeit an der Menge der bezogenen Bildungssubventionen mitmessen. – Ich gebe hier nur ein paar Ketzerideen in die Diskussion hinein, weil wir ganz viel Entwicklungsbedarf haben. Wir müssen uns von den Ideen, die zum Teil noch bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts oder selbst bis ins 19. Jahrhundert zurückreichen, hinsichtlich der Institutional Settings des Staates verabschieden und uns in eine neue Welt hineinbegeben, die mit den Herausforderungen von Demographie und vielleicht auch Globalisierung, die als Problemwirkungen ineinander greifen, zurecht kommen.

Zu Ihrer letzten Frage. Dass das Schuldenrisiko mit der Dezentralität wächst, hat damit zu tun, je kleiner die Institution auf der unteren Ebene ist umso anfälliger ist sie. Wenn die Leute aufgrund von Freizügigkeit wandern können, haben Sie natürlich sehr viel größere prozentuale Verwerfungen bei der Wanderung einer Person von A nach B. Das heißt, alte Schulden, müssen von immer weniger Menschen getragen werden.

Die Forderung nach Dezentralisierung ist überhaupt kein Widerspruch, denn zu einer Dezentralisierung von Handlungskompetenzen – ich nenne jetzt einmal Aufgaben, Gestaltungskompetenzen und anderes – gehört möglicherweise auch – im Rahmen der knappen Zeit ist das alles natürlich ein bisschen zu kurz gekommen – die Finanzverfassungen so zu schneiden, dass diese anderen Verantwortungen wahrgenommen werden können. Für mich hat immer Steuerautonomie dazugehört, denn ich muss mit meinen Bürgerinnen und Bürgern „raufen“ können, wie viel öffentliche Leistungen sie haben und wie viele Steuern sie dafür bezahlen wollen, auch für Umverteilungsaufgaben. Gerade bei der Staatsverschuldung muss ich die Regeln so schneiden, dass die Risiken tragbar sind. Sie wissen – Public Choice – Politiker neigen unglaublich gern dazu, die Folgen ihrer Handlungen in die Periode nach ihrer Wiederwahl hineinzuwerfen. Die Lastenverschiebungen bei den Rentenversicherungen, die wir seit Jahrzehnten beobachten, können nur durch konstitutionelle Vorkehrungen, also durch Institutional Design, beseitigt werden. Der vermeintliche Widerspruch kann durch Reformen aufgehoben werden.

**Herr Prof. Dr. Christoph M. Schmidt:** Ich möchte gern zwei Punkte anfügen. Wir haben heute sehr häufig das Wort Produktivität gehört. Ich möchte ganz gern Ihre Sensibilität dafür wecken wollen, dass das ein Konstrukt ist, welches man nicht einfach aus den Statistiken ablesen kann, auch nicht ex post. Im Grunde genommen ist der Arbeitsmarkt so, wie jeder andere Markt auch, einer, bei dem sich Angebot und Nachfrage in irgendeiner Form treffen müssen. Es gibt auf der Nachfrageseite, also auf der Seite der Arbeitgeber, sicherlich die Tendenz, wenn der Preis für jede effektive Arbeitsstunde höher ist, weniger davon nachzufragen. Es ist natürlich klar, dass der Arbeitsmarkt kein Markt wie der für Brötchen oder Kartoffeln ist, sondern dass langfristige Beziehungen eine Rolle spielen. Nichtsdestoweniger gibt es eine grundsätzliche Tendenz, weniger Arbeitsstunden nachzufragen, wenn es mehr kostet.

Man könnte die gemessene Produktivität perverser Weise dadurch erhöhen – das will niemand –, dass man die unproduktivsten Arbeitnehmer freisetzt. Dann ist die Produktivität natürlich höher. Das ist nicht das, was Sie gefragt haben. Sie fragen nach der Produktivität, die quasi die Verschiebung dieser gesamten Kurve ausmacht. In den gemessenen Statistiken sind natürlich die beiden Dinge eng miteinander verwoben. Deswegen sollte man sich auch nicht zu leicht von jemandem überzeugen lassen, dass die Messung in den Statistiken frei von dieser Verzerrung sei.

Der Punkt, der auf Ihre Frage eingeht, ist folgender: Wir haben ein bisschen aus den Augen verloren, dass neben dem demographischen Wandel ein weiterer Prozess in unserer Gesellschaft oder als Hintergrund für unser gemeinsames Zusammenleben und unser wirtschaftliches Zusammenleben abläuft, nämlich dass sich die Märkte international öffnen. Wir haben mit Sicherheit in den letzten Jahrzehnten erlebt und erleben es gerade in bemerkenswerter Weise, dass junge, talentierte hoch ausgebildete Arbeitnehmer sehr viel mehr Möglichkeiten haben, international tätig zu sein und das durchaus auch wahrnehmen. Sie haben, wenn man im Neudeutschen bleiben will, eine Outside-Option. Je mehr Sie glauben, Probleme, die durch den demographischen Wandel daheim entstehen, einfach durch eine Veränderung der Besteuerung, der Verteilung zwischen Erfolgreichen und weniger Erfolgreichen lösen zu können, um so mehr kreieren Sie das Problem, dass die Leute mit Outside-Option, die ich nicht ansatzweise quantifizieren kann, diese Outside-Option auch wahrnehmen. Dann schadet man denjenigen, denen man gerade helfen wollte, die keine Outside-Option haben, sondern hier bleiben müssen und hier eventuell arbeitslos sind.

**Abg. Dr. Thomas Spies:** Der letzte Hinweis war richtig. Deshalb hat die SPD im Godesberger Programm einige Grundprämissen über den Haufen geworfen. Sie haben mit Ihrer ersten Bemerkung im Grunde die Einleitung für meine nächste Frage an Herrn Dr. Klös geliefert. Erlauben Sie mir eine Vorbemerkung. Ganz am Anfang haben Sie darauf verwiesen, es wäre schön, wenn die Validität der Daten in der empirischen Wirtschaftsforschung so groß wie in der Demographie wäre. Als Replik auf die Ausführungen von Herrn Dr. Eicker-Wolf muss ich zugeben, ich bin Arzt, ich verstehe davon nichts, aber Sie haben alle meine Vorurteile bestätigt.

Eines habe ich dennoch nicht verstanden. Ich finde Ihre Darlegung über die Bedeutung von Bildung und Humankapital insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Produktivität, auch der Kompensation zwar außerordentlich lehrreich. Ich habe heute darüber sehr viel gelernt. Zum Schluss allerdings haben Sie in Ihren Konsequenzen auf die politischen Aufträge verwiesen, zum Teil auf die Umlenkung staatlicher Mittel in den verschiedenen Bildungssektoren. Dann kam zur Stärkung der Nachfrage nach Bildung die Einführung von Studiengebühren. Ich bitte Sie, mir das noch einmal zu erklären. Ich habe es immer so verstanden, dass wir die Lohnnebenkosten senken sollen, um die Nachfrage zu verbessern, weil Sachen dann billiger werden. Wenn ich den Gedanken zu Ende denke, dass wir das Studium teuer machen, damit mehr Leute studieren wollen, würde ich dringend dazu raten, die Lohnnebenkosten durch mehr Gesundheitsleistungen zu erhöhen, weil unsere Produkte dann mehr umworben werden. Ich habe das als Widerspruch wahrgenommen. Das mag mangelnde Kompetenz sein. Vielleicht können Sie mir das noch einmal erklären.

Herr **Dr. Hans-Peter Klös**: Ich hoffe, es schlicht und einfach erklären zu können: Ich bin sehr davon überzeugt, gute Argumente finden zu können, dass sich das auf einer fortgeschrittenen Stufe der bildungsbiographischen Leiter, wo das, was man als Humankapitalinvestition tätigt, bei sich selbst verzinst – man redet auch von Bildungsrenditen – und man dort eher von einem privaten als von einem öffentlichen Bildungsgut sprechen kann, weswegen an der Stelle das Prinzip von Angebot und Nachfrage stärker als bisher umgesetzt werden kann. Die Nachfrage kann man dadurch stärken, dass man den Nachfrager auch zum Finanzier macht. Wenn der Finanzier mit dem, was er als Finanzierungsanteil mitbringt, darüber mitbestimmen kann, welche Qualität der Ausbildung er auf der Angebotsseite erwarten kann, haben wir eine völlige Umkehrung der bisherigen Steuerungslogik.

Wenn hinzukommt, dass sich der Anbieter von Bildungsleistungen seine Studierenden selbst auswählen kann, wenn sich der Nachfrager von Bildungsleistungen den Anbietern von Bildungsleistungen selbst auswählen kann, statt sie über die ZVS zugewiesen zu bekommen, wenn der Anbieter von Bildungsleistungen, die Hochschule, darüber bestimmen kann, welches Personal sie hat, wie sie rekrutiert, wie sie das Portfolio an Dienstleistungen darstellt, haben wir in diesem Teil des Bildungsmarktes die Möglichkeit von Rückkoppelungseffekten, die im Ergebnis dazu führen, dass die Qualität der Bildungsdienstleistungen mit hoher Wahrscheinlichkeit zunehmen wird. Ich hoffe das zumindest.

Herr **Prof. Dr. Christoph M. Schmidt**: Ich möchte kurz noch etwas zu dieser Diskussion beitragen. Ihre Frage, demographische Variablen versus ökonomische Variablen, kann man ganz einfach und überzeugend beantworten: Herr Prof. Dr. Butterwegge hat es ganz richtig gesagt. Die in 2030 Anwesenden gibt es weitgehend schon. Das heißt, dass die demographischen Variablen solche sind, die weniger den Einflüssen aktueller oder künftiger Entscheidungen ausgesetzt sind als ökonomischer Variablen. Das macht sie natürlich leichter prognostizierbar. Dennoch gibt es – das ist mir ganz wichtig festzuhalten, weil das vorhin in einem Beitrag anklang – gute und schlechte empirische Arbeit. Es gibt gute und schlechte Statistik. Sie sind natürlich gezwungen, wenn Sie wirklich Verarbeiter unserer Informationen sein wollen, bis zu einem gewissen Grad ein Verständnis für Wahrscheinlichkeitstheorien wissenschaftlicher Arbeit aufzubringen, sonst können Sie nämlich nicht Gutes und Schlechtes voneinander unterscheiden. Sie müssen keine Wahrscheinlichkeitstheoretiker werden, aber ich glaube, dass es gute und schlechte empirische Forscher und gute und schlechte empirische Forschungen gibt. An Ihrer Stelle würde ich mir eine Bemerkung über Statistik, die sowieso nur Mist sei, nicht bieten lassen und dem nicht zum Opfer fallen wollen.

Abg. **Dr. Thomas Spies**: Frau Dr. Reil-Held, Sie haben uns eine sehr spannende Idee für die Anpassung der Relation aktiver Jahrgänge zu den nicht mehr oder noch nicht aktiven Jahrgängen geliefert. Ich habe an der Stelle nicht ganz verstanden, wie sich angesichts der Entwicklungen, die wir schon hinter uns haben und von denen manche behaupten, sie seien ein Problem – man kann ernsthaft diskutieren, ob ein Rentenbeitrag von 19 % ein Problem ist oder nicht und ob man ihn aus dem Lohn oder auch aus Beiträgen nehmen könnte, die nicht äquivalent wieder ausgezahlt werden, das würde die Sache viel leichter machen, ich bin da ziemlich dicht bei Herrn Prof. Dr. Butterwegge – die Lebensarbeitszeit unter der Prämisse der Vorausberechnungen entwickeln muss, um den Status quo zu stabilisieren. Die Renteneintrittsgrenze von 65 Jahren reicht



nicht. Wie weit müsste man das Rentenalter hinausschieben? Ich persönlich würde gern bis 70 Jahre arbeiten. Jedenfalls macht mir mein Job viel Spaß. Oder wie viele Jahre früher müsste man anfangen zu arbeiten? Haben Sie das errechnet? Können Sie mir sagen, worauf man hinauskommt?

**Dr. Anette Reil-Held:** Ich möchte hier keine rentenpolitische Diskussion aufmachen – es hat mich vorhin schon als Antwort auf Prof. Butterwegge in den Fingern gejuckt. Durch eine Auswahl des Umlageverfahrens wird das Problem des demographischen Wandels nicht gelöst.

Zum Renteneintrittsalter. Wir haben keinen isolierten Rechenbetrag, sondern betrachten es als Paket, weil wir wissen, dass eine Maßnahme allein nicht ausreicht. Außerdem muss bedacht werden, was mit dem effektiven Renteneintrittsalter passiert, wenn wir das gesetzliche Renteneintrittsalter heraufsetzen. Das ist keine einfache empirische Fragestellung. – Die Abbildung war mehr zur Illustration gedacht und zielte weniger auf die rentenpolitische Diskussion ab.

Es stellt sich zudem die Frage, was die Referenzgröße ist. Die aktuellen Beitragssätze sind nicht nur demographisch bedingt, es kommen auch andere z. B. kurzfristige konjunkturelle Aspekte hinzu. – Das wäre eine interessante Rechnung, ich muss überlegen, ob wir das simulieren könnten.

Wenn man allein mit dem Renteneintrittsalter den Beitragssatz stabilisieren möchte, stellt sich die Frage, wie hoch das Renteneintrittsalter liegen muss. – Die Maßnahmen, die die Rürup-Kommission vorgeschlagen hat, kann ich kurz vorstellen, um eine Größenordnung zu vermitteln. Sie hat vorgeschlagen, das gesetzliche Renteneintrittsalter um zwei Jahre zu verschieben, also von 65 auf 67 Jahre, über einen Zeitraum von 2011 bis 2035. Das macht einen Beitragssatz von 0,2 bis 0,3 % aus.

**Abg. Mark Weinmeister:** Ich weiß nicht mehr genau, wer die Darstellung gezeigt hat. Es gab einen Chart, auf dem die Zahl der Beschäftigten der über Fünfzigjährigen in anderen Ländern in Form einer Banane dargestellt worden war, während Deutschland dies nicht geschafft hat. – Ich hätte gerne eine Einschätzung dazu, warum dies in Deutschland nicht gelungen ist.

**Andreas Esche:** Eine der klassischen Antworten darauf ist die wunderbar funktionierende Interessenkonstellation zwischen den Arbeitgebern auf der einen Seite und den Verbänden der Arbeitnehmer und den Arbeitnehmern selbst auf der anderen Seite, über Jahre hinweg einen vermeintlich schmerzlosen Ausweg zu finden. – Das ist der eine Punkt.

Der zweite Punkt ist möglicherweise eine Tendenz zur Verdichtung der Arbeit, die es manchen auch aus anderen Gründen näher legt, früher auszusteigen. Die klassische Frage ist, wie man das verhindern kann. – Auch heute müssen Abschläge in Kauf genommen werden, wenn man frühzeitig aussteigt. Es gibt schon seit längerem eine Debatte darüber, inwieweit diese Abschläge versicherungsmathematisch korrekt sind. Nach meiner Wahrnehmung ist die überwiegende Einschätzung die, dass diese Abschläge in etwa verdoppelt werden müssten, damit sie mathematisch korrekt sind. Ein

weiterer Punkt ist der Kündigungsschutz älterer Arbeitnehmer. Hier geht es eher darum, die Wahrnehmung zu verändern als die tatsächliche Rechtslage. Es ist schon eine ganze Menge passiert, aber es ist noch nicht angekommen.

Die Frage der Senioritätsentlohnung – oder wie ich es vor ein paar Tagen von einem Kollegen der IG Metall gehört habe, der es Statusentlohnung nannte – stellt ein erhebliches Problem, wohl wissend wie schwierig so etwas zu korrigieren ist.

**Dr. Hans-Peter Klös:** Herr Esche hat es vollkommen richtig wiedergegeben, das sind die wesentlichen Faktoren, die wie Sperrklinkenfaktoren ineinander wirken und dazu führen, dass die Erwerbstätigenquote der Älteren bei uns eher bleiern bei 38 % liegt. Das führt zu der Frage der Potenziale. Der OECD-Schnitt liegt bei 48 %. Umgerechnet auf Deutschland heißt das, dass wir eine Lücke von 1,2 Millionen haben, die wir auffüllen müssten, um auf das OECD-Niveau zu kommen.

Das ist ein Beispiel dafür, wie man in Form von Lückenberechnungen Potenziale funktional äquivalent berechnen kann. – Da kann ich dem Kollegen nur zustimmen. Man kann die einzelnen Annahmen und Parameter benennen und sagen, wie sich der einzelne Effekt quantitativ darstellt. Das kann anschließend multivariat getestet werden.

Die Frühverrentung in Deutschland ist gewisser Weise dadurch gestoppt – den Befund wage ich mittlerweile –, weil in der öffentlichen Diskussion damit begonnen wurde, verschiedene Frühverrentungswege zu schließen. Die Erblast, beziehungsweise die Rache des Gutgemeinten, die mit einer massiven Ausdehnung der Bezugsdauern von Arbeitslosenunterstützung auf 32 Monate in der Ära Blüm, angefangen hat und die wir jetzt mühsam zurückholen müssen, ist der klassische Fall von Verträgen zu Lasten Dritter, nämlich der Steuer- und Beitragszahler. Die Anreize waren so gesetzt, dass sich jeder Beteiligte unter den Bedingungen des Systems rational verhalten hat, und andere dafür in Geisel genommen hat. Es ist wichtig, und es gehört zu den Fortschritten der vergangenen Jahre, dass wir allmählich mit einer Schubumkehr beginnen, damit das durchschnittliche Rentenzuwachsalter wieder zu steigen beginnt.

**Prof. Dr. Roland Eisen:** Wenn es darum geht, diese Zuschläge oder Abschläge bei der Rentenversicherung zu berechnen, wenn man mit 63 Jahren aufhört, dann muss ich meinem Vorredner widersprechen. Es handelt sich nicht um ein mathematisches Problem. Es wäre ein mathematisches Problem, wenn Sie die Überlebens- und Sterbewahrscheinlichkeit unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen mit 62, 63, 64 usw. Jahren kennen würden. Wenn Sie dann noch Unterschiede darüber machen, dass man sagt, früher sind die Arbeiter früher gestorben und die Angestellten haben länger gelebt. Inwiefern müssten alle Angestellten stärker zur Kasse gebeten werden als Arbeiter, wenn Sie das mathematisch korrekt machen wollen. Es kommt aber gar nicht auf die mathematische Korrektheit an, sondern es kommt immer wieder auf die Anreize an. Wenn die Leute das richtig sehen, steigen sie nicht früher aus. Zieht man 3 % ab, sagen die Leute, dass das eine ganze Menge ist – auf drei Jahre verteilt sind das über 10 %. Das ist viel, wenn eine Rente beispielsweise nur 1.000 € beträgt, bekommen sie nur 900 €.

**Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp:** Ich wollte nur darauf hinweisen, das eben Gesagte empfand ich als ein bisschen freundlich. Man muss sehen, dass es eine klare Position

der so genannten Sozialpartner gab, dass man die Last der betrieblichen Realität – so wurde das empfunden – der älteren Leute auf die Sozialkassen ablagern kann. Beide Partner haben sich bedient und beide waren ohne Problembewusstsein auf die Auswirkung auf den Beitragssatz. – Dies ist nicht der einzige Fall. Es hat in dieser Ära viele weitere Fälle gegeben, bei denen versicherungsfremde Leistungen – wenn ich das einmal so technisch sagen darf – in die Sozialkassen hineingedrückt wurden. Dann hat man sich gewundert, dass die Beitragssätze stiegen. Es hat eine Weile gedauert, bis sich alle Beteiligten darüber klar waren, dass es so nicht weitergeht. Das haben wir jetzt erreicht. Man muss aber schon sehen, dass viele Probleme, die wir heute in unseren Sozialkassen haben – um es einmal scharf zu sagen –, mit Demographie eigentlich gar nichts zu tun haben, obwohl das immer wieder angesprochen wird. Vielmehr haben sie etwas damit zu tun, dass man versicherungsfremde Leistungen in die Sozialkassen hineingedrückt hat, beispielsweise auch die Finanzierung der Ostrenten im Rahmen der Deutschen Einheit. Das hat wesentlich dazu beigetragen, dass sich die Situation so entwickelt hat, wie wir sie jetzt haben.

**Prof. Dr. Gisela Färber:** Ich muss meinem Kollegen Prof. Eisen jetzt doch noch widersprechen. Bei diesem Umlagesystem – das ist etwas anderes als die kapitalgedeckten Systeme – haben Sie das ganz simple Problem, dass die Leute, die länger arbeiten, auch noch zusätzliche Rentenanwartschaften erwerben. Darum liegen zu einem späteren Zeitpunkt die Rentenausgaben noch etwas höher. Allerdings deuten alle Rechnungen darauf hin, dass die Abschlagsfaktoren zu niedrig sind. Es gibt einen guten Aufsatz von Herrn Clemens von der Deutschen Bundesbank – veröffentlicht im Wirtschaftsdienst –, der die Abschlagsfaktoren in den Systemen untersucht hat und zu dem Ergebnis gekommen ist, die jetzt verwendeten 3,6 % seien vermutlich etwas zu niedrig. Nicht allzu viel, interessant für mich ist, seitdem sie voll aufgebaut sind, scheinen sie zu wirken, da das Renteneintrittsalter langsam aber sicher steigt.

Ein anderer Gedanke, den ich Ihnen für Ihre Arbeit in der Enquetekommission mitgeben kann, ist eine Sache, die aus verschiedensten Gründen viel zu wenig erforscht ist, das, was Herr Eisen gerade angesprochen hat, nämlich die unterschiedlichen Lebenserwartungen in Abhängigkeit vom Erwerbsstatus in der Arbeitsgesellschaft – das Herzinfarktrisiko ist nicht bei den Managern höher, sondern bei den Arbeitern. Sie haben also sowohl in der GKV wie in der GRV möglicherweise – das ist völlig unzureichend erforscht – ganz starke Umverteilungen jenseits von Rentenformeln und anderen Dingen von unten nach oben, die etwas damit zu tun haben, dass besser Ausgebildete die Dinge besser in Anspruch nehmen. Es gibt auf jeden Fall hier einen Forschungsbedarf. Ich weiß nicht, ob es gut ist, solche Themen in die politische Debatte aufzunehmen. Wenn wir aber über Kürzungen wie bei Hartz IV und notwendige Reformen, die gemacht werden, reden, fällt mir immer auf, dass der meiste Widerstand sich gegen Reformen richtet, die nicht die Armen sondern den Mittelstand treffen. Diese Umverteilungen gibt es auch im Kontext Demographie – möglicherweise schwerwiegender bei GKV und Pflegeversicherung –, wenn die gut Ausgebildeten länger leben. Wir wissen es nicht. Es gibt in diesem Kontext zu wenig Forschungsarbeiten. Ich halte diese Fragestellung für sehr interessant.

**Vorsitzender:** Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Das kann bedeuten, dass manche noch nachdenken. Das kann aber auch bedeuten, dass wir heute sehr umfassend informiert worden sind und der Nachfragebedarf damit gestillt wurde.

Wir haben 18.30 Uhr. Diese Zeit hatten wir uns als Ende der Anhörung vorgenommen.

Ich danke allen Sachverständigen für die Anregungen und Informationen, die sie uns gegeben haben. Ich habe eine Menge gelernt; ich hoffe die Kollegen auch. Vor allem die Bandbreite der Herangehensweise war für mich neu.

Ich bedanke mich ebenso bei allen Kolleginnen und Kollegen und bei den Zuhörern. Ich wünsche allen einen guten Nachhauseweg und danke Ihnen, dass Sie uns bei der Arbeit der Enquetekommission geholfen haben.

Wiesbaden, 28. Februar 2005

Für die Protokollführung:



Dr. Ute Lindemann

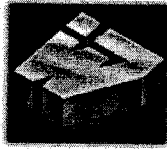
Der Vorsitzende:



Dr. Rolf Müller (Gelnhausen)

## Demographischer Wandel und Humankapital

Dr. Hans-Peter Klös  
 Institut der deutschen Wirtschaft Köln  
 Hauptabteilung Bildung und Arbeitsmarkt



Öffentliche Anhörung zum Thema „Ökonomische und fiskalische Auswirkungen des demographischen Wandels“,  
 Hessischer Landtag, Wiesbaden, 10. November 2004

### Quellen des Wachstums

- Jahresdurchschnittliche Veränderungsrate 1990 bis 2000, in Prozent

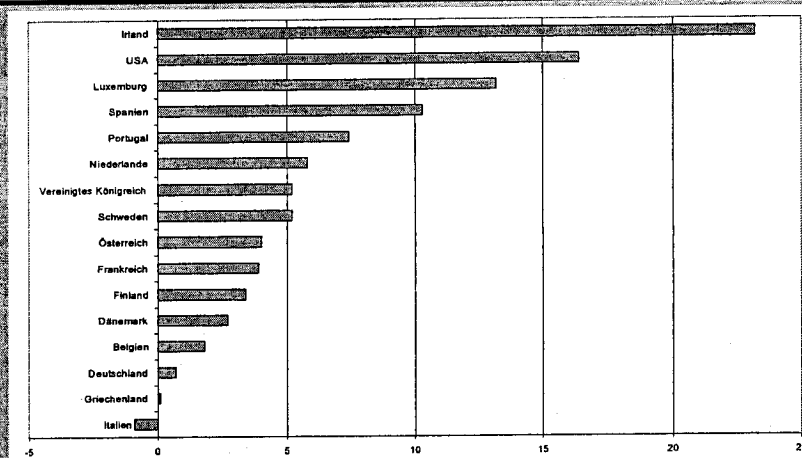
Staat	Durchschnittliches Wachstum des BIP pro Kopf	Durchschnittliche jährliche Veränderung der				
		Arbeitsproduktivität pro Erwerbstätigen			Erwerbsfähige Bevölkerung/Gesamtbevölkerung (Demographie)	Erwerbsfähige Bevölkerung
		Stundenzahl	Stundenproduktivität (bei gegebenem Humankapital)	Humankapital		
USA	2,26	0,27	1,20	0,35	0,06	0,38
UK	2,05	-0,21	1,18	0,85	0,01	0,22
Frankreich	1,54	-0,36	1,22	0,50	-0,10	0,28
Schweden	1,49	0,58	1,51	0,31	0,00	-0,91
Deutschland	1,20	-0,43	1,83	0,01	-0,11	-0,10

Quelle: OECD (2003)



## Wachstumsraten der Erwerbsbevölkerung

- 1991-2003, in Prozent -



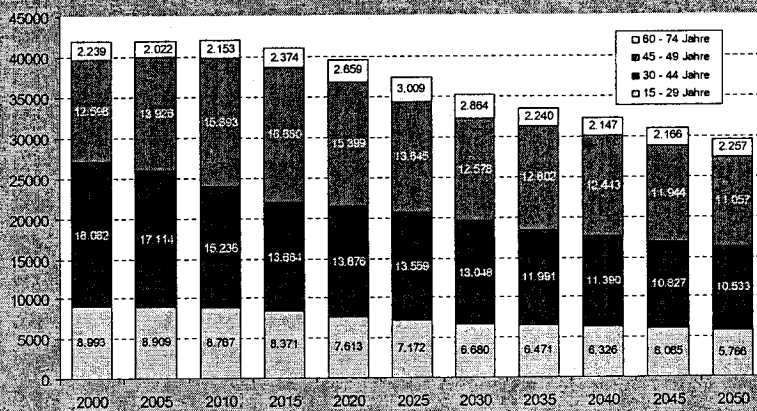
Quelle: OECD, Statistisches Bundesamt, IW-Berechnungen



Demographischer Wandel - Herausforderung an die Landespolitik

## Rückläufiges Arbeitsangebot

Prognose des Erwerbspersonenpotenzials bei unterer Potenzialerwerbsquote und jährlichem Nettowanderungssaldo von 100.000



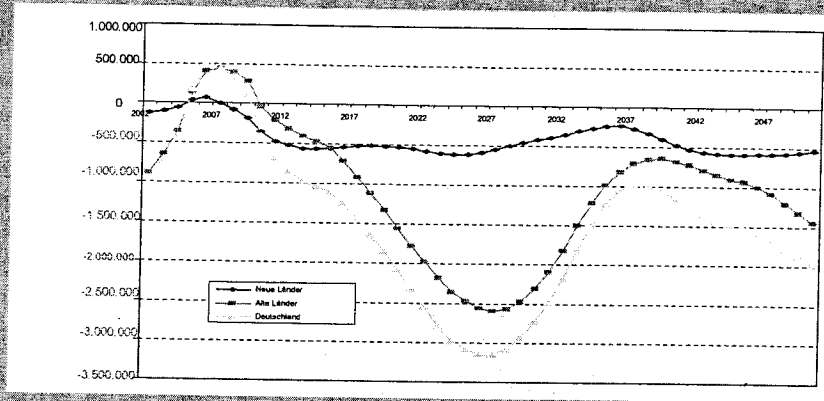
Quelle: Fuchs-Thon, 1999; SIBA, 2003; IW-Berechnungen



Demographischer Wandel - Herausforderung an die Landespolitik

## Nachwuchsprobleme

- Ausgleich des Erwerbspersonenpotenzials der 60- bis 64-Jährigen durch nachrückende 15- bis 19-Jährige -



Quelle: C. Koordinierte Bevölkerungsprognose, Statistisches Bundesamt, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

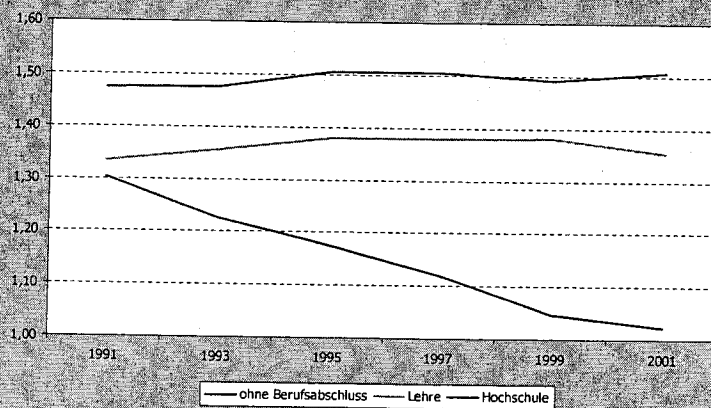


Demographischer Wandel - Herausforderung an die Landespolitik

Wissbaden-10-11-04.ppt

## Fertilität

- Durchschnittliche Kinderzahl von 35- bis 40-jährigen Frauen in Westdeutschland nach Bildungsabschluss der Frau



Quelle: Gröhneid, 2003, IW-Berechnungen



Demographischer Wandel - Herausforderung an die Landespolitik

Wissbaden-10-11-04.ppt

## Wachstumseffekte der demographischen Entwicklung

	1991 - 2000	2000 - 2010	2010 - 2020	2020 - 2030
Veränderung der jährlichen Wachstumsrate des BIP je Einwohner durch den demographischen Effekt in Prozentpunkten	-0,11	-0,18	-0,26	-0,78

Quelle: Statistisches Bundesamt, OECD, IW-Erforschungen

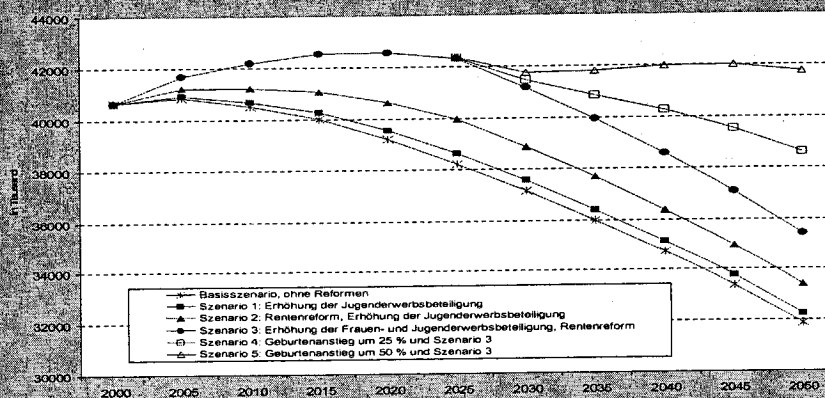


Demographischer Wandel - Herausforderung an die Landespolitik

Wissenszen 10-11-05.ppt

## Alternative Erwerbspersonenpotenzialpfade

Erwerbspersonen (15 Jahre und älter) 2000 bis 2050, verschiedene Szenarien, Anpassung der Geburtenhöhe zwischen 2005 und 2014



Demographischer Wandel - Herausforderung an die Landespolitik

Wissenszen 10-11-05.ppt



## Humankapital und Wachstum: ausgewählte Befunde

Studie	erklärte Variable	erklärende Variable	Ergebnis
Mankiw/Romer/Weil (1992)	BIP/Kopf	Humankapital	Akkumulationsrate des Humankapitals beeinflusst das Niveau der Produktivität. Erhöhung der Rate führt zu Wachstum im Anpassungsprozess.
Uzawa (1965); Lucas (1988)	BIP/Kopf	Humankapital	Humankapital ist Produktionsfaktor und wird im Bildungssystem produziert. Produktivität im Bildungssektor und Anteil des Bildungssektors am Gesamthumankapital bestimmen Wachstumsrate.
Romer (1990); Nelson/Phelps (1996)	BIP/Kopf	Humankapital	Der bestehende Bestand an Humankapital bestimmt die Innovationsfähigkeit.
Bassanini/Scarpetta (2001)	BIP/Kopf	Bildungsjahre	Ein zusätzliches durchschnittliches Bildungsjahr führt zu einer langfristigen Erhöhung des Outputs pro Kopf um 6 Prozent.
Sachverständigenrat (2002/2003)	BIP/Kopf (15-64)	Bildungsjahre	Steigerung der Bildungsjahre um 1 Prozent führt zu einem zusätzlichen Wachstum von 0,1 Prozent.
OECD (2003)	BIP/Stunde	Bildungsabschlüsse	Eine Steigerung der formalen Bildung ist Wachstumstreiber. Deutschland hat daraus im vergangenen Jahrzehnt keinen Wachstumsbeitrag gezogen.

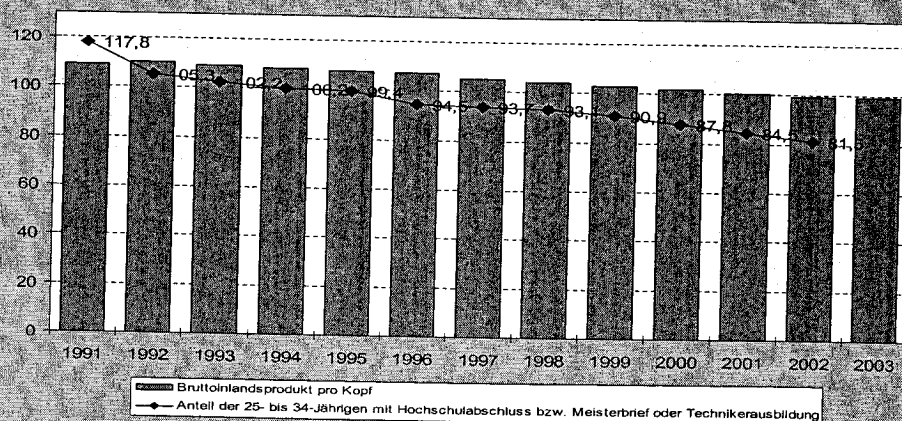


Demographischer Wandel - Herausforderung an die Landespolitik

Wiesbaden 10.11.04 pp

## Humankapital und Wachstum in Deutschland

EU-15=100



Quelle: Ursprungsdaten: OECD, Eurostat



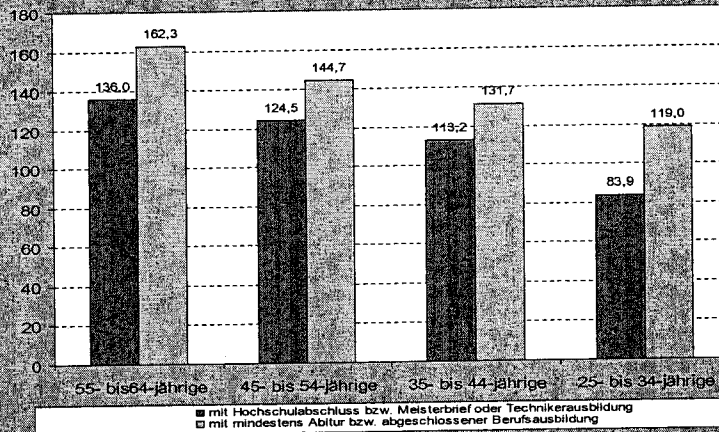
10

Demographischer Wandel - Herausforderung an die Landespolitik

Wiesbaden 10.11.04 pp

## Relatives Bildungsniveau in Deutschland

Anteil der Personen mit den jeweiligen Bildungsabschlüssen bezogen auf die Bevölkerung im jeweiligen Alter. EU-15 = 100



Quelle: Urstudien der OECD, Eurostat, Stand: 2001

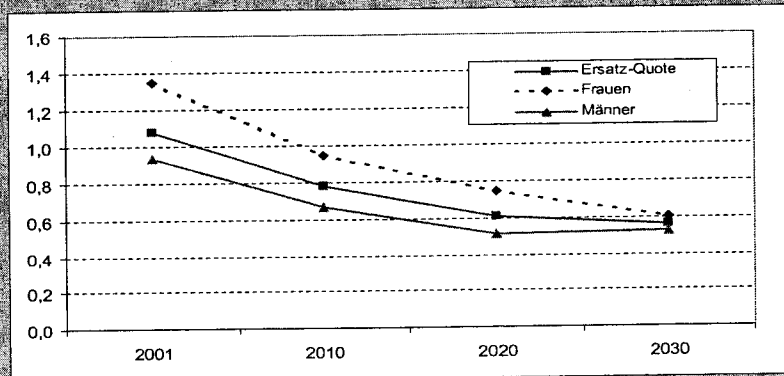


Demographischer Wandel - Herausforderung an die Landespolitik

Wissensdatei 10-11-04-11-01

## Akademikerersatzquoten

Jüngere (25-34 Jahre) pro ältere (55-64 Jahre) Akademiker



Quelle: IW-Berechnungen auf Grundlage des Statistischen Bundesamts, KMK und OECD



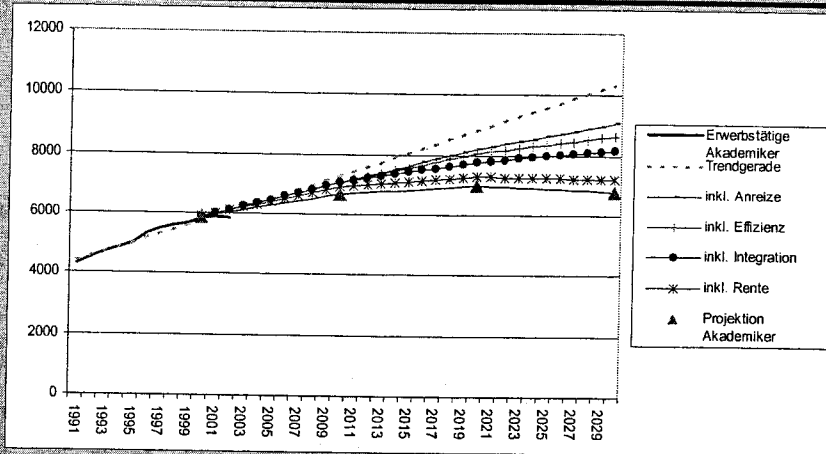
12

Demographischer Wandel - Herausforderung an die Landespolitik

Wissensdatei 10-11-04-11-01

## Akademikerangebot

- Alternative Pfade bei unterschiedlichen Reformpaketen -



Quelle: IW-Berechnungen auf Grundlage des Statistischen Bundesamts, KMK und OECD



13

Demographischer Wandel - Herausforderung an die Landespolitik

Wiesbaden 10/11/14

## MINT-Absolventendichte

- MINT-Absolventen\* pro 100.000 Erwerbspersonen (25 - 34 Jahre) -

	1998	1999	2000	2001
<b>Länder mit steigender Tendenz</b>				
Großbritannien	1309	1353	1401	1666
Frankreich	1435	1434	1507	1567
Finnland	1266	1363	1579	1540
Australien	1262	1303	1253	1365
Schweden	783	902	1050	1150
USA	850	878	877	901
Kanada	776	822	855	n.v.
Spanien	833	1077	885	970
<b>Länder mit Stagnation oder abnehmender Tendenz</b>				
Japan	1062	1048	1037	1052
Deutschland	720	693	715	707
Italien	629	n.v.	663	676
Niederlande	668	569	530	597

n.v. = nicht verfügbar; \*Bioswissenschaften, Physik, Mathematik/Statistik, Informatik, Ingenieurwissen, Bauwesen

Quelle: ZEW und HIS 2004

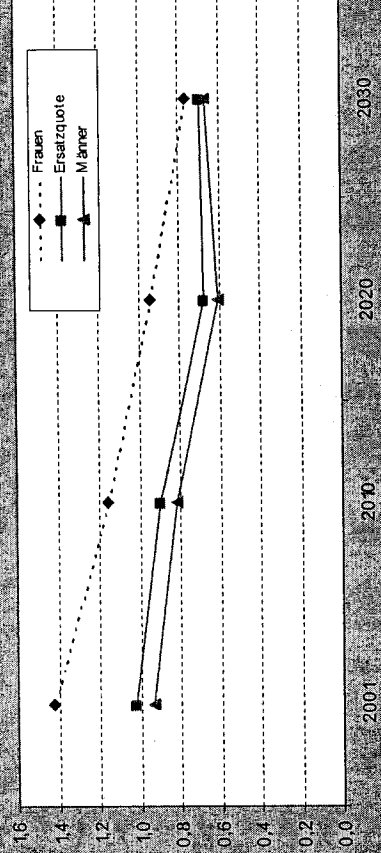


14

Demographischer Wandel - Herausforderung an die Landespolitik

Düsseldorf 21/02/04 204

### MINT-Ersatzquoten - Jüngere (25-34 Jahre) pro ältere (55-64 Jahre) MINT-Akademiker



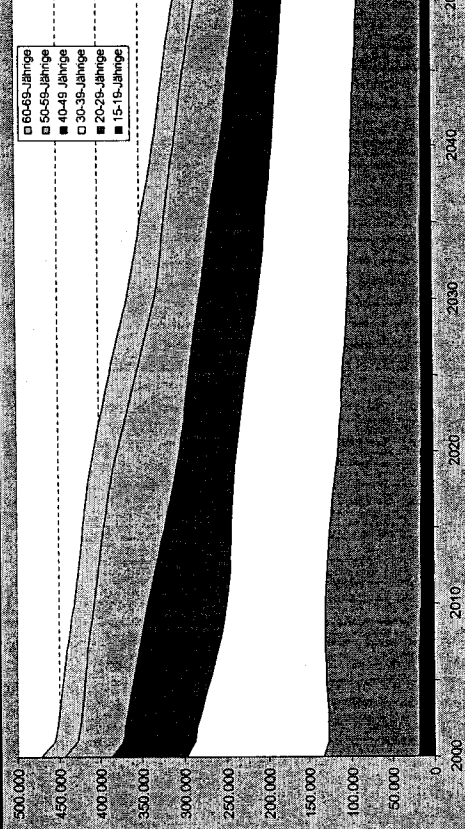
Quelle: VDI-Forschungsinstitut für Grundlagen der Statistisches Bundesamt, IWK und IBECD



Demographischer Wandel - Herausforderung an die Landespolitik

Präsidenten 18. 12. 2014, 14. 01. 2015

### Unternehmensgründungen - nach Altersklassen 2000 bis 2050



Quelle: IFA, Statistisches Bundesamt, IWK-Bereich



Demographischer Wandel - Herausforderung an die Landespolitik

Präsidenten 18. 12. 2014, 14. 01. 2015

## Bildungsreform: was bildungsökonomisch unstrittig ist

- Bildung mit steigendem Alter zunehmend ein privates Gut
- Externalitäten der Bildung in früher Kindheit am höchsten
- Umlenkung gegebener staatlicher Mittel von tertiärem in elementaren und primären Bereich
- Erschließung weiterer privater Mittel in der sekundären und tertiären Bildung
- Kindergarten- und Schulgutscheine für Benachteiligte
- Frühere Einschulung und Ausbau der frühen Förderung
- Einführung von Studiengebühren und Schulgebühren zur Stärkung der Nachfrager von Bildungsleistungen
- Effizientere Nutzung von Bildungszeiten, vor allem bei Studienzeiten
- Verlängerung der Amortisationszeit von Bildungsinvestitionen und Erhöhung der Bildungsrenditen durch früheren Berufseintritt und Abkehr von der Frühverrentung



17

Demographischer Wandel - Herausforderung an die Landespolitik

Braunschweig-17-06-04.ppt

## Bildungsreform: was bildungspolitisch noch strittig ist


- Bildungsautonomie stärken (ZVS abschaffen, Auswahl-, Budget- und Personalhoheit für Schulen und Hochschulen ermöglichen)
- Bildungsstandards und Ergebniskontrollen einführen (Evaluation, Monitoring, Qualitätsstandards, Zentralprüfungen, internationale Leistungsvergleiche)
- Bildungsfinanzierung an den Nachfragern ausrichten (Studien- und Schulgebühren, Bildungs- und Betreuungsgutscheine, Bildungskredite)
- Dienstrecht flexibilisieren (regelmäßige Leistungsüberprüfungen, leistungsorientierte Entlohnung, Fortbildungsverpflichtung)



18


Demographischer Wandel - Herausforderung an die Landespolitik

Braunschweig-17-06-04.ppt



# Die ökonomischen Auswirkungen des demographischen Wandels in Hessen

Prof. Axel Börsch-Supan, Dr. Anette Reil-Held  
Mannheimer Forschungsinstitut für Ökonomie und Demographischer Wandel (MEA), Univ. Mannheim  
*Öffentliche Anhörung, Wiesbaden, 10. November 2004*

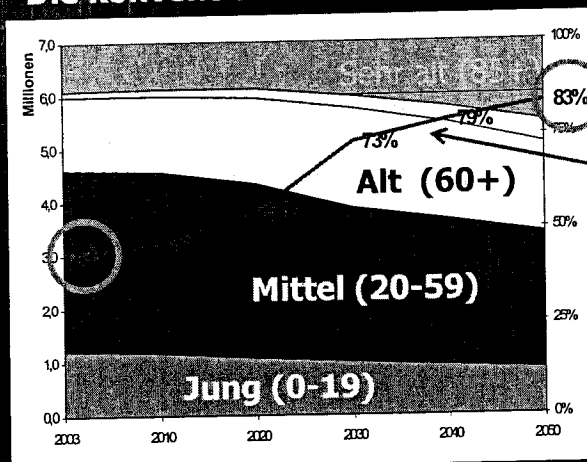


Gliederung

1. **Hintergrund:** Zwei Sichtweisen des demographischen Wandels in Hessen
2. **Wirtschaftswachstum:** Erwerbstätige, Arbeitsmarkt
3. **Kapitalmarkt:** Asset Meltdown, Renditen, Wohnungsmarkt
4. **Wirtschaftspolitik in Hessen:** Was müssen wir tun?

# Bevölkerungsstruktur Hessen 2003 bis 2050

## Die konventionelle Sichtweise:



**Altenquotient**  
= alt+ / mittel  
= 60+ / (20-59)

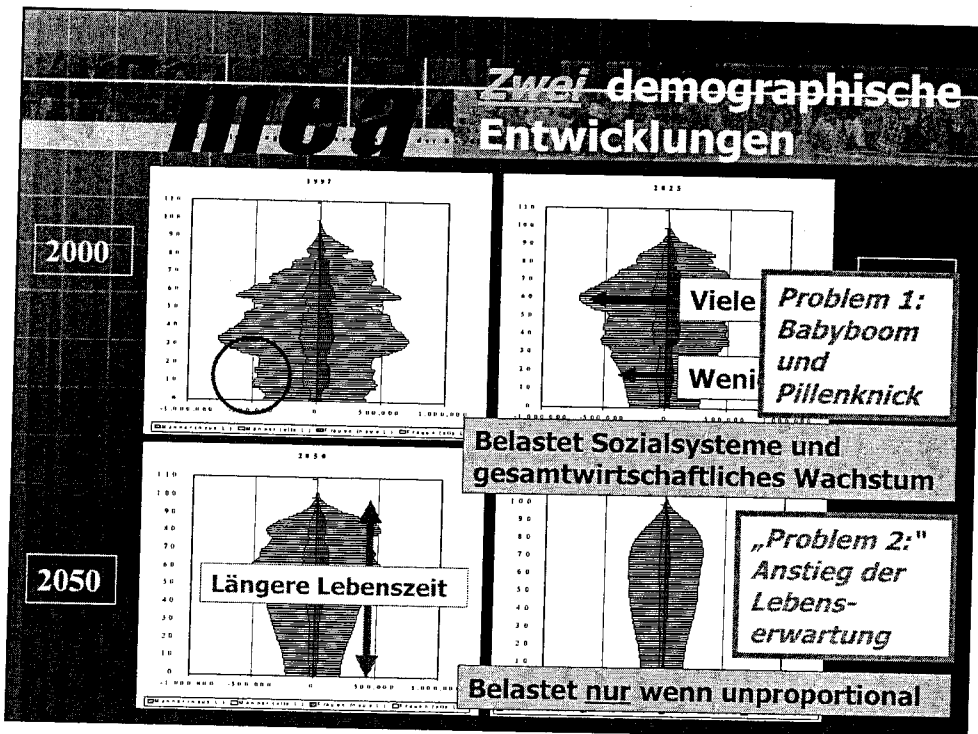
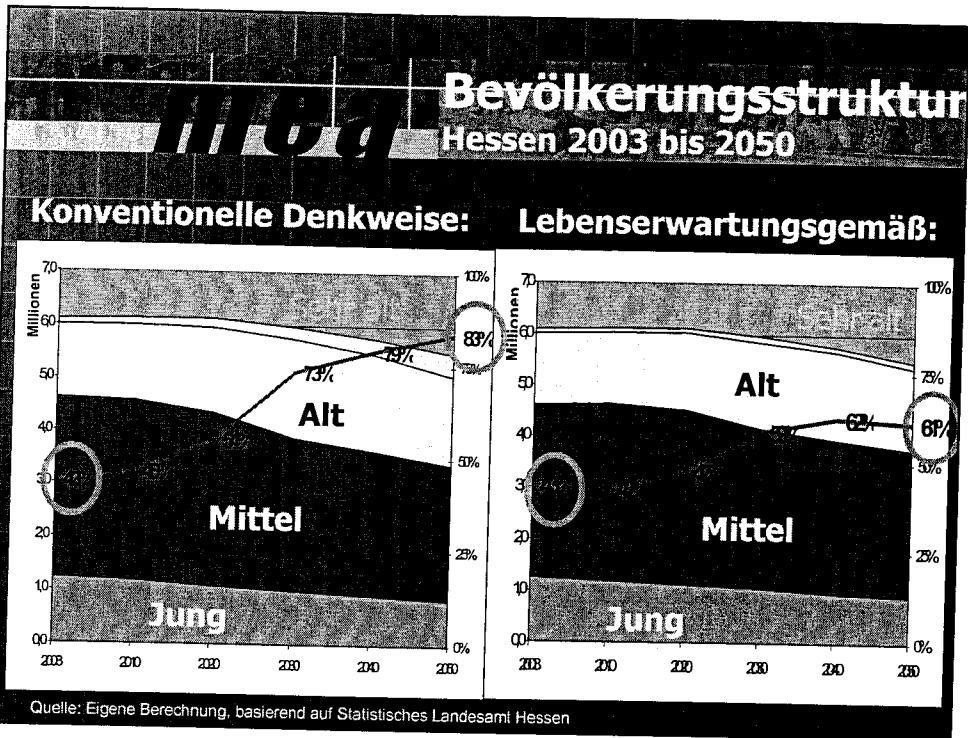
Quelle: Statistisches Landesamt Hessen

# Bevölkerungsstruktur Hessen 2003 bis 2050

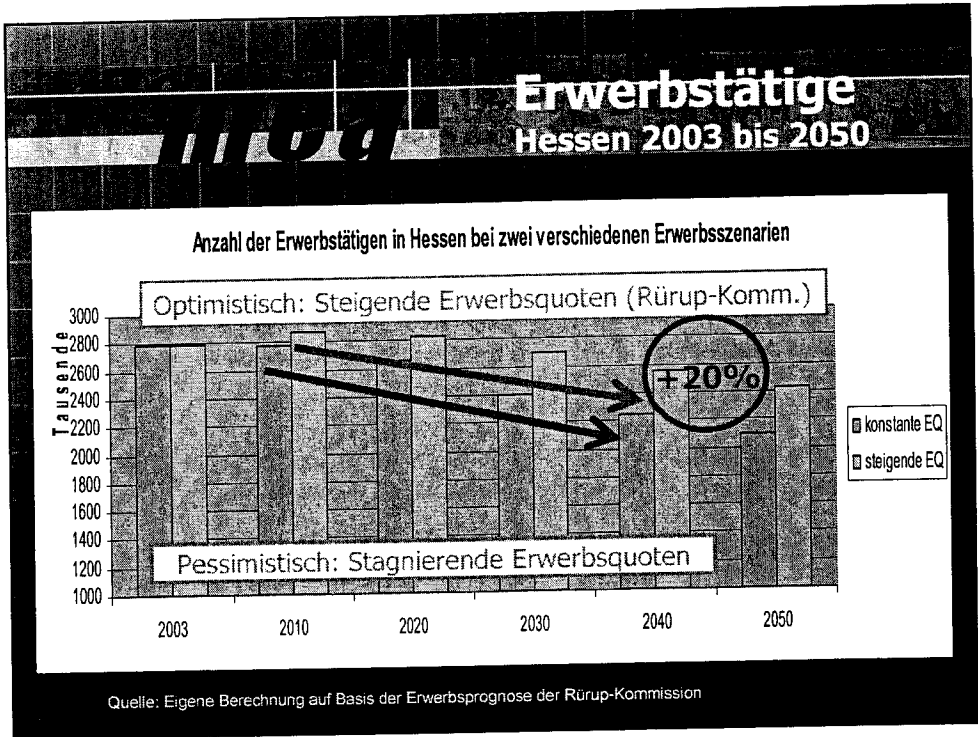
## Falls wir uns aber an die Lebenserwartung anpassen:

	2003	→	2050
Lebenserwartung	78	→	84
Alt	60	→	65
Sehr alt	85	→	91

Quelle: Eigene Berechnung, basierend auf Statistisches Bundesamt, 10. Koordinierte Bev., Variante L2







## **Herausforderungen an den Arbeitsmarkt**

- **Zahl der Erwerbstätigen schrumpft**
- **Alternde Belegschaft** (2030: 20% über 55J.!)
  - *Innovationskraft? Produktivität?*
  - *Aus- und Weiterbildung, lebenslanges Lernen*
- **Strukturwandel durch Alterung**
  - *Weniger Nachfrage nach Mobilität*
  - *Mehr Nachfrage nach Gesundheit, Bildung*
  - *Ca. jeder sechste Arbeitsplatz wird umgeschichtet*

## **Herausforderungen an den Kapitalmarkt**

1. Sparen in der Jugend, Entsparen im Alter
2. Weniger Erwerbstätige, kleinere Volkswirtschaft

**Wird es also einen „Asset Meltdown“ geben?**

**Nein: demografiebed. Rückgang der Kapitalrendite nur von ca. 4,8 auf 3,8%, denn:**

- a. Alternde Volkswirtschaften brauchen mehr Produktivkapital
- b. Aufbau der kapitalgedeckten Altersvorsorge
- c. Internationale Diversifizierung



- ## Wirtschaftspolitik: Was müssen wir tun?
- **Erwerbstätigkeit erhöhen** (Rentenalter, Berufseintritt, Frauenerwerbsquote, Migration)
  - **Produktivität erhöhen** (Kapitalausstattung, Rentenpolitik, Aus- und Weiterbildung)
  - **Flexibilität erhöhen** (Einstellungen für kleine und mittlere Firmen –Wachstumskerne!– erleichtern)
  - **Wohnungsmarkt** sehr differenziert; Bei Infrastruktur **Konzentration**, nicht Fläche
  - Demographische Risiken diversifizieren: **Globalisierung** hilft: Deutschland altert besonders